

Mein
HANNOVER
 **2030**

Jeden Tag eine gute Stadt

Stadtentwicklungskonzept 2030

**AUSGANGSLAGE,
HANDLUNGSFELDER, DIALOG**

Status quo-Bericht – Sommer 2014

**Status quo-Bericht
Stadtentwicklungskonzept Mein Hannover 2030**

Sommer 2014

 **WIRTSCHAFT, ARBEIT, WISSENSCHAFT UND UMWELT**

 **WOHNEN, VERSORGUNG, MOBILITÄT**

 **BILDUNG UND KULTUR**

 **INKLUSION, INTEGRATION UND TEILHABE**

 **FINANZEN**

INHALT

VORWORT	4
EINLEITUNG	6
1 BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG UND DEMOGRAPHISCHER WANDEL	8
2 WIRTSCHAFT, ARBEIT, WISSENSCHAFT UND UMWELT	13
WIRTSCHAFT	13
ARBEIT	19
WISSENSCHAFT	21
UMWELT	23
3 WOHNEN, VERSORGUNG, MOBILITÄT	30
WOHNEN	30
VERSORGUNG	34
MOBILITÄT	38
4 BILDUNG UND KULTUR	42
BILDUNG	42
Frühzeitige Förderung vor der Grundschule	43
Förderung in der Grundschule	45
Förderung in der weiterführenden Schule	46
Pfade für die Bildung (Inklusion, Lebenslanges Lernen, Interkulturelle Bildung und politische Bildung)	47
Bildungsprofile außerschulischer Lernorte	49
KULTUR	50
Kulturlandschaft, Kultur- und Nachwuchsförderung, Kulturentwicklung	51
Internationaler Kulturaustausch durch Städtepartnerschaften	54
5 INKLUSION, INTEGRATION UND TEILHABE	56
ALTER(N)SGERECHTE QUARTIERSENTWICKLUNG	56
FAMILIENGERECHTE INFRASTRUKTUR	58
DIE INKLUSIVE STADT – MENSCHEN MIT BEHINDERUNG	60
TEILHABE TROTZ ARMUT	62
WILLKOMMENSKULTUR	64
6 FINANZEN	66
7 BETEILIGUNGSKULTUR UND KOOPERATION	72
BETEILIGUNGSKULTUR	72
KOOPERATIONEN	73
„MEIN HANNOVER 2030“ – BESCHREIBUNG DER DIALOGPHASE	74
ANHANG	78

MEIN HANNOVER 2030

Hannover ist eine prosperierende, eine wachsende Stadt, mit einer guten Wirtschaftsstruktur, einer traditionell sozialen Ausrichtung, einer hohen Lebensqualität und sehr guten Kulturangeboten. Die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt ist bei uns höher als in den meisten vergleichbaren Städten. Damit dies so bleibt und wo möglich noch gesteigert werden kann, brauchen wir klare Zukunftsziele und eine konkrete Vorstellung davon, wie wir diese erreichen.

Natürlich gibt es in unserer Landeshauptstadt vieles, was verbessert werden kann. Und das bisher Erreichte muss ebenso aktiv bewahrt werden. Metropolen sind Motoren des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts und müssen neue Entwicklungen immer wieder erkennen, aufnehmen und versuchen, sie zu gestalten. Stadtentwicklung bedeutet, unsere wertvollen Traditionen und sinnvollen Innovationen in einen Zukunftsentwurf zu bringen, der von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen und durch Anregungen inspiriert und bereichert und von den Verantwortlichen in Rat und Verwaltung planvoll verfolgt wird.

Selbstverständlich kann heute niemand sagen, was in fünfzig Jahren sein wird. Zukunft lässt sich nicht bis ins Kleinste planen. Aber einige Weichenstellungen und Entscheidungen für die nächsten zehn, fünfzehn Jahre sollten wir jetzt treffen. Denn vieles braucht Zeit bis zur Verwirklichung. Und wir würden andernfalls Chancen vergeben und Einfluss auf unsere Zukunft verlieren. Deshalb wollen wir uns jetzt fragen und miteinander bestimmen, was uns für Hannover bis 2030 wichtig ist, was wir bis dahin erreichen und wie wir dann in unserer Stadt leben wollen.



Dabei fangen wir nicht bei Null an, weder mit der Zukunftsplanung durch Rat und Verwaltung unter Beteiligung ihrer Beschäftigten und der Personalvertretung, noch mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Diese ist gerade in Hannover eine geübte Tradition. Bereits Erdachtes, Geplantes und Bewährtes haben wir in diesem „Status quo-Bericht“ zusammengestellt. Er zeigt das, was wir mit neuen Zielen und Ideen aus dem Dialog zur gemeinsamen Zukunftsbestimmung in einem Integrierten Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ zusammenbringen wollen.

Immer mehr Menschen wollen Dialog und Partizipation bei wichtigen Vorhaben. Große Projekte können nicht allein in Politik und Verwaltung geplant und verwirklicht werden. Kurz: Eine gute und breit getragene Stadtentwicklung kann ohne die Wünsche, Visionen und Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger, ohne ihre besondere Kenntnis über ihre Stadt kaum gelingen. Deshalb geht es in diesem Stadtdialog um das Hannover der einzelnen Bürgerin und des einzelnen Bürgers. Deshalb geht es um „Mein Hannover 2030“.

Wir wollen einen breit angelegten offenen Stadtdialog führen und damit zu Zielen und Strategien für die Entwicklung Hannovers kommen, über die am Ende der Rat der Landeshauptstadt entscheidet. „Mein Hannover 2030“ soll auch die Verbundenheit mit unserer Stadt, das Engagement und die Begeisterung für unser Hannover weiter stärken. Hannover hat schon heute viel zu bieten, mehr als manchmal außerhalb bekannt ist. Eine Stadt, die darauf aufbauen und attraktiv bleiben will, muss zuallererst von sich und ihrer Zukunft überzeugt sein, auch um Unternehmen und Fachkräfte, Junge und Ältere, neue Mitbürgerinnen und Mitbürger und Gäste anzuziehen und zu binden.

Hannover hat alle Voraussetzungen und beste Chancen für eine gute Zukunft. Nutzen wir sie – gemeinsam, zielstrebig, voller Ideen und mit Elan.

Ihr



Stefan Schostok, Oberbürgermeister

STADTENTWICKLUNGSKONZEPT „MEIN HANNOVER 2030“ – DIALOGPROZESS UND ZIEL DES STATUS QUO-BERICHTS

Städte positionieren sich mit integrierten Stadtentwicklungskonzepten auf nationaler wie regionaler Ebene. Zugleich schaffen sie eine transparente Grundlage für das künftige Handeln im Sinne einer zielgerichteten wirtschaftlich prosperierenden, ökologisch verträglichen und sozial ausgeglichenen Entwicklung für das Gemeinwesen. Die Konzepte dienen dem Gemeinwohl mit dem Ziel, Ausgleich und die Chancengerechtigkeit zwischen den Teilräumen der Stadt und den unterschiedlichen Gruppen der Stadtgesellschaft zu schaffen. Hannover nutzt dieses Instrument seit Jahrzehnten für seine Zukunftsgestaltung. Das aktuelle Programm „Hannover plusZehn, Arbeiten für eine junge und innovative Stadt“ 2005 bis 2015 läuft in Kürze aus – somit ist es an der Zeit, sich auf die nächste Dekade vorzubereiten. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover (LHH) hat die Verwaltung im Mai 2014 beauftragt, ein integriertes, nachhaltiges Stadtentwicklungskonzept für die Zeit bis 2030 zu erarbeiten, das ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte in den Blick nimmt. Das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ soll die Ziele und Strategien für die zukünftige Stadtentwicklung aufzeigen mit der Besonderheit, dass dieses in einem öffentlichen Dialogprozess mit Verwaltung, Öffentlichkeit und Politik entwickelt wird. Zur gemeinsamen Ausgangsbestimmung legt die Verwaltung einen Status quo-Bericht vor.

Die Verwaltung hat fünf Handlungsfelder zur Stadtentwicklung identifiziert: „Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Umwelt“, „Wohnen, Versorgung und Mobilität“, „Bildung und Kultur“, „Inklusion, Integration und Teilhabe“ sowie „Finanzen“. Diese Themen werden integriert betrachtet, um Zusammenhänge und Wechselwirkungen besser berücksichtigen zu können. Querschnittsthemen, die in den jeweiligen Zusammenhängen berücksichtigt werden, sind Demographischer Wandel, Gender und Diversity, Gesellschaftlicher Wandel, Innovation, Nachhaltigkeit sowie neue Kooperationsformen unter anderem mit relevanten Körperschaften.

Der vorliegende Status quo-Bericht ist entsprechend der fünf Handlungsfelder gegliedert. Er beschreibt die momentane Situation in der LHH, bewertet die Stärken- und Schwächen und benennt die heutigen Ziele und Strategien zur Stadtentwicklung. Der Status quo-Bericht wurde von der Verwaltung erarbeitet; er basiert auf fachlichen Einschätzungen, interner und externer Expertise sowie statistischen Untersuchungen und Prognosen. Über die angegebenen Quellen lassen sich bei Bedarf die einzelnen Themen weiter vertiefen.

Eingeleitet wird der Status quo-Bericht von der demographischen Entwicklung Hannovers, die eine wesentliche Rahmenbedingung für die Stadtentwicklung darstellt. Das Kapitel zum Abschluss des Berichtes ist den Spielregeln des Dialoges gewidmet, die einen fairen und transparenten Prozess garantieren sollen. Sie zeigen wie, wann und womit man sich konkret in den Dialogprozess einbringen kann und wie mit den Beiträgen umgegangen wird. Der gemeinsame Dialog und das somit in gemeinsamer Beratung entstandene Ergebnis sollen zu einer höheren Akzeptanz in der Stadtgesellschaft führen und die Identifikation mit der Stadt Hannover weiter stärken.

Der Dialogprozess zum Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ startet im Herbst 2014 mit vier Veranstaltungen. Bis zum Sommer 2015 finden zahlreiche weitere Veranstaltungen in vielfältigen Formaten statt. Die Stadtöffentlichkeit und alle Interessierten sind eingeladen, sich über Herausforderungen und Trends der hannoverschen Stadtentwicklung zu informieren; aber auch, mit eigenen Ideen und Vorstellungen das Konzept zu entwickeln.

Bis Herbst 2014 werden Leitfragen zu den fünf Handlungsfeldern erarbeitet. In den Veranstaltungen des Dialogprozesses werden diese Leitfragen erörtert und es wird gemeinsam nach Antworten gesucht. Alle Veranstaltungen werden dokumentiert, so dass Interessierte sich ständig aktuell über die Diskussion informieren können. Die Ergebnisse stehen online und zum Teil gedruckt zur Verfügung. Auch im Online-Bereich wird es unterschiedliche Formate geben, die zum Mitdenken und Mitreden am Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ einladen.

Im zweiten Halbjahr 2015 wird der Entwurf des Stadtentwicklungskonzepts „Mein Hannover 2030“ erarbeitet. Dabei fließen die Ergebnisse des Dialogprozesses ein. Der Oberbürgermeister veröffentlicht den Entwurf im Frühjahr 2016 als Rückkopplung an die am Dialog Beteiligten und legt ihn anschließend dem Rat der Stadt zur Beschlussfassung vor. Damit sind die Ziele und Strategien für die integrierte Stadtentwicklung Hannovers bis 2030 beschlossen. Im Anschluss an diesen Prozess werden die Ziele und Strategien dann auf der Projektebene konkretisiert und umgesetzt.

Das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ bezieht sich räumlich in erster Linie auf das Gebiet der Stadt Hannover. Stadtentwicklung findet statt und wirkt jedoch auch im regionalen und zum Teil auch überregionalen Zusammenhang. Das Thema Umwelt beispielsweise endet nicht an den Grenzen der Stadt. Aber auch die wirtschaftlichen Vernetzungen im regionalen und überregionalen Zusammenhang stehen für die Bedeutung von Zusammenarbeit mit anderen Städten und Regionen.

Hannover gehört anerkanntermaßen zu den Großstädten, die vorbildlich regional kooperieren und sich mit den Nachbarstädten abstimmen. Als Oberzentrum der Region Hannover und in der Metropolregion Hannover, Braunschweig, Göttingen, Wolfsburg kooperiert die LHH erfolgreich seit vielen Jahren eng mit den unterschiedlichen PartnerInnen. Stadt- und regionsrelevante Themenfelder werden in Prozessen und in beispielhaften Projekten umgesetzt. Vor kurzem haben Regionsversammlung und Rat der LHH gemeinsam den „Masterplan 100% für den Klimaschutz“ beschlossen. Im Bewusstsein der gemeinsamen regionalen Verantwortung für die zukünftige Entwicklung von Stadt und Region.

„Mein Hannover“ sind auch 11.000 MitarbeiterInnen der Stadt. Die Stadtverwaltung Hannover ist eine der größten ArbeitgeberInnen im Stadtgebiet. Das aktuelle Personal- und Verwaltungsentwicklungsprogramm 2015 beschreibt die wesentlichsten Strategien und Meilensteine zur Weiterentwicklung der Stadtverwaltung bis 2015 auf dem Weg zu einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung und bildet die Handlungsgrundlage für die Dezernate und Fachbereiche.

Die Stadtverwaltung Hannover hat als Arbeitgeberin Handlungsfelder im Sinne eines modernen Personalmanagements identifiziert, um den demographischen und sozialen Wandel zu gestalten. Dabei soll sich die Vielfalt in der Stadtgesellschaft auch in der Stadtverwaltung widerspiegeln. So unterzeichnete die Stadtverwaltung Hannover die Europäische Charta der Vielfalt, deren vorrangiges Ziel Sensibilisierung für mehr Vielfalt in der Mitarbeiterschaft ist. Außerdem die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern, die neben vielen Aspekten zur Gleichstellung von Frauen und Männern den Fokus zum Beispiel auf die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen legt.

1 BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG UND DEMOGRAPHISCHER WANDEL

Die Bevölkerungsentwicklung und die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur im Zuge des demographischen Wandels – zum Beispiel der wachsende Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund – sind von großer Bedeutung für die Stadtentwicklung. Einerseits verändern sich Anforderungen und Bedürfnisse. Andererseits haben Altersaufbau, Qualifikationsniveau und andere Faktoren der Bevölkerung hohe Relevanz für die Position und Zukunftsfähigkeit Hannovers, auch in Konkurrenz zu anderen Städten.

Demographischer Wandel findet in Deutschland in unterschiedlichen Ausprägungen statt und ist nicht überall mit Bevölkerungsrückgängen verbunden; gerade in den größeren Städten steigt zurzeit die Zahl der EinwohnerInnen. Dies trifft auch auf Hannover zu.

Folgende Aspekte werden betrachtet: Bevölkerungszahl und Prognose, Altersstruktur und Internationalisierung der Bevölkerungsstruktur. In erster Linie wird auf die gesamte Stadt geschaut. Demographische Veränderungen zeigen sich jedoch auch in kleinräumigen Sozialräumen. Die Landeshauptstadt Hannover (LHH) beobachtet durch das Sozialmonitoring entsprechende Prozesse und agiert unter anderem mit Maßnahmen der Quartiersentwicklung (zum Beispiel mit dem Programm „Soziale Stadt“).

BESTANDSAUFNAHME

Entwicklung der Bevölkerungszahl und Prognose

Hannover hatte am 1. Januar 2014 524.450 EinwohnerInnen mit Hauptwohnung (30. Juni 2014: 525.731, Quelle: Sachgebiet Wahlen und Statistik auf Basis des städtischen Melderegisters). 51,5 Prozent der Bevölkerung sind weiblich, 48,5 Prozent männlich. Weitere 14.406 Personen haben in Hannover eine Nebenwohnung, so dass die Zahl der Wohnberechtigten 538.856 beträgt. Die folgenden Ausführungen beziehen sich nur auf die Bevölkerung mit Hauptwohnung.

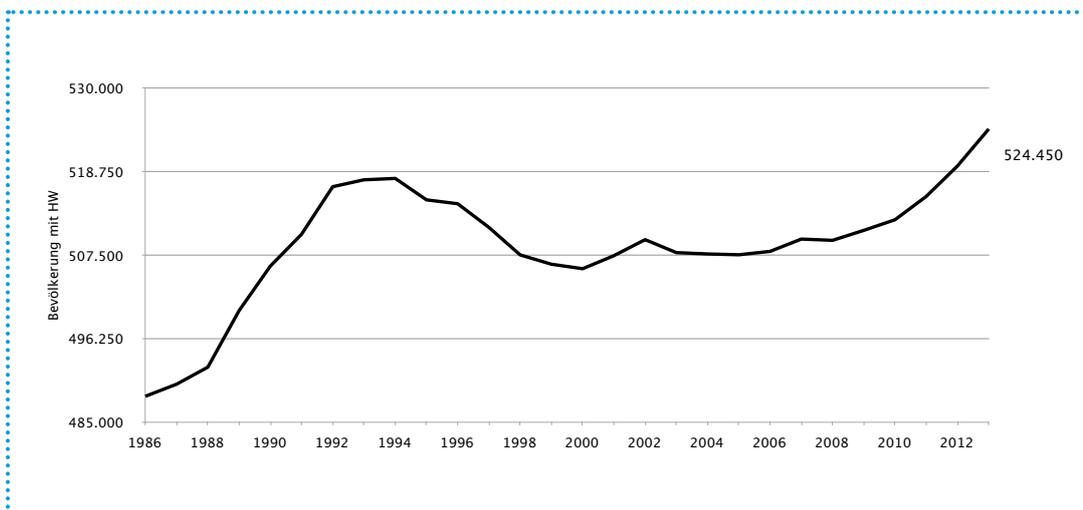


Abb. 1
Einwohnerentwicklung in der LH Hannover seit 1986

Die Bevölkerungszahl Hannovers steigt in den letzten fünf Jahren mit wachsender Dynamik (siehe Abbildung). 1987 endete ein kontinuierlicher und teilweise deutlicher Einwohnerrückgang Hannovers. Bis Ende 1994 stieg die Zahl der EinwohnerInnen in acht Jahren deutlich um 29.325 EinwohnerInnen (plus 6 Prozent) auf 517.800 an. Gründe für diese positive Entwicklung waren hohe Zuzugszahlen, unter anderem durch den mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ verbundenen Zuzug von SpätaussiedlerInnen und Kontingentflüchtlingen aus der

ehemaligen Sowjetunion, weiterhin durch AsylbewerberInnen und Zuzüge aus den neuen Bundesländern. Bis zur Jahrtausendwende sank die Zahl der EinwohnerInnen wieder kontinuierlich um circa 12.000 und blieb in den Folgejahren relativ konstant.

Seit Ende 2005 wächst Hannover wieder kontinuierlich: Bis Ende 2013 nahm die Zahl der EinwohnerInnen um 16.926 auf 524.450 zu (plus 3,3 Prozent). Das Wachstum der vergangenen Jahre resultiert aus steigenden Wanderungsgewinnen: Diese führten zu einem Bevölkerungszuwachs von circa 3.000 im Jahr 2011 über circa 4.000 im Jahr 2012 auf zuletzt circa 5.000 Menschen allein im Jahr 2013. Starken Einfluss hierauf haben die Zuzüge von Personen aus EU-Staaten, insbesondere aus Ost-, Südost- und Südeuropa. Die Zahl der Sterbefälle liegt weiterhin etwas über der Zahl der Geburten (Saldo circa minus 400 pro Jahr).

Die aktuelle kleinräumige Bevölkerungsprognose für die Stadt Hannover für den Zeitraum 1. Januar 2014 bis 1. Januar 2030 prognostiziert – wie in vielen anderen deutschen Großstädten – ein Wachstum, und zwar um circa 19.200 Personen (plus 3,7 Prozent). Für das Umland wird ein geringer Rückgang um 5.000 Personen erwartet (minus 0,8 Prozent), so dass die Region Hannover insgesamt um 14.200 Personen (plus 1,3 Prozent) bis 2030 wächst.

Hinter der steigenden Bevölkerungszahl verbirgt sich eine noch deutlich höhere Dynamik von Zu- und Fortzügen. 2012 resultierte der Wanderungsgewinn Hannovers von 4.300 Personen aus 35.600 Zuzügen und 31.300 Fortzügen über die Stadtgrenze.

Hannover verdankt seine Wanderungsgewinne in erster Linie den Zuzügen junger Menschen zwischen etwa 18 und 24 Jahren. Auch bei den Jahrgängen bis Anfang 30 gibt es mehr Zu- als Fortzüge. Zuzugsgrund ist häufig ein Studium, eine Ausbildung oder (erste) Berufstätigkeit in der LHH. Wanderungsverluste sind vor allem – wenn auch geringer als in der Vergangenheit – bei den 30- bis 40-Jährigen sowie den hierzu gehörenden Kindern und Jugendlichen zu verzeichnen. Es handelt sich bei dieser Gruppe überwiegend um Familien, die in das Umland ziehen.

Der für den demographischen Wandel typische Trend zu kleineren Haushalten (Singularisierung) trifft auch auf Hannover zu. Die LHH hatte 2012 im Vergleich der 15 größten Städte Deutschlands mit 32 Prozent der Bevölkerung knapp den höchsten Anteil an Personen, die einen Einpersonenhaushalt führen (Alleinlebende). Vor Leipzig und Berlin mit knapp 32 beziehungsweise 31 Prozent. Je größer die Stadt ist, desto größer ist in Deutschland der Anteil Alleinlebender. Dies liegt unter anderem an der besseren Infrastruktur (vielfältige Kultur- und Freizeitangebote, dichteres Verkehrsnetz, großes Angebot an Versorgungseinrichtungen). Junge Erwachsene in der Ausbildung bilden häufig Singlehaushalte. Zunehmend befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie steigende berufliche Mobilität verzögern außerdem die Familiengründung.

Nicht zu verwechseln ist der Anteil Alleinlebender an der Bevölkerung mit dem Anteil von Einpersonenhaushalten an allen Haushalten. Auch in Bezug auf alle Haushalte führte Hannover 2012 im Großstädtevergleich mit 55 Prozent Einpersonenhaushalten die Spitzengruppe knapp vor Berlin (54 Prozent) und Leipzig (53 Prozent) an. Gleichzeitig werden die Lebensstile in Hannover zunehmend vielfältiger, Werte und Nutzungsverhalten verändern sich. Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Lebensentwürfen werden wichtiger für ein friedliches Miteinander in den Nachbarschaften. Differenzierte soziale Infrastrukturen und ein differenziertes Wohnungsangebot werden verstärkt nachgefragt, wenn gegenüber traditionellen Familienstrukturen die Zahl von Alleinerziehenden, Singlehaushalten und anderen Lebensformen zunimmt.

Altersstruktur der Bevölkerung

Die Abbildung unten zeigt die Bevölkerungspyramide der LHH am 1. Januar 2014 unterteilt nach Menschen ohne und mit Migrationshintergrund. Dabei umfasst Migrationshintergrund Personen mit nur ausländischer Staatsbürgerschaft und Personen, die neben der deutschen noch eine weitere, das heißt ausländische Staatsbürgerschaft besitzen. Die Pyramide zeigt drei überdurchschnittlich besetzte Altersgruppen: ältere Menschen in ihren Siebzigern (geburtenstarke Jahrgänge der späten 1930er Jahre), Personen zwischen etwa Mitte vierzig und Mitte fünfzig Jahren (sogenannte Babyboomer) sowie insbesondere junge Menschen zwischen etwa zwanzig Jahren und Anfang dreißig (durch Zuzüge). Die Bevölkerungspyramide der BewohnerInnen Hannovers mit Migrationshintergrund weist diese drei Charakteristika nicht auf. Dafür ist hier der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Bevölkerung größer und das Geschlechterverhältnis in den einzelnen Jahrgängen ist gleichmäßiger. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sind dagegen Frauen ab circa 55 Jahre gegenüber Männern in der Mehrheit, besonders ausgeprägt ist dies bei den Hochbetagten.

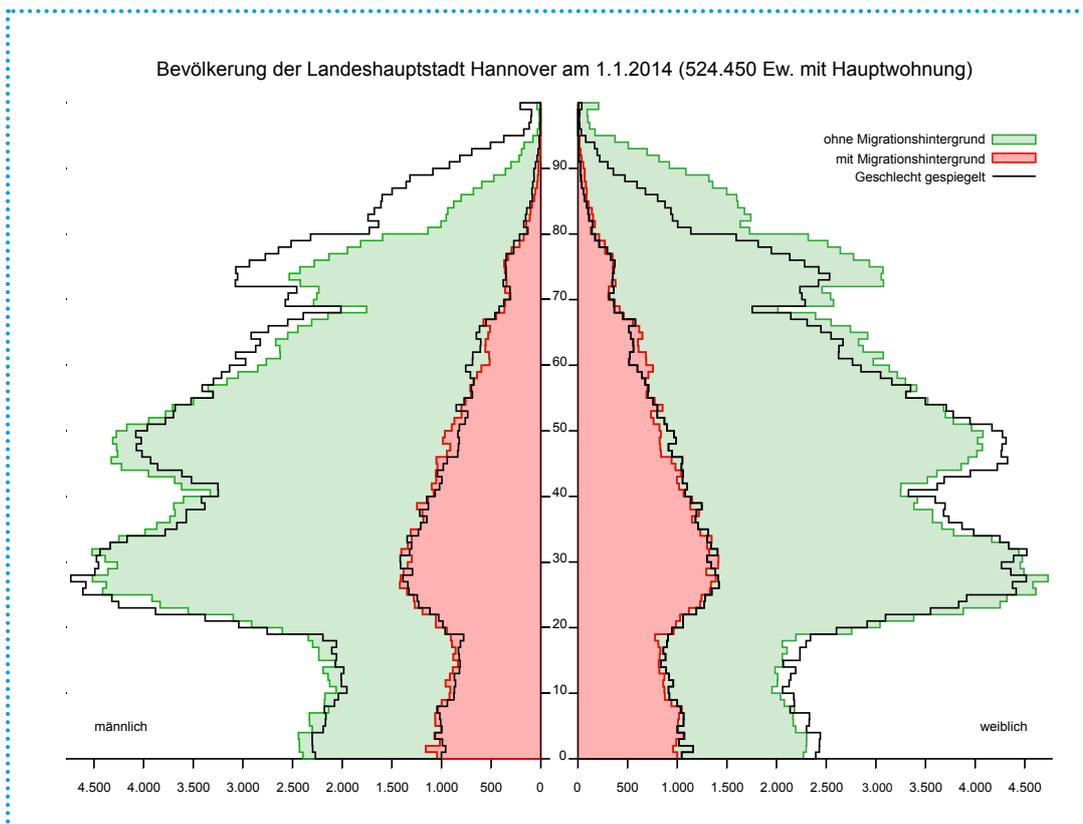


Abb. 2

Bevölkerung der Landeshauptstadt Hannover am 1.1.2014

Die Alterung der Bevölkerung als ein Merkmal des demographischen Wandels, trifft auf Hannover vor allem wegen der traditionell hohen Zuwanderung jüngerer Erwachsener nur abgeschwächt zu. Auch die Suburbanisierung in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts trägt zur im Vergleich zum Umland vergleichsweise geringeren Alterung bei.

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung Hannovers betrug am 1. Januar 2014 42,7 Jahre (Prognose 1. Januar 2030: Anstieg auf 44,3 Jahre). Frauen sind dabei mit 44,1 Jahren im Schnitt circa drei Jahre älter als Männer (41,3 Jahre), was vor allem an der stärkeren Besetzung im Seniorenalter liegt. Der Altersunterschied zwischen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (45,7 Jahre) und der mit Migrationshintergrund (34,6 Jahre) ist mit im Schnitt elf Jahren deutlich.

15 Prozent der Bevölkerung Hannovers sind Kinder und Jugendliche. Zwei Drittel der EinwohnerInnen (65,8 Prozent) sind im erwerbsfähigen Alter, und 19,1 Prozent stellen SeniorInnen ab 65 Jahre.

Die relativ geringe Geburtenrate in Hannover von circa 1,3 Kindern je Frau in Kombination mit weiterhin steigender Lebenserwartung und den älter werdenden stark besetzten Jahrgängen der sogenannten Babyboomer lassen in den nächsten Jahrzehnten eine Alterung der Bevölkerung durch eine Zunahme der Zahl der SeniorInnen und dabei besonders der Hochaltrigen erwarten. Daher wird man die Versorgungsstrukturen anpassen müssen. Bis 2030 wird gemäß Bevölkerungsprognose mit Basis 1. Januar 2014 der Anteil der Personen ab 65 Jahre an der Bevölkerung von 19 auf 22 Prozent steigen, der der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahre von 66 auf 63 Prozent sinken und der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren bei 15 Prozent bleiben. Die Altersstruktur der Bevölkerung Hannovers zum Stichtag 1. Januar 2014 verändert sich laut Bevölkerungsprognose zum 1. Januar 2030 wie folgt: Die Zahl der Kinder und Jugendlichen steigt leicht um 3,4 Prozent an, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bleibt konstant (minus 0,6 Prozent) und die Zahl der SeniorInnen ab 65 Jahre steigt spürbar um 18,6 Prozent an.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Internationalisierung der Bevölkerungsstruktur

Ein wesentliches Kennzeichen des demographischen Wandels, insbesondere in größeren Städten, ist, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung kontinuierlich steigt. Am 1. Januar 2014 lebten in Hannover 141.475 Personen mit Migrationshintergrund (davon 79.168 ausländische Personen und 62.307 Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit). Damit hat sich die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund in Hannover seit 1990 verdoppelt. Während der Anteil aller Menschen mit Migrationshintergrund in Hannover insgesamt 27 Prozent beträgt, liegt er bei Kindern und Jugendlichen unter achtzehn Jahren mit 43,3 Prozent deutlich höher.

Prägend sind kleinräumige bzw. stadtteilbezogene Unterschiede: Stadtteilen, in denen die Bevölkerungsmehrheit einen Migrationshintergrund hat (Mühlenberg, Vahrenheide) stehen Stadtteile mit mehr als 90 Prozent Bevölkerung ohne Migrationshintergrund gegenüber (Waldheim, Wülferode).

Die bedeutendsten Herkunftsländer von Menschen mit Migrationshintergrund in Hannover sind EU-Staaten (33,6 Prozent). Weitere 18,1 Prozent kommen aus der Türkei, 16,9 Prozent aus ehemaligen GUS-Staaten in Europa und Asien und 16 Prozent aus Asien (ohne ehemalige GUS-Staaten). Die meisten Personen mit Migrationshintergrund in Hannover sind türkisch (25.557), gefolgt von polnisch (18.838) und russisch (9.749). In den vergangenen zwei Jahren gab es die stärkste absolute Zunahme von Menschen mit Migrationshintergrund aus Polen (plus 1.629), gefolgt von Menschen aus Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Spanien und Italien, in erster Linie durch Zuwanderung. Am relativ stärksten gestiegen ist die Zahl der Personen aus Rumänien (plus 44,0 Prozent) und Bulgarien (im Zuge des EU-Beitritts) sowie Syrien (plus 35,7 Prozent).

Die Bevölkerung Hannovers ist in den vergangenen Jahren gewachsen durch die steigende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund (2013: plus 5.308, 2012: plus 4.130), insbesondere durch Zuwanderung. Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (Deutsche ohne weitere Staatsangehörigkeit) hat dagegen 2013 um 336 Personen abgenommen (2012: minus 209), da es Wanderungsverluste in den meisten Altersjahren gab. Eine Ausnahme sind die jungen Erwachsenen. Hannovers Wachstum fußt also auf internationaler Zuwanderung. Seit

der Jahrtausendwende sind deutlich weniger Familien in das Umland abgewandert. Dennoch zieht nach wie vor eine relevante Zahl junger Familien in das Umland (circa 30- bis 40-Jährige und Kinder im Vorschulalter). Seit 2008 nimmt die Zahl wieder zu.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

Das aktuelle Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung ist nach Jahren der Abnahme bzw. Stagnation insgesamt als Stärke zu betrachten: Da vor allem junge Erwachsene zuwandern, wird die Alterung der Gesellschaft zeitlich verzögert. Dies erhöht das Arbeitskräftepotenzial des Wirtschaftsstandorts Hannover und somit die Konkurrenzfähigkeit Hannovers im absehbaren Fachkräftemangel. Nachteilige Effekte können durch den erhöhten Nachfragedruck auf die verglichen mit früheren Jahren angespanntere Situation auf dem Wohnungsmarkt entstehen (vgl. Kapitel „Wohnen“).

Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bleibt – aufgrund von Zuwanderung – bis 2030 nahezu konstant und ist für die Wirtschaft von hoher Bedeutung. Das junge Alter vieler Zuwandernden verlangsamt den Alterungsprozess der Gesellschaft und stärkt die Innovationskraft. Das Qualifikationsniveau der Zuwandernden ist dabei sehr unterschiedlich.

Die vergleichsweise hohe Zuwanderung von Menschen mit Migrationshintergrund in kurzer Zeit ist zugleich eine große Herausforderung und ein großes Potenzial (vgl. Kapitel „Inklusion, Integration, Teilhabe“): Hannover als weltoffene Gesellschaft verändert sich kontinuierlich und entwickelt sich weiter.

Kurzfristig hat die Stadtgesellschaft insbesondere auf den Flüchtlingszuzug mit einer beispielhaften Initiative zur Willkommenskultur (vgl. Kapitel „Willkommenskultur“) reagiert. Mittel- und langfristig bedeutet aber die internationale Zuwanderung – und zwar in ihrer ganzen Vielfalt – eine erhebliche Herausforderung als Integrationsaufgabe. (Zu den Herausforderungen der Zunahme von alten und hochaltrigen Personen vgl. Kapitel „Alter(n)s-gerechte Quartiersentwicklung“).

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Die Landeshauptstadt Hannover verwendet kein integriertes Demographiekonzept, die relevanten Aspekte werden in einzelnen Fachkonzepten behandelt. Hierzu gehören der Lokale Integrationsplan (Kapitel „Willkommenskultur“), das Wohnkonzept 2025 (Kapitel „Wohnen“), der Seniorenplan (Kapitel „Alter(n)s-gerechte Quartiersentwicklung“), der Bildungsplan (Kapitel „Bildung“), der Sozialbericht (Kapitel „Teilhabe trotz Armut“) und weitere thematische Konzepte und Planungen wie Kita- und Schulplanung und Familienmonitoring.

Eine wichtige Datengrundlage für die Themen Bevölkerungsentwicklung und demographischer Wandel ist die kleinräumige Bevölkerungsprognose, die die Stadt Hannover in mehrjährigem Turnus für das Stadtgebiet und das Umland berechnet.

Eine gesunde Wirtschaft ist das Rückgrat für einen attraktiven Lebensraum. Deshalb ist die vornehmliche Aufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung, lokale Standortbedingungen zu optimieren und die ausreichende Versorgung mit Fachkräften. Es müssen genügend Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden und die weichen Standortfaktoren wie Wohnqualität und Versorgung mit attraktiven Bildungsangeboten müssen einen hohen Standard aufweisen. Auch die Innovationskraft der Unternehmen muss gestärkt und unterstützt werden, denn Wissenschaft, Innovation und Bildung werden auch in Zukunft die entscheidenden Wettbewerbs- und Wachstumsfaktoren sein. Gleichzeitig wird erwartet, dass insbesondere in den Großstädten die Umwelt als natürliche Lebensgrundlage der Bevölkerung geschützt und soweit erforderlich verbessert wird. Gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie attraktive Freizeitmöglichkeiten werden daher in erheblichem Maß von zielgerichteten Umweltschutzmaßnahmen und einer guten Durchgrünung des Stadtgebiets mit bestimmt und im interkommunalen Vergleich als wichtiger Standortfaktor angesehen.

➤ WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft Hannovers befindet sich fünf Jahre nach der Weltfinanzmarktkrise in einem sich dynamisierenden Strukturwandel. Gleichzeitig führen neue Rahmenbedingungen, wie sie sich unter anderem durch die Energiewende ergeben, zu strukturellen Veränderungen, denen sich die Wirtschaft auch auf der regionalen Ebene stellen muss. Die Unternehmen in Hannover sind vor diesem Hintergrund in starkem Maße herausgefordert, ihre Strategien zu überdenken und sich neu zu positionieren. Gleichermaßen steht auch die Wirtschaftsförderung vor der Aufgabe, ihre bisherigen Strategien und Handlungsansätze auf den Prüfstand zu stellen und ihr Instrumentarium gegebenenfalls neu zu justieren. Hinzu kommt, dass ab dem Jahr 2014 insbesondere auch die Rahmensetzungen der neuen EU Förderkulisse (EU 2020) einen Einfluss auf die künftige Strategie der Wirtschaftsförderung haben werden.

Die vornehmliche Aufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung besteht darin, die lokalen beziehungsweise regionalen Standortbedingungen zu optimieren. Im Rahmen der Bestandsentwicklung spielen die Bedürfnisse der ansässigen Unternehmen naturgemäß eine herausragende Rolle. Dabei fällt der Wirtschaftsförderung auch die Funktion zu, zwischen den teils widerstreitenden Partikularinteressen der einzelnen Firmen und Branchen sowie den politischen Entscheidungsprozessen zu vermitteln. Vor dem Hintergrund eines wirtschaftlichen Strukturwandels, wie er derzeit zu beobachten ist, kommt es jedoch auch darauf an, vor Ort rechtzeitig die Weichen zu stellen. Ziel ist, den erfolgversprechendsten Pfad einzuschlagen und die Potenziale des Standortes auch künftig auszuschöpfen.

BESTANDSAUFNAHME

Wirtschaftsstandort Hannover – Ausgangslage

Die Region Hannover weist eine überdurchschnittliche Wirtschaftskraft auf und liegt beim Bruttoinlandsprodukt je EinwohnerIn auf dem achten Rang der deutschen Verdichtungsräume. Dies entspricht in etwa der Position wie Ende der 1990er Jahre. Die Gesamtfläche der Stadt Hannover beträgt rund 20.400 Hektar, wovon rund 3.300 Hektar Gewerbeflächen sind.

Wesentlicher Indikator für Wirtschaftswachstum und Wohlstand einer Region ist eine positive Beschäftigungsentwicklung: In der Landeshauptstadt Hannover (LHH) arbeiten etwa 291.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – so viele wie noch nie zuvor.

Zudem sagen Prognosen für Hannover in den kommenden Jahren ein weiteres Bevölkerungswachstum voraus, was neue Herausforderungen und Chancen für den Wirtschaftsstandort Hannover bedeutet.

Von den in der LHH ansässigen circa 23.000 Unternehmen sind rund 90 Prozent Kleinbetriebe mit bis zu neun MitarbeiterInnen; die übrigen zehn Prozent der Unternehmen haben mehr als zehn Beschäftigte. Davon haben 172 Betriebe mehr als 250 MitarbeiterInnen. Grob teilen sich die Unternehmen in Hannover in Handel und Dienstleistungen (75 Prozent) und Industrie/verarbeitendes Gewerbe (25 Prozent) auf. Nicht nur Global Player wie VW Nutzfahrzeuge, Wabco, Continental, TUI, Bahlsen oder Johnson Controls sondern auch ein breit aufgestellter technologieorientierter Mittelstand schätzt die Qualitäten Hannovers. Die LHH zählt aber auch zu den größten Versicherungsstandorten in Deutschland. Bedeutende Unternehmen der Branche wie Talanx (Konzernmutter von unter anderem HDI), VHV, VGH, KKH, Hannover Rück oder Hannoversche Leben haben ihre Zentrale in Hannover.

Besonderes Potenzial für eine positive Entwicklung bietet Hannover mit seinen zentralen Funktionen als Landeshauptstadt, als Arbeitsmarktzentrum, als Einkaufsmetropole, als Industriestandort und als Dienstleistungszentrum. Große Bedeutung für den Standort haben die Stärkung der Handelszentralität, der Erhalt der verkehrlichen Lagegunst als internationales Verkehrsdrehkreuz aller Verkehrsträger (inkl. Häfen) sowie die Stärkung des Wissenschaftsstandortes. Als Kongress- und Veranstaltungsstandort besteht noch Entwicklungspotenzial, und die Stadt sollte sich hier zukünftig stärker etablieren. Insbesondere die vor rund zehn Jahren definierten und seitdem kontinuierlich entwickelten sogenannten Schwerpunktbranchen bieten mit hohen Beschäftigungszahlen, großer Wertschöpfung, und/oder starker Innovationskraft gute Ansätze für eine positive Entwicklung des Wirtschaftsstandortes. Diese Schwerpunktbranchen sind Automotive, Produktionstechnik, Energiewirtschaft, Kreativwirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologie und Gesundheitswirtschaft.

Aber auch die sogenannten „weichen“ Standortfaktoren wie Wohnqualität einer Stadt, gute Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote und das überregional bedeutende Kultur- und Freizeitangebot bieten wichtige Ansatzpunkte für die Entwicklung der Stadt Hannover zu einem zukunftsfähigen Standort zum Leben und Arbeiten. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wächst die Bedeutung der Anziehungskraft auf Fachkräfte.

Messe- und Kongressstadt

Das Messe- und Kongressgeschäft ist in Hannover seit Jahrzehnten ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Sowohl die unmittelbaren als auch mittelbaren Effekte stärken die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der LHH und das Steueraufkommen. Hannover verfügt über das größte Messegelände der Welt mit 466.100 Quadratmetern Hallenfläche in 26 Hallen und Pavillons, 58.000 Quadratmetern Freifläche und 2,5 Millionen BesucherInnen jährlich. Hannover ist Veranstaltungsort führender internationaler Leitmessen und Kongresse wie CeBIT, HANNOVER MESSE, IAA Nutzfahrzeuge, BIOTECHNICA, DOMOTEX und Agritechnica. Die Messe ist ein wichtiger Faktor für die Bekanntheit des Wirtschaftsstandorts Hannover und wirkt positiv auf dessen Image. Die Deutsche Messe AG baut eine Multifunktionsarena (circa 50.000 Quadratmeter) als Ersatzbau für die Messehallen 19 und 20. Sie bedient damit auch den Markt für die zukünftig immer stärker gefragte Kombination von Messen und Kongressen („Confair“).

Die Stadt wird sich weiter als Kongress- und Veranstaltungsstandort etablieren. Das Schloss Herrenhausen ist seit Jahresbeginn 2013 neuer Anziehungspunkt für Kongresse. Die Volkswagenstiftung hat 20 Millionen Euro in die Rekonstruktion des Schlosses und einen integrierten unterirdisch liegenden Tagungsneubau investiert.

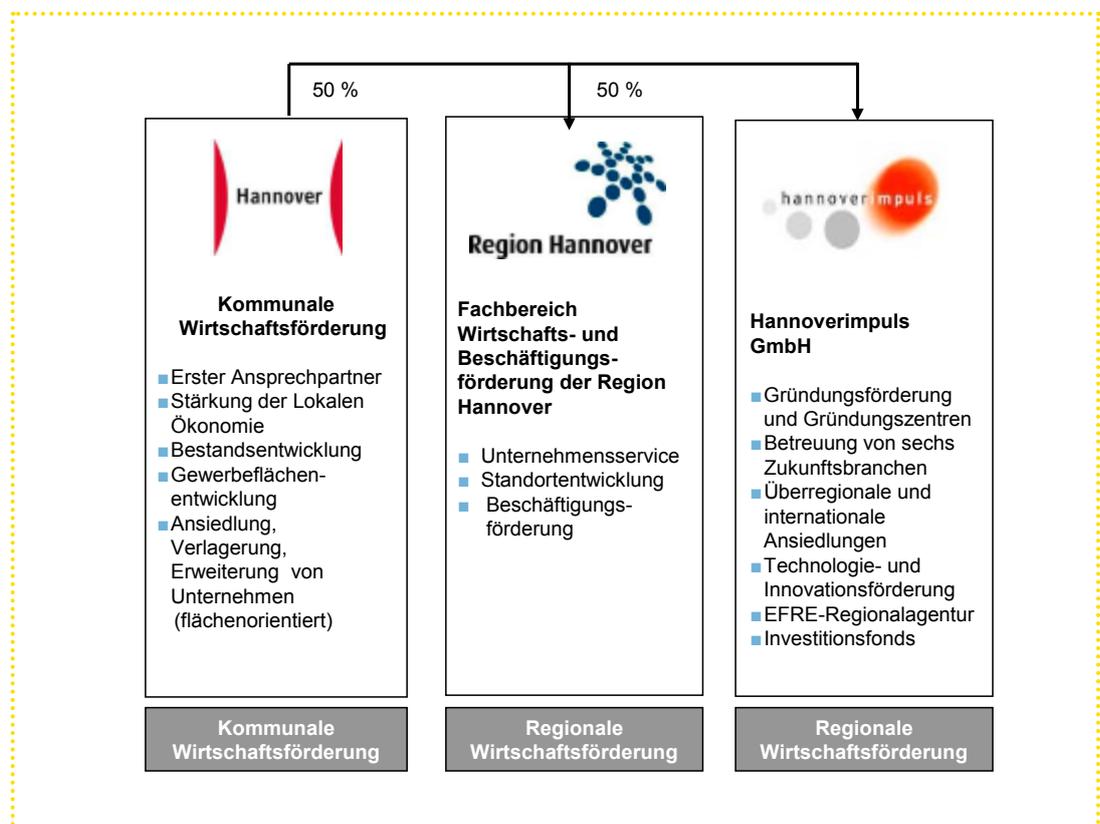
Wenngleich sich die Übernachtungen in Hannover (Hotelauslastung 2013: 42 Prozent) weniger auf traditionellen Städtetourismus zurückführen lassen als vielmehr auf Hannovers Anziehungskraft als internationaler Messe- und Kongressstandort sowie Austragungsort von erstklassigen Sport- und Kulturveranstaltungen, profitiert auch die LHH von dem bundesweiten Trend steigender Besucher- und Übernachtungszahlen in Großstädten. Absolut verzeichnen die Hotels in Hannover in 2013 rund 2,1 Millionen Übernachtungen.

Wirtschaftsförderung und Räume für wirtschaftliche Entwicklung

Einer der Handlungsschwerpunkte der städtischen Wirtschaftsförderung ist die Förderung der lokalen Ökonomie: Ziel ist vor allem, den Handelsstandort Hannover zu stärken und die stadtteilnahen Versorgungs- und Dienstleistungsstrukturen zu erhalten. Ebenfalls von hoher Relevanz ist die Aufgabe als Lotse für Unternehmen in der Verwaltung. Zudem fungiert die kommunale Wirtschaftsförderung als erster Ansprechpartner für Bestandssicherung und -entwicklung hannoverscher Unternehmen sowie bei Ansiedlungsinteresse auswärtiger Unternehmen am Standort Hannover. Hier agiert die Wirtschaftsförderung als „Anwalt“ der Wirtschaft. Besonderes Augenmerk richtet die LHH auf das Thema Frauenförderung: Unter dem Motto „Frauen machen Standort“ zeichnet sie jährlich erfolgreiche Unternehmerinnen oder Freiberuflerinnen mit dem Stadt Hannover Preis aus.

Abb. 1

Themenzuordnung
im Haus der
Wirtschaftsförderung



Ein weiterer wichtiger Bereich der kommunalen Wirtschaftsförderung ist die Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen. Im Sinne einer vorausschauenden Bestandsentwicklung und Bestandssicherung, und um Unternehmen im Stadtgebiet genügend Wachstumschancen zu bieten. Die 2012 vom Rat verabschiedeten Leitlinien für die Gewerbeflächenentwicklung 2012 bis 2020 zielen darauf ab, denn es gibt ein starkes städtisches Interesse, Gewerbebetriebe im Stadtgebiet anzusiedeln beziehungsweise zu halten – mit Blick auf Gewerbesteuer, Arbeitsplätze, Nutzung der Infrastruktur wie ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) und vieles mehr. Hierzu bedarf es neuer Wege der Innenentwicklung. Zum Beispiel ist geplant, die Flächenpotentiale in den klassischen Gewerbegebieten dadurch zu erschließen, dass heute mindergenutzte Flächen attraktiver gemacht werden. Im Grundsatz wäre es sinnvoll, den Schwerpunkt der Gewerbeflächenentwicklung auf altlastenbelastete Brachflächen zu legen, doch leider stehen unter Abwägung der Kostenbelastung und zu erwartender Erträge nur sehr wenige Flächen zur Verfügung. In der Wirtschaftsförderung werden neue Konzepte entwickelt, wie eine Projektentwicklung dennoch vorangetrieben werden kann.

Hohen Stellenwert in den Vermarktungsaktivitäten der Wirtschaftsförderung haben aktuell der Wissenschafts- und Technologiepark Hannover primär für wissens- und technologieintensive Unternehmen und die Flächen an der Hans-Böckler-Allee/Freundallee vor allem für hochwertige Büronutzung. Weitere Kernaufgaben der LHH sind die Mitarbeit an Nutzungskonzepten für den öffentlichen Raum einschließlich der Organisation von Märkten, die Genehmigung von Sondernutzungen sowie die Verwaltung des umfangreichen Immobilienbesitzes.

Die Aufgabe der Entwicklung der sogenannten Schwerpunktbranchen in Hannover wird von der Stadt- und Regionstochter hannoverimpuls übernommen. Hier sind auch Themen wie Fördermittel- und Finanzierungsberatung sowie die Mittelvergabe angesiedelt. hannoverimpuls kümmert sich zudem um die Existenzgründungsförderung in der Region. Dies geschieht unter anderem durch Wettbewerbe wie „StartUp-Impuls“ und neue Module der Finanzierung und Visualisierung von Geschäftsmodellen (Crowdfunding, Canvas-Pläne und ähnliches). Spezielle Beratungsangebote für Frauen auf dem Weg zur Unternehmerin und für Menschen mit Migrationshintergrund erweitern das Angebot rund um die Selbstständigkeit. Wichtiger Baustein der hannoverschen Gründungsförderung ist das Angebot geeigneter, zum Teil branchenspezifischer Büro-, Labor- und Werkstattflächen mit anspruchsvoller technischer Ausstattung für neue Ideen. So bietet die Halle 96 in Linden Platz für kreative Unternehmensgründungen. Im Camp Media an der EXPO-Plaza können sich Medienschaffende und Gründungen aus der LuK-Branche ansiedeln. Das jüngste Angebot für technologieorientierte Selbstständige ist das Technologiezentrum im Wissenschafts- und Technologiepark Hannover.

Nachhaltige Wirtschaftsförderung in der Landeshauptstadt Hannover

Seit vielen Jahren spielen ökologische Kriterien und Nachhaltigkeitsaspekte in der kommunalen Wirtschaftsförderung eine große Rolle. Die Wirtschaftsförderung Hannover hat seit 2013 die Projektleitung des von Stadt und Region Hannover gemeinsam getragenen Programms für betrieblichen Umweltschutz – ÖKOPROFIT – übernommen. Das Programm steht für ÖKOlogisches PROJekt für Integrierte UmweltTechnik. Ein Markenzeichen von ÖKOPROFIT ist die enge Kooperation zwischen Kommune und Wirtschaft. Seit 1999 ist Hannover Vorreiterin in Sachen ÖKOPROFIT und geht mit dem Programm aktiv auf die Unternehmen in Hannover zu.

„e.coBizz – Energieeffizienz für Unternehmen“ ist eine regionale Kampagne zur Optimierung des Energieeinsatzes in Unternehmen zum Beispiel durch Verbesserung in den Bereichen Wärmeversorgung, Klimatisierung, Beleuchtung, Kälteversorgung und Bürokommunikation. Das Programm wird von verschiedenen Partnern in Hannover und der Region Hannover unterstützt: Klimaschutzagentur Region Hannover, energycity-Fonds proKlima, die Handwerkskammer und Industrie- und Handelskammer Hannover.

Innerhalb ihres Einflussbereichs setzt die LHH hohe ökologische Standards insbesondere hinsichtlich der Themen Energieeffizienz und regenerative Energien durch vertragliche Verpflichtung und umfassende Beratung von Investoren.

Bei der kommunalen Beschaffung von Waren und Dienstleistungen spielen neben technischen und wirtschaftlichen Parametern für zuliefernde Unternehmen zunehmend auch ökologische und soziale Anforderungen für die Anbieter eine wichtige Rolle.

Mit dem Projekt „Masterplan 100 % für den Klimaschutz“ hat die Stadt den Blick auf das Jahr 2050 gerichtet – vergleiche hierzu Kapitel „Umwelt“.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

STÄRKEN:

Trotz Wirtschaftskrise verzeichnet Hannover eine relativ stabile Entwicklung in den vergangenen Jahren: eine positive Entwicklung im Immobilienmarkt (Büro, Logistik, Wohnen, Einzelhandel), Hannover ist unter den TOP 10 Immobilienstandorten in Deutschland, die Zahl der Arbeitsplätze steigt kontinuierlich (siehe Kapitel „Arbeit“), die Gründungszahlen im High-Tech-Sektor sind konstant.

Stärken werden vor allem in folgenden Schwerpunktbranchen sichtbar:

- Starke Automobilindustrie als wichtiger Teil des Clusters in der Metropolregion (Innovationsfeld Elektromobilität).
- Zahlreiche Unternehmen aus dem Bereich der Energiewirtschaft (Schwerpunkt unter anderem die Umsetzung neuer Technologien).
- In der Produktionstechnik: starke überregionale und internationale Ausrichtung größerer Betriebe und bedeutende Forschungseinrichtungen.
- Gesundheitswirtschaft geprägt durch herausragende universitären Forschung und Bildung, größter Anteil an der Gesamtbeschäftigung und überdurchschnittliche Zahl an Unternehmensgründungen.
- Starker Standort im Bereich Wissenschaft und Forschung (Schwerpunkte u. a. im Bereich Medizin und Ingenieurwissenschaften).
- Logistikstandort, verfügt über gute Verkehrsinfrastruktur und eine europaweite Gateway Funktion.
- International bedeutender Messestandort.
- Bundesweit bedeutender Versicherungsstandort mit einer großen Anzahl an Hauptsitzen und einer positiven Beschäftigtenentwicklung.
- Musikwirtschaft und IT-Affinität der Branche bietet viel Potenzial in der Kreativwirtschaft (aktuell Bewerbung als UNESCO-City of Music).
- Leistungs- und Profisport in den verschiedensten Sportarten als wichtiger Wirtschaftsfaktor.

SCHWÄCHEN:

- Der demographisch und wirtschaftlich vergleichsweise schwache Raum in direkter Nachbarschaft zur Region Hannover führt im Vergleich zu den führenden Regionen zu einer geringeren Dynamik in einigen Branchen: beispielweise IuK-Wirtschaft, unternehmerorientierte Dienstleistungen.
- Außeruniversitäre Forschung ist unterrepräsentiert.
- Hannover weist einen eher geringen Anteil der Unternehmensgründungen in den Schwerpunktbranchen wie Energiewirtschaft, Produktionstechnik, Logistikwirtschaft, Kreativwirtschaft auf. Auch die Zahl der Hochschul-Ausgründungen ist steigerungsfähig.
- Es existiert eine starke Abhängigkeit der unternehmensnahen Dienstleistungen von wenigen großen Unternehmen wie VWN oder Continental.
- Wie in anderen Ballungsräumen auch verschlechtern sich teilweise die Handels- und Versorgungsstrukturen in den peripheren Stadtteilen.

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

- Unterstützung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen durch wissensbasierte Infrastrukturen und verstärkte Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen (Initiative Wissenschaft, hannoverimpuls).
- Reflexion des Clusteransatzes im Hinblick auf die Breitenwirkung und die Forschungs- und Innovationsförderung im Sinne der EU-Förderstrategie 2020 (unter anderem Konzept der „Intelligenten Spezialisierung“), fließt ein in die gemeinsame Antragstellung EFRE 2014 ff. (Landeshauptstadt, Region Hannover, hannoverimpuls).
- „Innovationspolitik“ für nicht forschungsintensive Unternehmen, zum Beispiel durch Innovationsunterstützung bei hannoverimpuls.
- Die Wirtschaftsförderungen beschäftigen sich mit zukunftsweisenden Themen wie „Krisensicherer Wirtschaftsstandort“ (näheres dazu: Wege zur krisenfesten Wirtschaftsregion Hannover, Pestel Institut, 2013).
- Hannover muss seine positiven Entwicklungen im Messe- und Kongressbereich stärken, stabilisieren und weiter entwickeln. Veränderte Verhaltensweise von VeranstalterInnen und VeranstaltungsbesucherInnen im Kongress- und Messegeschäft werden zukünftig neue Strategien und Herausforderungen für die Bewerbung und die Dienstleistungsangebote von Kongress- und Messestädten erfordern, da vielfach innovative und völlig neue Veranstaltungsformate den Markt der Zukunft im nationalen und internationalen Wettbewerb mit bestimmen werden.
- Zentrales Ziel der Gewerbeflächenentwicklung ist es, in Hannover für wissens- und beschäftigungsintensive Unternehmen und Einrichtungen und entsprechende Neugründungen und Bestandsentwicklungen genügend Flächenpotenzial zu sichern (siehe Gewerbeflächenkonzept der LHH). In einem Modellprojekt im Bereich Lister Damm/Am Listholze soll aktuell aufgezeigt werden, wie durch eine nachhaltige Neuordnung des Gewerbegebietes, zum Beispiel durch Flächenzusammenlegung und Flächentausch, zusätzlich vermarktbar Flächen gewonnen werden können. Ziel ist, mangels Möglichkeiten der Außenentwicklung Hannovers innovative Wege der Binnenentwicklung auch unter ökologischen Gesichtspunkten zu finden. Zudem entwickelt die Wirtschaftsförderung wirtschaftsbezogene Nachhaltigkeitsindikatoren.

Weitere Zahlen und Fakten zu Wirtschaftsstandort und -struktur sowie Arbeitsmarkt enthalten die Trends und Fakten 2013 (Region Hannover) und Wirtschaftsstandort Region Hannover, Wirtschaftsreport 2013 (NORDLB/NIW – Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V./CIMA – Institut für Regionalwirtschaft).

➤ ARBEIT

BESTANDSAUFNAHME

Arbeitsmarkt Hannover – Ausgangslage

Hannover hat von 2012 auf 2013 ein Plus von 2.430 Arbeitsplätzen zu verzeichnen, ist bei der Beschäftigungsentwicklung aber etwas schwächer als der Durchschnitt der deutschen Großstädte. Es gab einen Boom zur EXPO 2000, dann stärkere Verluste von 2000 bis 2003 und einen geringeren Zuwachs von 2005 bis 2008, erfreulicherweise nur einen schwachen Rückgang in der Krise 2009 und seitdem einen deutlichen Aufholprozess. Mit einer Arbeitslosenquote von 10,1 Prozent liegt die LHH 2013 trotz seit 2009 überdurchschnittlich rückläufiger Arbeitslosenzahlen im unteren Drittel der Großstädte. Der Anteil der erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Leistungsempfänger (nach SGB II) an der Bevölkerung unter 65 Jahren liegt mit fast 13 Prozent um ein Drittel über dem Bundesdurchschnitt. Angesichts der günstigen Arbeitsmarktentwicklung sind die Anteile der Leistungsempfänger zwar auch in Hannover gesunken, aber deutlich langsamer als im Bundesdurchschnitt. Der Arbeitsmarkt Hannovers ist durch eine vergleichsweise geringe Erwerbsquote der Männer und eine im Bundesvergleich durchschnittliche Erwerbsbeteiligung der Frauen geprägt.

Die Stadtverwaltung Hannover als Arbeitgeberin

Mit mehr als 11.000 MitarbeiterInnen ist die Stadtverwaltung eine der größten Arbeitgeberinnen in der Stadt Hannover und leistet damit auch einen Anteil zur Beschäftigungsmöglichkeit. Dabei versteht sie sich auch als Vorbild in der Rolle als Arbeitgeberin und möchte selbst Impulse geben. So wurde Anfang des Jahres der seit mehr als 20 Jahren geltende Einstellungsstopp aufgehoben. Der Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung mit seinem Beitrag zur Haushaltssicherung von über sieben Millionen Euro jährlich schützt die Beschäftigten der Stadtverwaltung seit 2005 vor Privatisierungen.

Von den Beschäftigten sind 56,1 Prozent Frauen und 43,9 Prozent Männer. Mit Blick auf das Beschäftigungsvolumen ist das Verhältnis ungefähr ausgeglichen, denn rund 85 Prozent der Teilzeitbeschäftigten und Beurlaubten sind weiblich. Insgesamt sind 485 Auszubildende (47 Prozent Frauen und 53 Prozent Männer) bei der Stadtverwaltung beschäftigt, die sich auf 38 verschiedene Ausbildungsberufe verteilen. Den Auszubildenden wird nach erfolgreichem Abschluss mindestens eine einjährige Anschlussbeschäftigung ermöglicht.

Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung

In (fast) allen Aktivitäten im Bereich Wirtschaftsförderung spielt das Thema Fachkräftebedarfe bzw. Akquisition eine wichtige Rolle. Denn die Wirtschaftsförderung dient vor allem auch der Sicherung vorhandener und dem Aufbau neuer Arbeitsplätze. Dabei stehen die stark wertschöpfenden wissens- und technologieintensiven Arbeitsplätze im Vordergrund. Einige Aktivitäten konzentrieren sich aber auch darauf, Arbeitsplätze für niedrig Qualifizierte zu schaffen beziehungsweise entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen zu unterstützen. Hierzu gehören Projekte der Fachkräftesicherung wie der Lehrstellenatlas, Ausbilderfrühstücke, die Lange Nacht der Berufe, Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung der Inklusion in der Wirtschaft (Inklusionspreis).

Die Wirtschaftsförderung unterstützt die Zusammenarbeit mit Hochschulen und die Förderung des Übergangs von Schule und Beruf über Zuwendungen und Projekte zur Berufsorientierung. Im Bereich Beschäftigungsförderung werden seitens der Stadt Jugendwerkstätten für arbeitslose Jugendliche, zusätzliche Ausbildungsplätze im Non-Profit-Bereich und Langzeitarbeitslose durch kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote unterstützt und gefördert. Weitere Förderungen erhalten Projekte zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Handicap. Zudem positioniert Hannover sich auch mit dem Ziel der Attraktivität für Fachkräfte klar als familienfreundlicher Standort unter anderem durch einen eigenen Aufgabenbereich für Familienmanagement und Investitionsunterstützung in Form des Kinderbauland-Bonus. Zudem fördern die LHH beziehungsweise ihre Eigenbetriebe (global) gerechte Arbeitsbedingungen durch Integration sozialer Aspekte beim Einkauf von Dienstleistungen und Waren.

Zur Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeberin hat die Stadtverwaltung Handlungsansätze festgelegt, um dem demographischen Wandel und dem prognostizierten Fachkräftemangel zu begegnen. Beispielhafte Handlungsfelder sind Personalplanung/-marketing, Betriebliche Gesundheitsförderung, Lebenslange Qualifizierung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Pflege/ Privatleben sowie die Unternehmenskultur. Mit der Unterzeichnung der Europäischen Charta der Vielfalt im Jahr 2008 ist die Stadtverwaltung Hannover die Verpflichtung eingegangen, Vielfalt zum festen Bestandteil der Unternehmenskultur zu machen.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

STÄRKEN:

- Trotz Wirtschaftskrise relativ stabile Entwicklung in den vergangenen Jahren.
- Zahl der Arbeitsplätze steigt kontinuierlich.
- Starker Standort im Bereich Wissenschaft und Forschung (Schwerpunkte unter anderem in der Medizin und den Ingenieurwissenschaften).

SCHWÄCHEN:

- Hannovers Beschäftigungsentwicklung ist insgesamt weniger dynamisch als in süddeutschen Verdichtungsräumen.
- Hoher Anteil Langzeitarbeitsloser, insbesondere unter Geringqualifizierten, 55-Jährigen und Älteren, Menschen mit Behinderung und Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Siehe zu Stärken und Schwächen auch Kapitel „Wirtschaft“.

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Ein wichtiges Projekt in der Region Hannover ist die Ende 2013 ins Leben gerufene „Fachkräfteteallianz“. Dabei streben IHK und Handwerkskammer, Arbeitsagentur und Jobcenter, Gewerkschaften, Leibniz Universität und Hochschule Hannover, hannoverimpuls sowie Region und LHH eine engere Zusammenarbeit beim Thema Fachkräftesicherung an. So sollen Handlungsfelder wie Berufsorientierung, Aus- und Weiterbildung, strategische Personalentwicklung unter Nutzung von Fachkräftepotenzialen, familienfreundliche Strukturen, Fachkräfte-marketing und Willkommenskultur in Zukunft im gemeinsamen Fokus stehen und systematisch bearbeitet werden. Durch die engere Zusammenarbeit der Akteure soll dieser Vorteil

gegenüber anderen Regionen noch besser genutzt werden. Für die erste Phase wurde ein umfassendes regionales Arbeitsmarktmonitoring vereinbart, mit dem Bedarfe der Unternehmen und Möglichkeiten für ihr Ausbildungsangebot identifiziert werden können. Die engere Verzahnung der handelnden Akteure der Fachkräfteallianz soll dann zu einer zielorientierten Ausrichtung der Handlungsfelder beitragen.

➤ WISSENSCHAFT

BESTANDSAUFNAHME

Hannover zählt mit 40.794 Studierenden (Wintersemester/WS 2013/2014) und rund 10.000 Beschäftigten an den Hochschulen zu den bedeutenden Wissenschaftsstandorten in Deutschland. Größte Hochschule ist die Leibniz Universität mit 23.125 Studierenden, gefolgt von der Hochschule Hannover (8.914 Studierende), Medizinischer Hochschule, Tierärztlicher Hochschule, Hochschule für Musik, Theater und Medien, Kommunaler Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen, Fachhochschule für die Wirtschaft und der Leibniz-Fachhochschule, an der 443 Studierende eingeschrieben sind.

Aufgrund von doppeltem Abiturjahrgang und Wegfall der Wehrpflicht befinden sich die Studienanfängerzahlen im WS 2013/2014 auf einem aktuellen Höchststand. Rund 40 Prozent der Studierenden belegen MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegen die Anteile der Studierenden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Sprach- und Kulturwissenschaften. Drei Viertel der Studierenden haben die Hochschulzulassung in Niedersachsen erworben, 46 Prozent der Studierenden sind weiblich. Ein Fünftel der Studierenden hat einen Migrationshintergrund, darunter 4.799 Studierende (zwölf Prozent) eine ausländische Staatsbürgerschaft (WS 2013/2014). Die Mehrheit von ihnen stammt aus asiatischen und osteuropäischen Herkunftsländern. Der regionalökonomische Beitrag der Studierenden wird auf 300 bis 400 Millionen Euro an Umsätzen geschätzt und entspricht 2.300 bis 2.900 Arbeitsplätzen.

Die Hälfte der HochschulabsolventInnen im Jahr 2008 nahm eine (erste) Beschäftigung in der Region Hannover auf. Im Rahmen der Exzellenzinitiative der Bundesregierung wurden bislang rund 400 hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen. Gefördert werden derzeit die Exzellenzcluster „Rebirth“ (from REgenerative Biology to Reconstructive THERapy) und „Hearing4all“ (Forschung zur Hördiagnostik und Hörhilfe). Das Cluster „Quest“ (Centre for Quantum Engineering and Space-Time Research) und die Hannover Biomedical Research School (HBRS) wurden 2012 beendet. Die Medizinische Hochschule Hannover führt die HBRS allerdings weiter.

Schwerpunkte des Wissenschaftsstandortes Hannover sind die Cluster Life Science, Produktionstechnik sowie Medien und Design. Herausragender interdisziplinärer Forschungsbereich ist die Biomedizintechnik mit dem in Bau befindlichen Niedersächsischen Zentrum für Biomedizintechnik, Implantatforschung und Entwicklung (NIFE). Internationale Anerkennung und erfolgreiche Spin-Offs haben das Produktionstechnische Zentrum Hannover und das Laser Zentrum Hannover e. V.. Hannover verfügt über mehrere Forschungsinstitute, die – wie zum Beispiel das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen – regelmäßig bundesweit Aufmerksamkeit erhalten.

Weitere Informationen zum Universitätsstandort Hannover liefern die Sozialerhebungen des Studentenwerks Hannover (2010, 2014); zum Wissenschaftsstandort Hannover und zur Initiative Wissenschaft siehe www.science-hannover.de.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

STÄRKEN:

Der Hochschul- und Wissenschaftsstandort hat eine hohe regionalökonomische Bedeutung für Hannover. Studierende tragen zur Verjüngung und Internationalisierung der Stadt bei. Sie kompensieren zu Teilen den hohen Fachkräftebedarf in der Region. Die lebendige Hochschullandschaft hat einen großen Anteil am kreativen und diskursfreudigen Klima der Stadt. Das bundesweit größte Philosophiefestival findet in Hannover statt. Forschende und Lehrende entwickeln Innovationen, werben durch Exzellenz Drittmittel für den Standort ein und schaffen neue Arbeitsplätze. Alle Hochschulen sowie viele Forschungseinrichtungen sind durch Netzwerke, zum Beispiel der Initiative Wissenschaft Hannover, Biometi e.V., Hannover Clinical Trial Center e. V. und andere intensiv verbunden. Die Universitäten, das Fraunhofer ITEM und das Laserzentrum arbeiten erfolgreich interdisziplinär in der Translationsforschung zusammen. Die VolkswagenStiftung engagiert sich für den Standort Hannover.

SCHWÄCHEN:

Der demographische Wandel kann zu einem Rückgang der StudienanfängerInnen führen. Die Zahl ausländischer Studierender ist rückläufig. Mit Ausnahme der medizinischen Fakultäten stehen alle Hochschulen unter einem wachsenden Wettbewerbsdruck um Erstsemester. StudentInnen in der Landeshauptstadt müssen deutlich mehr Geld für Miete ausgeben als Studierende in Niedersachsen und im Durchschnitt im Bundesgebiet. Die Hälfte der StudienabsolventInnen verlässt die Region Hannover, um anderswo eine Arbeitsstelle anzunehmen. Im Städtevergleich ist Hannover mit nur einem Fraunhofer Institut und einem Teilinstitut der Max-Planck-Gesellschaft (Institut für Gravitationsphysik) unterdurchschnittlich in der deutschen Forschungslandschaft präsent. Bei der Akquise von Drittmitteln liegen hannoversche Hochschulen, mit Ausnahme der MHH, nur im Mittelfeld deutscher Hochschulstandorte. Hannoversche Universitäten können keine NobelpreisträgerInnen vorweisen.

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

„Hannover verbindet Wissenschaft und Stadt“ war ein Ziel des Stadtentwicklungsprogramms Hannover plusZehn. Vor diesem Hintergrund wurde auf Anregung des Oberbürgermeisters Anfang 2007 die „Initiative Wissenschaft Hannover“ gegründet. Acht hannoversche Hochschulen (die oben genannten, dabei statt der Kommunalen Hochschule für Verwaltung die GISMA Business School), die VolkswagenStiftung, das Studentenwerk Hannover, das Geozentrum Hannover, das Fraunhofer-Institut für Toxikologie und Experimentelle Medizin sowie die LHH engagieren sich seitdem in unterschiedlichen Projekten für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort. Gemeinsame Ziele sind, das Profil Hannovers als Hochschul- und Wissenschaftsstadt zu schärfen, Drittmittel zu akquirieren, Rahmenbedingungen von Studierenden zu verbessern und ein wissenschafts- und diskursfreundliches Klima in der Stadt zu schaffen. Die Initiative Wissenschaft Hannover und die Mediengruppe Madsack entwickelten darauf aufbauend ein Konzept für crossmediale Standortwerbung und Berufsorientierung unter Einbeziehung sozialer Netze.

Seit März 2013 ist das bundesweit einzigartige Multimediaportal studieren.forschen.wissen unter www.wissen.hannover.de online. Mit dem Ziel der Netzwerkbildung und des Standortmarketings mit überregionaler Ausstrahlung werden seit dem Jahr 2008 im Zweijahres-Rhythmus die publikumsstarken Events „November der Wissenschaft“ und das „Festival der Philosophie“ organisiert. Um Fachkräfte stärker an Hannover zu binden, wurde unter Federführung der Leibniz Universität das Dual Career Netzwerk konzipiert und aufgebaut.

Die Hannover Marketing und Tourismus Gesellschaft verfolgt mit der Vorteilskarte „Hausmarke“ die Strategie, StudentInnen für den Standort Hannover zu gewinnen. Im Jahr 2013 beteiligten sich die Beauftragten für Behinderungen und chronische Erkrankungen der Leibniz Universität, der Medizinischen Hochschule, der Stiftung Tierärztliche Hochschule sowie des Studentenwerkes an dem Zweiten Inklusionsbericht der LHH. Im Ergebnis unterstützt die Stadt Hannover gute barrierefreie Studienbedingungen für alle Studierenden mit und ohne Handicap.

Mehrere Institutionen engagieren sich konzeptionell, um den Kongress- und Messestandort im Bereich Wissenschaft und Hochschule zu stärken. Mit dem Wiederaufbau des Herrenhäuser Schlosses durch die VolkswagenStiftung wurde ein modernes Tagungszentrum für Wissenschaft, Politik und Kultur geschaffen, in dem seit 2013 jährlich mehr als 100 Veranstaltungen zur Profilierung des Wissenschaftsstandortes beitragen. Die Medizinische Hochschule Hannover, das Hannover Congress Centrum und die Messe AG gründeten 2013 die Medcon GmbH, um gemeinsam erfolgreich Tagungen und Kongresse aus dem Bereich der Gesundheitswirtschaft zu akquirieren. Nach einem zweijährigen Beteiligungs- und Entwicklungsprozess unter Federführung der Hannover Holding wurde im Jahr 2012 als neues Image der Stadt die Leitlinie „ideale und innovative Stadt Hannover“ festgelegt. In der Folge wurde bei der strategischen Neuausrichtung des Internetauftritts der Stadt dem Thema „Wissenschaft“ eine zentrale Position auf der Startseite von hannover.de eingeräumt.

➤ UMWELT

Unter dem Begriff „Umwelt“ werden sowohl die klassischen Umweltthemen wie Klima, Luft, Wasser und Boden dargestellt als auch die Grün- und Freiflächen – vom innerstädtischen Park bis zu den Landschaftsräumen und Wäldern. Alle Themen zusammen sind Gegenstand der Aktivitäten der Umweltbildung, die am Ende jedes Abschnitts beschrieben werden.

BESTANDSAUFNAHME

Der Zustand der Umwelt hat sich in Hannover in den vergangenen 20 Jahren stetig verbessert, was sich positiv auf die Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung auswirkt. Die heutige Umweltsituation ist geprägt von abnehmenden Schadstoffbelastungen in der Luft und in den Gewässern, der Sanierung von schadstoffbelasteten Flächen, vielfältigen Maßnahmen zur Verminderung des CO₂ (Kohlendioxid)-Ausstoßes und der vermehrten Nutzung regenerativer Energien. Das Grundwasser wird regelmäßig überwacht. Um die Umweltqualität bzw. Maßnahmen zu deren Verbesserung messen zu können, wurde von 1998 bis 2000 ein kommunales Indikatoren-System erarbeitet¹. In den regelmäßig erscheinenden Umweltberichten wird seitdem auf der Basis von 33 umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren die Umweltsituation objektiv bewertet und der Erfolg umweltpolitischer Maßnahmen kontrolliert.

Hannover ist – laut mehrerer Städte-Rankings zwischen 2007 und 2011 – die grünste der 50 größten Städte Deutschlands. Rund 50 Prozent der gesamten Stadtfläche Hannovers sind Grün- und Freiflächen, mehr als 20 Prozent davon sind als Landschaftsschutzgebiete geschützt. Pro EinwohnerIn stehen rund 107 Quadratmeter öffentlich zugängliche Grünflächen zur Verfügung. Ebenfalls bedeutsam ist, dass die Gartenräume nicht nur um die Stadt herum zu finden sind, sondern bis in die Mitte hineinreichen. Eine gartengeprägte Kulturlandschaft zieht sich von der Leinemasch über den Maschsee bis zu den Herrenhäuser Gärten.

In allen Epochen der Stadtentwicklung wurde stets großer Wert darauf gelegt, mit dem Wachstum der Stadt auch gleichzeitig die Grünqualitäten als natürliche Lebensgrundlagen, für die Erholung und zur Identitätsbildung und Repräsentation zu bewahren und weiter zu entwickeln. Hannover kann auf eine lange Tradition der Gärten und Parks zurückblicken². Zahlreiche Parks mit zusammen circa 300 Hektar Fläche aus verschiedenen Entstehungszeiten gehören dazu: vom Barockgarten (Herrenhäuser Gärten) bis zum ersten Park des 21. Jahrhunderts (Wissenschaftspark Marienwerder), von intensiv gestaltet (zum Beispiel Stadtpark) bis naturnah (zum Beispiel Hermann Löns Park). Hinzu kommen 19 Friedhöfe, davon fünf große Stadtfriedhöfe. Viele Gartenanlagen und vier der großen Friedhöfe stehen unter Denkmalschutz.

Dazu kommen 100 Hektar Spielplätze und 20 Hektar grünbestimmte Stadtplätze in den Stadtteilen und im Zentrum. Die Eilenriede ist mit 640 Hektar Fläche Europas größter Stadtwald. Der Maschsee, zwar künstlich angelegt aber heute aus Hannover nicht mehr wegzudenken, die Flüsse Leine und Ihme: alle diese Elemente zusammen und ihre durch Grünzüge gewährleistete Vernetzung machen die Gartenqualität dieser Stadt aus. Wichtigen Anteil daran haben auch die Kleingärten, die rund fünf Prozent der Stadtfläche einnehmen. Sie breiteten sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts rasant aus, finden sich heute mit etwa 19.000 Gärten ringförmig verteilt in der ganzen Stadt und ergänzen die öffentlichen Grünanlagen, Wälder und Erholungslandschaften. Auch die Sportanlagen im Stadtgebiet, die eine Fläche von circa 300 Hektar einnehmen, haben eine nicht zu unterschätzende Funktion im städtischen Grünflächen- und Erholungssystem.

Hannover gilt nicht nur als die grünste der 50 größten Städte Deutschlands, sondern hat auch 2011 den Titel „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ erhalten³. Die biologische Vielfalt zu bewahren und zu fördern, ist für die Stadt ein langjährig verfolgtes Thema und hat bundesweit für Aufmerksamkeit gesorgt. Im „Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt“ ist Hannover eines der Gründungsmitglieder, inzwischen sind mehr als 90 Kommunen Mitglied geworden, von kleinen Gemeinden bis zu Großstädten.

Die städtischen Wälder sind nach FSC (Forest Stewardship Council) und Naturland zertifiziert und werden somit nach den strengsten ökologischen Maßstäben bewirtschaftet. Die Maßnahmenprogramme zur Entwicklung der Landschaftsräume, zur Landwirtschaft, zu den Stillgewässern und zur Renaturierung der Fließgewässer sorgen in Verbindung mit einem guten Schutzgebietssystem von über 200 Hektar Naturschutzgebieten für eine nachhaltige Nutzung der Natur. Durch das Arbeitsprogramm „Naturnahe Gewässerentwicklung in Hannover“ wurden zum Beispiel seit 1994 zahlreiche Retentionsräume angelegt. Die hydraulische Verbesserung von 20 Kilometern Fließgewässer und der Erwerb von Gewässerrandstreifen haben nicht nur die Verzögerung des Hochwasserabflusses erreicht, sondern insgesamt den ökologischen Zustand verbessert. Alles zusammen trägt zu einer dauerhaft gesteigerten Lebensqualität der Menschen in Hannover bei.

Hannovers Grünanlagen haben vielfältige Funktionen für Naherholung, Umwelt- und Naturschutz, Klimafolgenanpassung, Spiel und Sport, Gesundheit, Bewegung und Mobilität abseits von Straßen. Sie sind Orte der Kommunikation, der Kunst und Gartenkunst, für Feste und zum Gärtnern, dienen aber auch wie die Friedhöfe als besondere Orte der Kontemplation, Bestattung und Trauer. Alle Anlagen sind in einem breiten Spektrum immer auch an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert weiter entwickelt worden. In den vergangenen Jahren verstärkt mit dem Ziel der gleichberechtigten Nutzung von Menschen mit und ohne Behinderungen (Inklusion), zum Beispiel durch den sukzessiven Ausbau barrierefreier Zugänge und Nutzungsmöglichkeiten in Parks, auf Stadt- und Spielplätzen oder Friedhöfen. Gärten und Landschaft erfüllen aber auch die Sehnsucht nach Ästhetik und blühender Farbenpracht

an alltäglichen Orten. Mit der zunehmenden Internationalität wachsen außerdem Wünsche nach individueller Ausdrucksform – vom Freizeitverhalten bis hin zu Bestattungsmöglichkeiten unterschiedlicher Religionen. Alle diese Veränderungen sind in die vielfältigen öffentlichen Freiräume der Stadt integrierbar. Durch die beschriebenen Grünqualitäten ist Hannover anpassungsfähig an verschiedenste Anforderungen (Resilienz): von veränderten kulturellen und sozialen Ansprüchen bis zu klimatischen Herausforderungen.

In diesem Zusammenhang wird die Umweltbildungsarbeit immer wichtiger⁴. Bildung für nachhaltige Entwicklung ermöglicht es den Menschen, Entwicklungsprozesse in ökologischer, ökonomischer und sozio-kultureller Hinsicht zu reflektieren und zu bewerten. Sie werden befähigt, ihr Leben an den Kriterien der Nachhaltigkeit auszurichten und nachhaltige Entwicklungsprozesse auf lokaler wie auf globaler Ebene mitzugestalten. Schon die Jüngsten sollen erreicht werden, um das Bewusstsein und das Handeln im Sinn einer nachhaltigen und zukunftsweisenden Entwicklung zu fördern. Projekte, Kampagnen, öffentliche Veranstaltungen, Bildungs- und Informationsmaterialien zu den Themen Klima- und Ressourcenschutz, Biodiversität, Naturerfahrung, Abwasser, umweltfreundliche Mobilität, gesunde Ernährung, nachhaltiges Wirtschaften und Gartenkultur werden von der Stadt entwickelt und umgesetzt. Darüber hinaus wird durch die Initiierung von Gartenwettbewerben und Aktionen wie unter anderem der „offenen Pforte“ das Gartenbewusstsein gefördert. Dabei wird eine intensive Netzwerkarbeit und eine enge Kooperation mit Umweltverbänden, Institutionen und Initiativen genutzt. Eine bestmögliche Multiplikatorenwirkung lässt sich durch Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure bis hin zur Region Hannover erzielen. Das „Programm energetische Sportstättenanierung in der Region Hannover“ hat zum Beispiel durch seinen Multiplikatoreneffekt positive Auswirkungen in die hannoversche Stadtgesellschaft hinein.

In den außerschulischen Bildungseinrichtungen Kinderwald Hannover, Waldstation Eilenriede und Schulbiologiezentrum werden aktuelle Themen mit einer Vielzahl an Werkstatt- und Fortbildungsangeboten aufgegriffen. Zielgruppen sind, neben Kindertagesstätten, Schulen und Bildungseinrichtungen, immer auch interessierte EinwohnerInnen jeden Alters. Insgesamt finden jährlich inklusive der oben genannten außerschulischen Lernorte ca. 2.850 Angebote mit insgesamt circa 67.500 TeilnehmerInnen statt. Die öffentlichen Veranstaltungen haben zusätzlich circa 158.000 BesucherInnen zu verzeichnen, darunter der Autofreie Sonntag mit 130.000 BesucherInnen.

Die Stadt engagiert sich außerdem beispielsweise als Mitglied im Klima-Bündnis und unterstützt die UN-Millenniumsentwicklungsziele. Im Rahmen der „Fair-Trade-Town“-Kampagne sowie der nachhaltigen Beschaffung werden Nachhaltigkeitsthemen stetig weiter entwickelt. Weiterer Schwerpunkt ist die Beratung und Bildung von und für MigrantInnen zu den Themen Umweltschutz und nachhaltiger Konsum (siehe www.agenda21.de).

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

Trotz sinkender Schadstoffbelastungen in der Luft wird der EU-Grenzwert für NO₂ (Stickstoffdioxid) noch nicht eingehalten. Da der Verkehr mit rund 70 Prozent der größte Verursacher ist, muss verstärkt an der Verminderung der verkehrsbedingten Emissionen gearbeitet werden.

Bodenfunktionsbewertungen spielen in Planungsprozessen eine wichtige Rolle. Dennoch sind nach wie vor Bodenverluste durch eine Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen zu verzeichnen.

Der Rat der Stadt hat 2008 das Ziel beschlossen, die CO₂-Emissionen (Kohlenstoffdioxid-Ausstoß) bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Die bisherigen Erfolge der Klimaschutzaktivitäten zeigen sich in einer deutlichen Abnahme der Emissionen der privaten Haushalte (rund 18 Prozent von 1990 bis 2011) und das, obwohl im gleichen Zeitraum die Bevölkerungszahl um 2,5 Prozent und die Wohnfläche pro EinwohnerIn um zwölf Prozent gestiegen ist. Obwohl in Hannover eine Steigerung der Wirtschaftsleistung um elf Prozent festgestellt werden konnte, sind die CO₂-Emissionen von Gewerbe und Industrie im Zeitraum 1990 bis 2011 nur um rund ein Prozent gestiegen. Im Verkehrsbereich wurde im gleichen Zeitraum eine Abnahme um rund drei Prozent erreicht. Im Rahmen der Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des städtischen Gebäudemanagements werden verstärkt ökologische und energiewirtschaftliche Fragestellungen bearbeitet. Zur Reduzierung der Energieverbräuche werden viele energierelevante Maßnahmen weit über die gesetzlichen Vorschriften hinaus umgesetzt. Dies geschieht bei baulichen und technischen Sanierungen, dem Neubau städtischer Gebäude im Passivhausstandard, dem verstärkten Einsatz regenerativer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung, besonders in Form von Fernwärme. Im Programm „Energetische Sportstättenanierung“ wurden durch Sanierungsmaßnahmen an den Vereinsgebäuden seit 2002 die CO₂-Emissionen um circa 750 Tonnen pro Jahr (t/a) gesenkt. Darüber hinaus konnten durch Beratungen für nicht-investive Maßnahmen bei den CO₂-Emissionen 3,7 t/a pro Verein im Durchschnitt vermieden werden.

Die Energiesparprojekte in Schulen, Kindertagesstätten und in der Stadtverwaltung sind seit mehr als zehn Jahren als erfolgreicher Beitrag zum Klimaschutz in der LHH etabliert und haben bundesweiten Vorbildcharakter. Durch umweltbewusstes Verhalten sparen die TeilnehmerInnen inzwischen in über 90 Schulen, rund 80 Kindertagesstätten und 60 sonstigen Gebäuden der Stadtverwaltung jährlich mehr als eine Million Euro Energiekosten und vermeiden 3.700 Tonnen unnötige CO₂-Emissionen.

Diese Vergleichsbilanz zeigt, dass in den Bereichen, in denen die Stadt selbst aktiv handeln kann, Erfolge zu verzeichnen sind, dass jedoch der Einfluss nicht lokal steuerbarer Rahmenbedingungen erheblich ist.

Die Stärken der Garten- und Freiraumqualitäten wurden bereits dargestellt. Deshalb konzentriert sich dieser Abschnitt auf die Schwächen beziehungsweise auf sichtbaren Handlungsbedarf. Auch wenn die Bilanz insgesamt positiv ist: Mit der gesellschaftlichen Entwicklung und den damit gewachsenen – oft konkurrierenden – Ansprüchen an die öffentlichen Räume bei gleichzeitig schwieriger werdenden Rahmenbedingungen für Erneuerung und Pflege der Flächen werden die Herausforderungen auch in Hannover immer deutlicher:

Übernutzungen oder Missnutzungen öffentlicher Grünflächen können nicht länger allein mit gärtnerischen Mitteln behoben werden. Sie erfordern Kommunikation, das Erinnern an Regeln oder sogar Umgestaltungen. Hierfür müssen ökologisch sinnvolle, robuste und nachhaltige Materialien und Pflanzen verwendet werden bei gleichzeitig hoher gestalterischer Qualität.

Für Historische Gärten und Parks müssen teils fehlende Parkpflegewerke (umfassende Konzepte zur Pflege und Entwicklung) erstellt oder vorhandene fortgeschrieben werden, um die wertvollen Anlagen in die nächsten Jahrzehnte zu führen.

Neue Formen der Freiraumnutzung verlangen Orte, ohne die Natur zu schädigen, andere Nutzungen zu verdrängen oder AnliegerInnen zu belästigen. Die nachhaltige Finanzierung von Reinigungs- und Pflegemaßnahmen muss gesichert sein, um die geschaffenen Qualitäten auf Dauer erhalten zu können.

Die gleichberechtigte Nutzbarkeit für alle Menschen, egal welchen Alters und mit und ohne Handicaps (Inklusion), erfordert ein Umdenken beziehungsweise Weiterdenken und oft konkrete bauliche, barrierefreie Lösungen bis hin zu neuartigen Konstruktionen bei Spielgeräten.

Für die Jahre 2012 bis 2022 wurde ein neues Forstbetriebswerk (alle zehn Jahre zu erstellender Masterplan zur Bewirtschaftung der städtischen Wälder) erarbeitet, das die Holz-Einschlagsmenge weiter reduziert und gleichzeitig den Anteil der naturbelassenen Waldflächen erhöht. Die gesamte städtische Waldfläche hat in den vergangenen zehn Jahren um 150 Hektar zugenommen. Ebenso ist die Fläche der „Geschützten Landschaftsbestandteile“ – als Teil des gesamten Schutzgebietssystems – um 48 Hektar gewachsen. Das Biodiversitätsprogramm „Mehr Natur in der Stadt“ wird auch in den kommenden Jahren weiterentwickelt und soll durch Drittmittel gestärkt werden. Positiv zu bewerten ist ferner, dass der Anteil der Fließgewässerstrecken mit der Güteklasse II innerhalb von 14 Jahren von 27 Prozent auf 49 Prozent gestiegen ist. Dennoch sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die Stärkung der Selbstreinigungskraft, die Verbesserung der Gewässergüte und damit einhergehend die Verknüpfung von Biotopen und die Erhöhung der biologischen Vielfalt weiter zu optimieren.

Die Umwelt-Bildungsarbeit wird getragen von zahlreichen Netzwerken und Kooperationen innerhalb der Verwaltung sowie umwelt- und entwicklungspolitischen Initiativen und Verbänden, Organisationen und ehrenamtlich Tätigen innerhalb der Stadtgesellschaft. Die Handlungs- und Gestaltungskompetenz der Menschen wird dadurch in vielen verschiedenen Handlungsfeldern gleichermaßen erweitert und das Bewusstsein für die Umwelt und einen nachhaltigen Lebensstil geschärft. Die lokale Verantwortung für die Situation der Länder des globalen Südens und die Bedeutung eines Bewusstseinswandels in Richtung nachhaltiger Lebensstile muss jedoch in weiteren Bildungsinitiativen gestärkt werden. Im Bereich der Bildungsarbeit sind Themen wie Inklusion, Integration und demographischer Wandel noch stärker zu berücksichtigen.

Zur Evaluierung der hier vorgestellten Programme und Maßnahmen liegt eine auf den oben genannten Indikatoren aufbauende Berichterstattung vor, die ein laufendes Controlling ermöglicht. Für einen integrierten nachhaltigen Stadtentwicklungsprozess ist jedoch ein aufeinander abgestimmtes Indikatorensystem hilfreich, das nicht nur ökologische sondern alle Bereiche einer nachhaltigen Stadtentwicklung (ökologisch, ökonomisch und sozial) berücksichtigt. Hier besteht noch Entwicklungsbedarf.

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Mit dem Luftqualitätsplan Hannover 2011 wird das Ziel verfolgt, die Luftgüte in Hannover nachhaltig zu verbessern und die EU-Grenzwerte für NO₂ (Stickstoffdioxid) von 40µg/m³ (Mikrogramm pro Kubikmeter) im Jahresmittel einzuhalten. Er enthält verschiedenste Luftreinhaltemaßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der Mobilität bei Verringerung der Umweltbelastung und zur Verringerung der Emissionen des verbleibenden Verkehrs. Die Umweltzone ist dabei die Maßnahme mit der größten positiven Wirkung.

Die mit dem Klimawandel verbundenen Veränderungen werden weitreichende Folgen für die Lebensbedingungen der Menschen insbesondere in den Städten haben. Zu erwarten sind eine steigende Anzahl heißer Tage und Tropennächte sowie eine veränderte Niederschlagsverteilung mit vermehrten Extremwetterereignissen und sommerlichen Trockenperioden. Die Stadt Hannover stellt sich dieser Herausforderung, hat eine eigene Anpassungsstrategie zum Klimawandel entwickelt und daraus ein Programm 2012 bis 2016 zur Umsetzung erster Anpassungsmaßnahmen zum Klimawandel abgeleitet. LHH und Region Hannover haben sich

gemeinsam für ihre weitere Entwicklung das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 eine nahezu klimaneutrale Region zu schaffen. Mit dem „Masterplan 100 % für den Klimaschutz“ (Ratsbeschluss DS 0613/2014) haben mehr als 240 ExpertInnen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Nicht-Regierungsorganisationen sowie den Verwaltungen gemeinsam eine Strategie erarbeitet, wie die Treibhausgase um 95 Prozent reduziert und der Energieverbrauch um die Hälfte gesenkt werden können (siehe www.klimaschutz2050.de). Darüber hinaus haben sich über 5.000 EinwohnerInnen in Stadt und Region Gedanken gemacht, wie ihr Stadtteil oder ihre Kommune in der Zukunft aussehen soll.

Wichtigstes Ergebnis ist, dass die Ziele grundsätzlich erreichbar sind, jedoch erhebliche Anstrengungen aller Teile der Stadtgesellschaft erfordern. Das Stadtentwicklungskonzept 2030 wird den Masterplan als eine Grundlage nutzen. Die LHH verfolgt das Ziel, Leben und Arbeiten auf sauberen Böden zu ermöglichen. Im Altlastenverzeichnis der Region Hannover werden jedoch für das Stadtgebiet insgesamt 4.000 Verdachtsflächen geführt. Mit Ausnahme der Altablagerungen erfolgte bisher keine systematische Untersuchung dieser Verdachtsflächen. Das vom Rat beschlossene Altlastenprogramm 2012 bis 2016 ermöglicht jetzt die systematische Erkundung stadteigener Flächen mit der Priorität Spielplatznutzung sowie weiterer sensibel genutzter Flächen. Außerdem die Finanzierung der sich daraus ergebenden Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen. Darüber hinaus werden private EigentümerInnen bei der Untersuchung und Sanierung ihrer Grundstücke mit einer Förderung unterstützt.

Auch bei den öffentlichen Grün- und Freiflächen gilt es, intelligente und bedarfsgerechte Lösungen für die jeweiligen Orte zu entwickeln, die den vielfältigen Anforderungen standhalten. Ziel ist, die gemeinsamen Nutzungsmöglichkeiten aller Menschen mit und ohne Behinderungen zu verbessern. Es wird von der Grünordnungsplanung bis zum Umbau von Stadtplätzen oder Spielplätzen zugrunde gelegt. Ziel ist ebenfalls die Reduzierung von Pflegekosten bei gleichzeitiger ökologischer und/ oder gestalterischer Aufwertung. Dieses geschieht zum Beispiel durch Pflegeextensivierung von Teilbereichen in großen Grünzügen oder Blumenansaat an Straßenrändern. Ein Freiflächenkonzept und ein Kleingartenkonzept werden zurzeit erstellt. In den nach strengen ökologischen Richtlinien bewirtschafteten Waldflächen werden auch zukünftig die Erholungs- und Naturschutzfunktion an erster Stelle stehen und Holzeinschlag aus rein wirtschaftlichen Gründen nicht zulässig sein. Dem Wunsch vieler EinwohnerInnen nach konsequentem Schutz von Altbäumen kommt dieser Beschluss entgegen. In den Landschaftsräumen gilt das Prinzip „Pflege durch Nutzung“, um die ökologischen und die Naherholungsqualitäten sowie kulturhistorische Werte zu erhalten. Die weitere Ausweisung von Schutzgebieten (Naturschutz-, Landschaftsschutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile und Wälder) soll landschaftlich und biologisch wertvolle Gebiete für die Erholung der Menschen und den Erhalt der heimischen Tier- und Pflanzenwelt langfristig sichern.

Die Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung querschnittsorientiert weitere Bildungsaspekte aufzugreifen und dabei auch innerhalb der Verwaltung noch vernetzter zusammenzuarbeiten. Der Verknüpfung von Umweltbildung mit der kulturellen Bildung (zum Beispiel im Projekt Klima-Kunst-Nachhaltigkeit), der weiteren Einbeziehung ökonomisch nachhaltiger Konzepte in die Bildungsarbeit (zum Beispiel „Ökoproof meets nachhaltige Schülerfirmen“) und der verstärkten Berücksichtigung sozial gerechter, interkultureller und inklusiver Ansätze kommt zukünftig eine wichtige Aufgabe zu.

Das umweltbezogene Indikatorensystem wird zurzeit um ökonomische Nachhaltigkeitsindikatoren erweitert (siehe Kapitel „Wirtschaft“). Mittelfristig will die Stadt auf der Grundlage weiterer sozialer Indikatoren einen gesamtstädtischen Nachhaltigkeitsbericht vorlegen, um die Erfolge einer nachhaltigen, integrierten Stadtentwicklung abbilden und bewerten zu können.

- 1 www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Umwelt/Umweltinformation/Umweltbericht-der-Landeshauptstadt-Hannover
- 2 www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Naherholung/Gärten-genießen
- 3 www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Umwelt/Naturschutz/Mehr-Natur-in-der-Stadt/Hannover-ist-Bundeshauptstadt-im-Naturschutz
- 4 www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Umwelt/Umweltinformation/Umweltbildung-der-Landeshauptstadt-Hannover

Die Lebensqualität einer Stadt zeigt sich für viele Menschen besonders in der Alltagswelt, der Gestalt und den Möglichkeiten, die sie ihnen bietet. Hier stehen folgende Fragen im Vordergrund: Wie wohne ich, wie ist meine Nachbarschaft, wie sieht mein direktes Wohnumfeld aus? Lebe ich in einer gesunden Umwelt? Habe ich die für mich wichtige Infrastruktur – von Schulen und Kitas für meine Kinder über Einkaufsmöglichkeiten bis hin zur ärztlichen Versorgung – in meiner Nähe und kann ich sie gut und bequem erreichen? Wie kann ich meine Freizeitwünsche und meine Bedürfnisse für kulturelles Leben verwirklichen? Habe ich einen für mich passenden Arbeitsplatz in guter Erreichbarkeit, der mir einen adäquaten Lebensstil ermöglicht?

Das Handlungsfeld „Wohnen, Versorgung und Mobilität“ greift aus der Fülle der Qualitätsmerkmale die im Titel genannten drei Themen Wohnen, Versorgung und Mobilität heraus. Diese sind für das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ von besonderem Interesse, da sie in den letzten Jahrzehnten von einer starken Veränderungsdynamik geprägt sind: Wohnraum gewinnt in einer wachsenden Stadt mit zunehmendem Nachfragedruck auf dem Wohnungsmarkt wieder deutlich an Bedeutung. Handel und Dienstleistungsangebote sind von großen Umbrüchen gekennzeichnet und zur Sicherung der Versorgung in den Stadtteilen bedarf es der besonderen Aufmerksamkeit durch die Stadtentwicklungsplanung. Nicht zuletzt verändern sich die Ansprüche und das Mobilitätsverhalten in der Stadt, worauf die Stadtentwicklungsplanung reagieren und zukunftsfähige Lösungen anbieten muss.

➤ WOHNEN

BESTANDSAUFNAHME

Ausgangslage

Das Wohnungsmarktgeschehen in der Landeshauptstadt Hannover (LHH) konnte lange Jahre als entspannt bezeichnet werden: Es gab eine beinahe stagnierende Bevölkerungszahl und eine sehr geringe Wohnungsneubautätigkeit. Die Stadt verfolgte daher Strategien zur Erhöhung der Lebens- und Wohnqualitäten, die zum Verbleiben und zum Zuzug von EinwohnerInnen führen: Das Einfamilienhausprogramm, der Hannover-Kinder-Bauland-Bonus und die Beratung durch das Einfamilienhausbüro sowie die Förderung altengerechten und Barriere armen Wohnraums sind Handlungsansätze, die das Wohnraumangebot positiv weiterentwickeln. Im Rahmen der Stadterneuerung werden auf Quartiersebene durch Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden, durch Verbesserungen der sozialen, kulturellen und bildenden Infrastruktur, der Einzelhandelsversorgung sowie der Ausstattung mit Grün- und Freiflächen attraktive Wohn- und Lebensbedingungen geschaffen.

Ein wichtiger Faktor der Lebensqualität ist auch der Sport. So betätigen sich etwa drei Viertel der HannoveranerInnen sportlich. Der demographische Wandel aber auch das wachsende Angebot an Ganztagschulen verändern das Nutzungsverhalten, so dass die Sportentwicklungsplanung die Angebote mit der sich wandelnden Nachfrage abstimmen muss, um die Attraktivität Hannovers als Sport- und Freizeitraum zu sichern und zu stärken.

Insgesamt verfolgt die Stadtplanung in Hannover das Leitziel der kurzen Wege zwischen Wohnung, Arbeitsstätte, Kinderbetreuung, Schulstandort, Einkaufsmöglichkeiten, Bildungs- und Kulturangeboten, Freizeit-, Sport- und Erholungsmöglichkeiten sowie Gesundheits- und Servicedienstleistungen. Die vielfältige Infrastruktur des täglichen Bedarfes wird möglichst wohnortnah organisiert. Darüber hinaus legt die LHH eigene Programme („Hannover schafft Platz“) wie auch Planungsformate („Mein Kiez“) auf, um die Stadtteile Demographie fest weiter zu entwickeln.

Seit Ende 2005 steigt die Einwohnerzahl Hannovers mit wachsender Dynamik an. Der Trend steigender Zuwanderung belegt die Anziehungskraft der Stadt als attraktiver Wohnstandort mit hoher Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzdichte. Gleichzeitig stellt sie die Wohnungspolitik vor die Herausforderung, den bereits hier lebenden EinwohnerInnen und den Zuziehenden ausreichenden und angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Als Konsequenz der deutlichen Einwohnerzuwächse wird Wohnen in Hannover in den letzten Jahren zunehmend zum Thema der Stadtdiskussion. Die Preisentwicklung – insbesondere bei Neuvermietungen – und Fragen der Gentrifizierung werden zum Teil sehr engagiert diskutiert.

Angesichts der bereits zu verzeichnenden Entwicklungen und des prognostizierten Bevölkerungswachstums hat der Rat der Stadt Hannover im Sommer 2013 das Wohnkonzept 2025 beschlossen (DS Nr. 0840/2013).

Wohnraumangebot

Der Wohnungsbestand in der LHH umfasst gemäß Zensus 2011 circa 300.000 Wohnungen. Knapp 28 Prozent der Wohnungen wurden vor 1948 errichtet, der größte Anteil des Wohnungsbestandes (44 Prozent) wurde zwischen 1949 und 1968 gebaut.

Ein Kennzeichen des Wohnungsmarktes der Stadt ist der hohe Anteil des Wohnungsbestandes im Geschosswohnungsbau von circa 84 Prozent. Ein weiteres Charakteristikum von Großstädten ist der weit unterdurchschnittliche Anteil an EinwohnerInnen, die in ihrer eigenen Wohnung leben. In ganz Deutschland liegt die Selbstnutzungsquote bei 42,2 Prozent; in den 15 größten Städten Deutschlands bei 14,8 Prozent. Hannover liegt dabei mit einer Selbstnutzungsquote von 23,4 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der deutschen Großstädte.

Hannovers Wohnungsmarkt zeichnet sich durch eine große Vielfalt aus. Stadtteile und Wohnquartiere mit sehr unterschiedlicher Ausprägung und Entwicklung bezüglich der Nachfrage, des Angebotes und des Mietniveaus liegen dicht zusammen. Begehrte Lagen sind zurzeit die innenstadtnahen Altbauquartiere und die eher peripher gelegenen Einfamilienhausgebiete.

Nachfrage

Die positive Bevölkerungsentwicklung und die anwachsende Zahl der Haushalte auf dem Wohnungsmarkt schlägt sich mittlerweile auch auf das Investitionsverhalten nieder: Wachsende Nachfrage und damit verbundene Renditeerwartungen führen zu einer gesteigerten Neubautätigkeit in Hannover. Diese kann allerdings den Haushaltezuwachs noch nicht kompensieren, was zu einer Verschlechterung der Wohnungsversorgungsquote führt. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung und -prognose besteht in Hannover ein deutlicher Handlungsbedarf zum Wohnungsneubau. Laut Wohnkonzept liegt der Neubaubedarf bis 2025 bei jährlich 610 Wohneinheiten. Hierbei gilt es zu beachten, dass bei größeren Wohnungsbauprojekten auch infrastrukturelle Veränderungen wie beispielsweise eine Kita- und Schulinfrastruktur und das Schaffen von Sport- und Bewegungsflächen bedacht werden müssen.

2013 wurden in Hannover 636 neue Wohnungen errichtet, 2012 waren es 877. In den Jahren zuvor lag die Fertigstellungsrate bei 300 bis 400 Wohnungen jährlich (Quelle: LSN - Landesamt für Statistik Niedersachsen). Erstmals seit zehn Jahren wurden mehr Geschosswohnungen als Einfamilienhäuser fertig gestellt. Gleichzeitig weist Hannover 2013 mit 1,8 Prozent eine äußerst geringe Leerstandsquote auf, die leicht unter der allgemein für den reibungslosen Wohnungswechsel als notwendig angesehenen Wohnungswechselreserve von zwei bis

drei Prozent liegt. Dieser geringe Leerstand macht die sich anspannende Situation auf dem Mietmarkt deutlich. Für bestimmte Segmente nachfragender Haushalte ist es derzeit schwierig, sich mit freiem Wohnraum in bestimmten Lagen zu versorgen.

Die Verknappung auf der Angebotsseite drückt sich auch in den Preissteigerungen aus, die seit einigen Jahren sehr deutlich bei den Angebotsmieten bei Neu- und Wiedervermietungen und bei den Kaufpreisen für Eigentumswohnungen und Eigenheime – dem bundesweiten Trend folgend – zu beobachten sind. Die Angebotspreise bei Neu- und Wiedervermietung stiegen in Hannover seit 2009 um 13,6 Prozent an. Zunehmend werden auch Mietwohnungen im Bestand teurer. Die Zahl der Angebote hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich reduziert, was die Verknappung ebenfalls zeigt (Quelle: Kommunale Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover, Preisdatenanalyse für Mietwohnungen und Immobilien 2012).

Auch die Angebotskaufpreise für Wohnimmobilien sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen: Für eine Eigentumswohnung stieg der Quadratmeterpreis von 1.187 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2012 auf 1.279 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2013 (plus 7,7 Prozent). Für ein freistehendes Einfamilienhaus aus dem Bestand wurde 2012 der mittlere Verkaufspreis von 230.000 Euro anvisiert, 2013 lag dieser Wert bei 265.000 Euro (plus 15,2 Prozent), was die anhaltend hohe Nachfrage nach freistehenden Einfamilienhäusern belegt. Gleichzeitig hat sich die Anzahl der Immobilienangebote im Vergleich zum Vorjahr auf etwa 4.500 Inserate fast halbiert (Quelle: IVD – Immobilienverband Deutschland).

Ein angemessen großer Bestand an preisgünstigem Wohnraum ist ein wichtiger Faktor und eine stetige Herausforderung für die erfolgreiche Versorgung der Stadtbevölkerung mit Wohnraum. Vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl untergebrachter Personen (sowohl Flüchtlinge als auch Obdachlose) und von Obdachlosigkeit Betroffener in Hannover, deren Integration in den Wohnungsmarkt nicht ohne weiteres gelingt, ist es von hoher Bedeutung, dieses Angebot zu erweitern.

Die Anforderungen durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention und die zu erwartende demographische Entwicklung erhöhen den Anspruch an Barrierefreiheit von Wohnraum in allen Segmenten. In einem angespannten freien Wohnungsmarkt gilt dies aber insbesondere auch für die unteren Preissegmente, auf die Personen mit geringem Einkommen, beziehungsweise in sozial schwierigen Lebenssituationen, angewiesen sind.

Belegungsrechte der Stadt sichern hierzu ein auf dem freien Markt nicht zu gewährleisten- des Angebot für die entsprechenden NachfragerInnen. Die Stadt Hannover verfügt im Jahr 2013 über insgesamt 18.664 Belegrechtswohnungen (6,4 Prozent). Seit 2005 hat sich die Zahl um 2.779 Belegrechte verringert. Dass dabei die Versorgung der Haushalte mit Leistungsbezug schwieriger wird, zeigt die Anzahl der belegungsgebundenen Wohnungen je 100 Bedarfsgemeinschaften: Während 2005 noch 47 Belegrechtswohnungen je 100 Bedarfsgemeinschaften zur Verfügung standen, waren es 2012 nur noch 40.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

Eine Stärke des Mietwohnungsmarktes und auch des Wohnimmobilienmarktes in der LHH ist sein nach wie vor vergleichbar moderates Preisniveau. Hannover liegt trotz deutlichem Preisanstieg in den vergangenen Jahren mit 250.000 Euro im unteren Drittel der Großstädte bei den Angebotspreisen von freistehenden Einfamilienhäusern und mit 1.200 Euro pro Quadratmeter im Mittelfeld bei den Angebotspreisen für Eigentumswohnungen. Bei den Angebotsmieten für Wohnungen, die nach 1949 gebaut wurden, liegt Hannover mit sieben Euro pro Quadratmeter ebenfalls im Mittelfeld der Großstädte.

Als Stärke ist auch der mittlerweile hohe Anteil sanierter Wohnungen anzusehen, die den MieterInnen in Hannover angeboten werden. Verbunden mit den Modernisierungs- und Sanierungsaktivitäten der VermieterInnen ist aber auch ein erhöhter Investitionsaufwand, was sich auf der anderen Seite in zum Teil deutlichen Mietpreissteigerungen niederschlägt. Eine weitere Stärke des Wohnungsangebotes in der Stadt Hannover ist die große Vielfalt des Angebotes im Miet- und Kaufmarkt. Den NachfragerInnen bieten sich sehr unterschiedliche Lagen und sehr vielfältige Wohnungsformen zu vergleichsweise erschwinglichen (Miet-)Preisen.

Eine Schwäche hat das Wohnungsangebot in der Stadt bei großen und bei kleinen preiswerten sowie barrierefreien oder barrierearmen Wohnungen. Diese Wohnungsformen sind selten im Bestand und gleichzeitig stark nachgefragt, was die Preise treibt und was zu spürbaren Defiziten in der Versorgung von bestimmten NachfragerInnen führt. In diesem Marktsegment besteht ein Nachholbedarf, was sich unter anderem in den nach wie vor negativen Wanderungsbilanzen mit dem Umland bei Familien ablesen lässt. Die absehbare Entwicklung der Bevölkerung hin zu mehr Einzelhaushalten offenbart die bestehende Schwäche bei kleinen preiswerten Wohnungen. Zu beachten ist auch die ansteigende Zahl hochaltriger Personen, die mindestens barrierearmen Wohnraum benötigt. Auch hier führt der zunehmende Nachfragedruck zu Handlungsbedarf für den Neubau und die Anpassung des Bestandes in den kommenden Jahren.

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Mit dem Beschluss des Rates zum Wohnkonzept 2025 sind folgende vier Strategien verbunden, die in den kommenden Jahren durch Maßnahmen umzusetzen sind, beziehungsweise die zurzeit bereits umgesetzt werden:

Wohnungsneubau: Flächenpotentiale für Wohnbauzwecke sollen mit einer Wohnbauflächeninitiative in dichter Folge planungsrechtlich gesichert, ausgewiesen und einer Bebauung zugeführt werden. Im Rahmen einer verwaltungsinternen Initiative soll sichergestellt werden, dass in den Jahren 2013 bis 2015 im Zuge dynamisierter Planungsverfahren jährlich neue Planungsrechte für 500 Wohnungen geschaffen werden. Im Jahr 2013 konnten insgesamt Baurechte für 600 Wohneinheiten geschaffen werden. Anspruch der LHH ist es, den Wohnungsneubau dezentral, eher kleinteilig und in hoher funktionaler und gestalterischer Qualität, mit dem notwendigen Mix der Wohnungsarten (Geschosswohnungsbau bis freistehende Einfamilienhäuser) und im Hinblick auf Barrierefreiheit nachfragegerecht zu organisieren.

Bestandsentwicklung: Die LHH wird in den kommenden Jahren eine aktive Quartiersentwicklung betreiben, und zwar durch die Fortsetzung der Stadterneuerung mit den Maßnahmen: Wohnungsmodernisierung, Anpassung an heutige Wohnbedürfnisse (wie zum Beispiel barrierefrei, damit auch altersgerecht), Anpassung an energetische Erfordernisse und Aufwertung wohnungsnaher Infrastruktur und Versorgung. In Hannover sind aktuell drei Gebiete in der Städtebauförderkulisse „Soziale Stadt“. Präventiv engagiert sich die Stadt in vier weiteren Gebieten mit einem Quartiersmanagement.

Sicherung und Schaffung von preiswertem Wohnraum: Die bisherige Praxis der Sicherung von bestehenden Belegrechten für preiswerten Wohnraum durch Laufzeitverlängerung der Aufwendungszuschüsse wird kontinuierlich fortgeführt. Zusätzlich wird mit einem städtischen Neubauförderprogramm die Neuschaffung von preiswertem Wohnraum, auch barrierefrei, unterstützt. Bei einer energetischen Modernisierung von bisher preisgünstigen Mietwohnungen erfolgt eine Förderung aus städtischen Mitteln, durch die die Mieten auch nach

der Modernisierung im preiswerten Bereich bleiben. Die LHH prüft weitere Instrumente, um preiswerten Wohnraum, auch barrierefrei für mobilitätseingeschränkte Menschen, zu erhalten.

Kommunikation, Kooperation und Beratung: Die Maßnahmen zur Steigerung der Wohnungsneubauraten und der Bestandsentwicklung sollen mit kommunikativen Mitteln befördert, in Kooperation mit den verschiedenen Akteuren vorangetrieben und mit Beratungsangeboten für die verschiedenen Nachfragegruppen auf dem hannoverschen Wohnungsmarkt verknüpft werden. Gerade bei größeren Wohnungsbauvorhaben sind Beteiligungs- und Moderationsformate erforderlich, die Akzeptanz und Integration fördern.

Das Wohnkonzept ist mit einem intensiven Dialog mit der Wohnungswirtschaft und den Interessenvertretungen der Akteure des Wohnungsmarkts erarbeitet worden. Diese Kommunikation ist von allen Beteiligten sehr positiv bewertet worden und soll fortgesetzt werden. Etablierte Foren, wie die Gespräche mit der Arbeitsgemeinschaft hannoverscher Wohnungsunternehmen, werden dazu genutzt. Bereits bestehende Beratungsangebote für Wohnraumfragen spezieller Zielgruppen wie Menschen mit Behinderung, SeniorInnen und Baugruppen, werden ausgebaut. In ausgewählten Quartieren wird gemeinsam mit KooperationspartnerInnen aus der Wohnungswirtschaft, den Wohlfahrtsverbänden und anderen modellhaft quartiersnahe altersgerechte Infrastrukturentwicklung im Hinblick auf die Anforderungen des demographischen Wandels erprobt.

➤ VERSORGUNG

BESTANDSAUFNAHME

Die Stadt Hannover nimmt als Landeshauptstadt, größte Stadt Niedersachsens und als Oberzentrum eine im nationalen Vergleich bedeutende Stellung hinter den Topzentren wie Berlin, München oder Hamburg ein. Aufgrund des herausragenden Einzelhandelsangebotes in Hannovers Innenstadt kommt dem Handel eine wesentliche funktionale Bedeutung auch über die Regionsgrenzen hinaus zu. Auf rund 900.000 Quadratmetern Verkaufsfläche in der gesamten Stadt wurden gut 3.600 Millionen Euro Umsatz im Jahr 2013 erzielt (Quelle: Marktforschungsunternehmen GfK). Der Einzelhandelsumsatz pro EinwohnerIn liegt dabei mit gut 6.900 Euro deutlich über dem Bundesdurchschnitt von circa 5.000 Euro. Auch die Zentralitätskennziffer Hannovers ist mit 133,4 Prozent deutlich überdurchschnittlich. Dies bedeutet, dass auch aus dem weiteren Umland viele KundInnen in Hannover einkaufen. Ein vielfältiges und attraktives Einzelhandelsangebot ist eine wesentliche Voraussetzung für funktionierende Zentren, da hierdurch viele KundInnen angesprochen werden, die wiederum für eine entsprechende Frequentierung sorgen.

Im Vordergrund einer Profilierungsstrategie für die Innenstadt steht eine Stärkung des Einkaufens als Erlebniseinkauf. Dabei hat die Stadt die Rahmenbedingungen für den Handel durch städtebauliche Maßnahmen unterstützt. Wesentliche Impulse sind dabei auch vom Handel selbst ausgegangen. Die ständigen Veränderungen im Handel, auch bedingt durch den Online-Handel, sollten als Chance für ein qualifiziertes und spezialisiertes hochwertiges Einzelhandelsangebot aufgegriffen werden.

Für die Qualität der Versorgung ist auch ein entsprechendes Angebot an Dienstleistungen und Handwerk wichtig. Dienstleister und dienstleistungsnahe Handwerksangebote profitieren von attraktiven Zentren und sind häufig auf den Frequenzbringer Einzelhandel angewiesen. Darüber hinaus sind weitere Bausteine für lebendige Zentren wichtig, die sich gegenseitig

positiv bedingen. Nutzungsmischung in den zentralen Versorgungsbereichen, auch mit Wohnen, verschafft Einzelhandel und Dienstleistern ein beständiges Kundenpotenzial in direkter Nachbarschaft. Dies führt zu einer Belebung außerhalb von Geschäftszeiten. Gleichzeitig wird dadurch die Grundlage für eine lebenswerte Stadt gelegt. Ein vielfältiges Angebot aus Gastronomie, Kultur, Freizeit und Dienstleistungen verschafft dem Einzelhandel weiteren Kundenzulauf durch die Kombination mit dem Einkauf. Daraus resultiert eine verlängerte Aufenthaltsdauer in den Zentren. Entsprechend attraktiv wird auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes angegangen, um angenehme Aufenthaltsqualität für die verschiedensten Nutzergruppen zu bieten. Zusammen mit einer ansprechenden Qualität der Architektur und Fassadengestaltung hat die Stadt zu einer ansprechenden Einkaufsatmosphäre beigetragen, die sich auch in der Schaufenstergestaltung und einem sauberen Gesamteindruck widerspiegelt. Eine wichtige Voraussetzung ist hierbei ein leistungsfähiges Mobilitätsangebot für alle VerkehrsteilnehmerInnen. Dieses wurde in den vergangenen Jahren ausgebaut und wird auch zukünftig weiterentwickelt, um die Erreichbarkeit der Einkaufsstätten und den Transport von Waren so bequem wie möglich zu gestalten.

Wichtigster Einkaufsstandort ist die Innenstadt, wo auf 29 Prozent der gesamten Verkaufsfläche Hannovers 32 Prozent des Einzelhandelsumsatzes erzielt wird (Quelle: Comfort Research & Consulting). Hannovers Innenstadt liegt damit im oberen Drittel bei dem Vergleich von Flächen- und Umsatzanteilen anderer Städte dieser Größenklasse. Neben der Innenstadt sind es auch die insgesamt 58 weiteren Zentren in Hannovers Stadtteilen, die dafür sorgen, dass sich die Bevölkerung möglichst nahe des Wohnortes mit unterschiedlichen Gütern des täglichen Bedarfs versorgen kann. Rund 88 Prozent der EinwohnerInnen können derzeit in einer Entfernung von circa 500 Metern Luftlinie (das entspricht einem Weg von ungefähr zehn Minuten zu Fuß) eins von fast 200 Lebensmittelgeschäften erreichen. Dies bedeutet besonders für mobilitätseingeschränkte Menschen eine hohe Qualität.

Die zunehmenden Umsätze im Online-Handel in den vergangenen Jahren sind ein bundesweit zu beobachtender Trend. Er hat Auswirkungen auf die Einzelhandelsbranche, auf Dienstleister und das Handwerk, die Einkaufsgewohnheiten der VerbraucherInnen und auf die Siedlungsstruktur der Städte. Dabei spielt nicht nur die Handelsform (Verlagerung vom stationären Handel hin zum Versand) eine wichtige Rolle. Auch die damit verbundenen Vertriebsstrukturen mit entsprechender Logistik wirken sich auf Stadt- und Verkehrsplanung aus. Die wachsende Online-Branche bietet aber auch Chancen für den Arbeitsmarkt. In der LHH wurde mit dem Ansiedlungsprojekt eines Online-Unternehmens an der Stockholmer Allee ein neuer Standort nicht zuletzt deshalb von der Stadt aktiv mit entwickelt, weil das Unternehmen ein erhebliches Maß an neuen Arbeitsplätzen schaffen will. Ebenfalls auf die zunehmenden Versandgeschäfte ist der Ausbau des DHL-Verteilzentrums an der Höverschen Straße zurückzuführen. Auch hier ist mit zusätzlichen Arbeitsplätzen zu rechnen. Das zunehmende Angebot an Waren und Dienstleistungen im Internet ist noch ein relativ neues Phänomen, auf das sich sowohl die Einzelhandelsbranche als auch die Stadtplanung einstellen muss. Die ansässigen Unternehmen stehen vor der Herausforderung, auf die zunehmende Konkurrenz des Online-Handels mit eigenen wettbewerbsfähigen Angeboten zu reagieren. Viele Unternehmen bieten daher ihre Waren bereits stationär und online an. Die Kommunen begegnen den Auswirkungen auf die Einzelhandels- und Zentrenstruktur mit Mitteln der Stadtplanung und der Wirtschaftsförderung. Die LHH ist bei diesem Thema gut aufgestellt, weil mit dem Innenstadtkonzept Hannover City 2020+, dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept von 2011 sowie den unterstützenden Maßnahmen im Rahmen der lokalen Ökonomie eine Handlungsstrategie zur Entwicklung einer zukunftsfähigen Einzelhandelsstruktur in der Innenstadt und in den Stadtteilen verfolgt wird.

Die Verwaltung setzt das vom Rat beschlossene Innenstadtkonzept Hannover City 2020+ um und unterstützt die Entwicklung der Stadtteilzentren mit baulichen Maßnahmen, um den öffentlichen Raum attraktiver zu machen. Hilfreich bei dieser Strategie sind auch die Zusammenschlüsse der Gewerbetreibenden in der City und den Stadtteilen wie City-Gemeinschaft, Lister Meile e. V. oder die IG Ricklingen e.V. Ziel der Interessens- oder Standortgemeinschaften ist, die Identifikation mit dem Stadtteil zu erhöhen und so die Unternehmen vor Ort zu stärken. In Hannover bestehen mittlerweile rund 40 organisierte Gemeinschaften, in denen insgesamt circa 1.600 Firmen aller Branchen aktiv sind. Viele Aktivitäten der Interessensgemeinschaften in den Stadtteilen werden von der Wirtschaftsförderung im Rahmen der „Lokalen Ökonomie“ unterstützt. Damit wird durch das Engagement von UnternehmerInnen vor Ort in Kombination mit der Unterstützung der städtischen Wirtschaftsförderung die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen gestärkt und ein wesentlicher Beitrag geleistet, um eine leistungsfähige und kundenfreundliche Handels-, Gewerbe- und Dienstleistungsstruktur aufrecht zu erhalten. Im Zeitraum zwischen 2005 und 2011 wurden unter dem Begriff „Integrative Stadtteilarbeit“ in circa 20 hannoverschen Stadtteilen extern moderierte Stadtteilkonferenzen veranstaltet. Sie hatten das Ziel, die unterschiedlichen Stadtteilsphären wie lokale Ökonomie, Kultur, Vereine, soziale Einrichtungen und so weiter besser miteinander zu vernetzen; daraus ist unter anderem eine Reihe von Werbegemeinschaften und Kaufleute-Vereinen hervorgegangen.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

Eine wesentliche Stärke für den Einzelhandel stellt die kompakte Innenstadt mit ihren attraktiven Fußgängerbereichen und abwechslungsreichen Angeboten dar. Somit sind Rundläufe möglich und alle wichtigen Anbieter in der Innenstadt innerhalb einer zumutbaren Distanz räumlich und zeitlich zu erreichen. Die Eröffnung der Ernst-August-Galerie im Herbst 2008 in der Nähe des Hauptbahnhofs hat zur Aufwertung weiterer Bereiche der Innenstadt geführt. Dabei hat die Stadt mit der Umgestaltung der Straßenräume den Rahmen für zahlreiche private Investitionen gesetzt.

Der Angebotsmix hat sich qualitativ deutlich verbessert und ist höherwertiger geworden. Ein vielfältiges Angebot aus Gastronomie, Kultur, Freizeit und Dienstleistungen verschafft dem Einzelhandel Kundenzulauf und sorgt für eine Belebung der Innenstadt auch nach Ladenschluss. Allerdings haben sich die PassantInnenströme zu Lasten der Altstadt in Richtung Kröpcke und Hauptbahnhof verlagert. Durch die begrenzten I-A-Lagen haben sich die Mietpreise in den begehrten Lagen erhöht, was zu einer verstärkten Präsenz der Marken- und Kettenanbieter geführt hat. Einem ständigen Konkurrenzdruck sind die Standorte auch wegen der Verbesserung der Angebotsquantitäten und -qualitäten der Zentren in den Nachbargemeinden ausgesetzt. Dies wird mittel- bis langfristig zu einer Verringerung des Anteils der Landeshauptstadt am Einzelhandelsumsatz führen. Im Bereich der Nahversorgung mit Lebensmitteln ist es gelungen das Standortnetz zu erneuern und zu ergänzen. Eine größere Zahl von kleinen Stadtteilzentren leidet unter fehlenden Erweiterungsflächen. Dadurch wandern vor allem Lebensmittelanbieter ab, die keine Erweiterungsmöglichkeiten finden. In der Folge fehlt dann häufig die Laufkundschaft für andere AnbieterInnen mit Ladengeschäft. Dies trifft vor allem Stadtteilzentren in Baugebieten aus den 1960er bis 1980er Jahren.

Auf der Nachfrageseite schlägt positiv zu Buche, dass die Kaufkraft seit 2008 nahezu konstant geblieben ist. Damit ist Hannover für InvestorInnen und BetreiberInnen ein gut kalkulierbarer Standort, was sich auch in moderat steigenden Immobilienpreisen niederschlägt. Die Folgen des demographischen Wandels werden auf mittlere Sicht noch durch die steigenden Bevölkerungszahlen abgemildert. Auch zukünftig ist die Stadt mit ihrer polyzentralen Nahversor-

gungsstruktur durch die Zentren unterschiedlicher Größe auch auf eine weniger mobile Bevölkerung vorbereitet. Inwieweit die Veränderung der Einkaufsgewohnheiten insbesondere durch den Internethandel zu Veränderungen der Einkaufslandschaft in den Zentren führen wird, ist noch offen. Viel deutet darauf hin, dass stationäre HändlerInnen auch im Internet Angebote machen werden und InternethändlerInnen vermehrt auf stationäre Geschäfte setzen. Trotz der guten Standortstruktur liegt eine Schwäche darin, dass es in einigen Zentren nicht ausreichend Grundstücke gibt, um auf den Wandel im Handel reagieren zu können. Hier wird es zu Leerständen und Attraktivitätsverlusten kommen können. Die Stadt kann darauf direkt kaum einwirken, da die Grundstücke sich überwiegend in Privateigentum befinden. Wohngebietsnahe Flächen für HandwerkerInnen und DienstleisterInnen sind in den Zentren ebenso knapp. Außerdem bestehen häufig Konflikte mit angrenzender Wohnbebauung. Oft können diese Branchen die höheren Mieten in guten Lagen nicht bezahlen und müssen auf Gewerbegebiete ausweichen.

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORHANDENEN KONZEPTEN

Die Einzelhandelsbranche ist geprägt durch ständigen Wandel. Insbesondere führen Unternehmenskonzentrationen und Umstrukturierungen in immer kürzeren Zeiträumen zu neuen Anforderungen an bestehende und neue Standorte. Darüber hinaus stellt auch der zunehmende Internethandel eine große Herausforderung für die HändlerInnen mit einem Geschäft in der Stadt dar. Auf der Grundlage einer Vollerhebung der Einzelhandelsituation wurden vom Büro für Stadt- und Regionalentwicklung Dr. Acocella gemeinsam mit Fachleuten aus der Verwaltung, aus Handel und Verbänden die wesentlichen Leitlinien für die Entwicklung des Einzelhandels und der Zentren in Hannover erarbeitet. Der Rat hat das Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die LHH im Jahr 2011 beschlossen und damit eine verbindliche Grundlage für die räumliche Steuerung der Einzelhandelsentwicklung geschaffen. Das Konzept dient der städtebaulichen Lenkung von Einzelhandelsentwicklungen und bietet der Einzelhandelsbranche eine wichtige Orientierungshilfe für unternehmerische Entscheidungen. Neue Einzelhandelsprojekte sowie größere Erweiterungen werden im Einzelfall auf ihre Verträglichkeit mit dem Konzept geprüft. Dabei kommt der Stadt die Rolle einer Vermittlerin zwischen InvestorInnen, Einzelhandelsunternehmen und den Interessen der Bevölkerung zu.

Zielsetzung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts ist, die Einzelhandels- und Funktionsvielfalt der Innenstadt und der sonstigen Stadtteilzentren zu erhalten und zu stärken. Weiterhin ist insbesondere für eingeschränkt mobile Bevölkerungsgruppen eine „Stadt der kurzen Wege“ vor allem in Bezug auf die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs von wesentlicher Bedeutung. Dies wird durch den Erhalt und die Stärkung einer flächendeckenden Nahversorgungsstruktur sowie der Stadtteilzentren unterstützt.

Für die Steuerung des Einzelhandels gelten die folgenden Grundsätze:

- Zentrenrelevante Sortimente anhand der sogenannten „Hannoverschen Liste“ sollen nur in den Zentren angeboten werden und nicht in nicht integrierten Lagen, wie zum Beispiel Gewerbegebieten.
- Große Geschäfte mit zentrenrelevanten Sortimenten und mehr als 800 Quadratmetern Verkaufsfläche sollen nur in der Innenstadt und den größeren Stadtteilzentren angeboten werden.
- Nicht zentrenrelevanter Einzelhandel kann dagegen auch außerhalb der Zentren angesiedelt werden, dafür sind Sonderstandorte für große AnbieterInnen festgelegt worden.
- Im Bereich der Nahversorgung gilt es, den erreichten Standard zu erhalten und Versorgungslücken zu schließen.

Dabei werden für den Einzelhandel in Gewerbegebieten nur zurückhaltend Flächen bereitgestellt, da sonst unter Umständen die Standortqualität für gewerbliche Nutzungen sinkt, beziehungsweise die Bodenpreise für andere Nutzungen extrem steigen. Als Konsequenz daraus werden Bauleitpläne für Gewerbe- und Industriegebiete überprüft. Soweit eine Sicherung der Gebiete für Handwerk und produzierendes Gewerbe erforderlich ist, wird Einzelhandel grundsätzlich insgesamt ausgeschlossen. Seit mehr als zehn Jahren setzt die Stadt auf einen sogenannten „konstruktiven Dialog“ mit den BetreiberInnen der großen Anbieterketten im Lebensmittelhandel. In regelmäßigen Abständen werden dabei die Planungsziele und Anforderungen der Stadt und die Expansionstendenzen der BetreiberInnen ausgetauscht und Lösungen zum Vorteil der Bevölkerung erarbeitet. In vielen Fällen konnten so beispielgebende energieoptimierte und architektonisch ansprechende Betriebe errichtet und bedrohte Standorte gesichert werden.

➤ MOBILITÄT

BESTANDSAUFNAHME

Die Funktion und die Bedeutung der Landeshauptstadt Hannover als zentraler Standort in der Region Hannover, die Stadt- und Siedlungsstruktur in ihrer flächenhaften Ausdehnung und die regionale Verflechtung prägen die Mobilität und das Verkehrsgeschehen in der Stadt. Charakteristisches Kennzeichen der Mobilität der EinwohnerInnen ist die Verkehrsmittelwahl. Dieser sogenannte Modal Split der Stadt Hannover weist einen vergleichsweise hohen Anteil für den Umweltverbund (ÖPNV, Rad, Fuß) von 57 Prozent auf. Herauszustellen ist der ansteigende Radverkehrsanteil. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) liegt mit etwa 40 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von knapp 60 Prozent und auch unter dem Anteil von 50 Prozent in der Region Hannover.

Man unterteilt verschiedene Wegezwecke. Prägend für den Wegezweck ist die Lebenssituation. Für die Zwecke Erwerbstätigkeit und Ausbildung (inklusive Schule) werden zusammen 31 Prozent aller Wege zurückgelegt. Freizeitwege haben mit 28 Prozent aller Wege den höchsten Anteil und gewinnen an Bedeutung. Zusammen mit den Versorgungswegen und privaten Erledigungen bestimmen sie mit 62 Prozent den täglichen Wegeaufwand.

In der LHH verfügen etwa 80 Prozent der Haushalte über mindestens ein funktionstüchtiges Fahrrad. Die Ausstattung der Haushalte mit Pkw liegt mit etwa 60 Prozent deutlich darunter. Mit der Distanz zum Stadtkern und zu den Angeboten des ÖPNV steigen die Motorisierung der Bevölkerung und der Anteil der Wege im MIV.

Die Mobilität weist dabei durchaus geschlechterspezifische Unterschiede auf. Frauen legen oftmals mehr Wege am Tag zurück als Männer und nutzen dabei überdurchschnittlich häufig Verkehrsmittel des Umweltverbundes. Neben der Lebenssituation und den daraus entstehenden Wegen, prägt die Verfügbarkeit von Mobilitätsalternativen die Mobilität der Frauen. Die männliche Bevölkerung verfügt deutlich häufiger über einen Pkw als die weibliche.

Hannover hat ein leistungsfähiges Hauptverkehrsstraßennetz. Die Erschließung aller Stadtbereiche wird durch Radialen gesichert. Der Cityring sorgt für die Verteilung im Innenstadtbereich und entlastet diesen von Durchgangsverkehren. Die Stadtteile erschließt ein hierarchisch gestuftes Netz aus Sammel-, Erschließungs- und Anliegerstraßen. Wohngebiete sind überwiegend in die flächenhafte Verkehrsberuhigung (Tempo 30-Zonen) einbezogen. Die überregionale und regionale Erschließung gewährleisten die Bundesautobahnen und europäischen Transitverkehrsachsen A2 im Norden und A7 im Osten der Stadt und das Tangentensystem

der Schnellwege. Für den Güter- und Wirtschaftsverkehr, der einen wesentlichen Anteil zur Verkehrsleistung im Hauptverkehrsstraßennetz beiträgt, steht eine gute, trimodale Verkehrsinfrastruktur – Straße, Schiene und Wasser – zur Verfügung. Dem ruhenden Verkehr werden in der Innenstadt in Parkhäusern, Tiefgaragen und auf Sammelstellplätzen sowie im Straßenraum etwa 15.000 öffentliche Stellplätze angeboten.

Dem Radverkehr bietet Hannover gute städtebauliche, naturräumliche und topografische Voraussetzungen, um als vollwertiges, städtisches Verkehrsmittel anerkannt zu werden. Das Radverkehrsnetz sichert eine flächenhafte Erschließung. Fahrradverleihsysteme bieten in der Innenstadt Leihräder für den individuellen Gebrauch an. Für den Fußverkehr sind grundsätzlich Verkehrsanlagen im Seitenraum vorhanden.

Das Nahverkehrssystem in der Stadt und der Region Hannover besteht aus drei leistungsfähigen Systemen – S-Bahn, Stadtbahn und Busverkehr –, die das Stadtgebiet im Verbund flächendeckend und zu großen Teilen barrierefrei erschließen.

Die Optimierung und Koordinierung der Lichtsignalanlagen ist wesentlicher Verkehrsmanagementbaustein und trägt zur Verbesserung der Verkehrsqualität aller Verkehrsarten bei. Mit der Einrichtung der Umweltzone, die Fahrverbote für Kraftfahrzeuge mit höheren Schadstoffemissionen anordnet, wird steuernd in den Verkehr eingegriffen. Stationäre und mobile Anzeigesysteme werden zur Verkehrsinformation und für Veranstaltungsverkehre eingesetzt. Das Lkw-Lenkungskonzept stützt sich auf Wegweisungselemente und Verkehrsverbote für Lkw-Durchgangsverkehre über zwölf Tonnen.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

Die leistungsfähigen Verkehrsinfrastrukturen – Straße, Schiene und Wasser sowie der nahe Flughafen Hannover-Langenhagen – sind herausragende Standortfaktoren der Stadt Hannover. Die Chancen für eine individuelle Verkehrsmittelwahl und Mobilität werden durch die flächendeckend vorhandenen Infrastrukturen und Verkehrsangebote begünstigt.

Aus der zentralen Bedeutung, der Attraktivität und der (über-)regionalen Verflechtung resultieren starke Ziel- und Quellverkehrsbeziehungen, die das städtische Verkehrsgeschehen prägen. (Zielverkehr: Verkehr, der außerhalb einer betrachteten Verkehrszelle beginnt und in sie hineinfährt, Quellverkehr: Verkehr, der innerhalb einer betrachteten Verkehrszelle beginnt und hinausfährt.) Die effiziente Nutzung der vorhandenen Kapazitäten im leistungsfähigen Hauptverkehrsstraßennetz sichert die Erreichbarkeit aller Ziele und eine sehr hohe Verkehrsqualität in den Normalverkehrszeiten. In den Hauptverkehrszeiten werden an ausgewählten Strecken und Knotenpunkten des Hauptverkehrsstraßennetzes kurzzeitig die Kapazitätsgrenzen erreicht. Verkehrsströme, die sich auf Strecken untergeordneter Netzfunktion verlagern, führen dort zu vorübergehend unverträglichen Verkehrsbelastungen.

Der angebotsorientierte Parkraum ist ein wesentlicher Standortfaktor der Innenstadt Hannovers. Mit dem Parkleitsystem Innenstadt können vorhandene Kapazitäten angezeigt und Parksuchverkehre beeinflusst werden. Parkdruck herrscht in den innenstadtnahen, gründerzeitlichen Quartieren und nimmt zum Stadtrand ab. Die unzureichende Flächenverfügbarkeit führt zu verkehrswidrigem und teilweise gefährdendem Parkverhalten – in Einmündungen, auf Geh- und Radwegen. Das Angebot von Stellplätzen für Menschen mit Behinderungen wurde und wird kontinuierlich erweitert.

Das leistungsfähige Nahverkehrssystem aus S-Bahn, Stadtbahn und Busverkehr, bietet eine sehr hohe, flächendeckende Erschließungsqualität. Die Prioritäten für die weitere Entwicklung des ÖPNV legt der Nahverkehrsplan der Region Hannover fest. Die barrierefreie Umgestaltung der Haltestellen des ÖPNV ist weit fortgeschritten und wird kontinuierlich fortgeführt. Für Berechtigte (EmpfängerInnen von Transferleistungen) bietet die neu eingeführte „MobilCard S“ vergünstigte Fahrten innerhalb des GVH-Tarifgebietes (Großraumverkehr Hannover) und verbesserte Chancen für Teilhabe und Mobilität.

Hannover bietet gute Voraussetzungen zum Radfahren, das Fahrradklima ist grundsätzlich als freundlich zu bezeichnen. Hannover wurde im Jahre 2010 als fahrradfreundliche Kommune in Niedersachsen ausgezeichnet. Das Radverkehrsnetz erschließt das Stadtgebiet flächenhaft, Mängel in der Infrastruktur, zum Beispiel Lücken im Radwegenetz, mangelhafte Oberflächen, Wartezeiten an Lichtsignalanlagen, das Angebot an Abstellanlagen, Reinigung und Winterdienst werden kontinuierlich verbessert. Öffentlichkeitswirksame Aktionen wie der „Autofreie Sonntag“ setzen positive Akzente.

Die barrierefreie Ausgestaltung des Straßenraumes und der Verkehrseinrichtungen wird kontinuierlich weiterentwickelt und ausgebaut. Dies umfasst unter anderem Bordsteinabsenkungen, Zusatzeinrichtungen an Lichtsignalanlagen und taktile Leitsysteme für Sehbehinderte sowie die Zugänglichkeit des ÖPNV. Abschnittsweise verhindert die hohe Trennwirkung des Hauptverkehrsstraßennetzes den Übergang zwischen Stadt- und Lebensräumen (Wohnen – Erholen – Innenstadt). Punktuell treten lange Wartezeiten an Lichtsignalanlagen auf, die keinen Anreiz zum „Zu-Fuß-Gehen“ bieten. Die gefahrenen Geschwindigkeiten (MIV und ÖV - öffentlicher Verkehr) stellen für den Fußverkehr eine subjektive und objektive Gefährdung dar.

Die Unfallzahlen im Stadtgebiet sind seit 2003 gleichbleibend, aber im Städtevergleich hoch. Die Missachtung der Vorfahrt, Fehler beim Abbiegen und zu geringer Abstand sind die Hauptunfallursachen, gefolgt von überhöhten Geschwindigkeiten und Alkoholmissbrauch. An vier von fünf Unfällen sind Pkw beteiligt. Gefährdete Gruppen sind Kinder, RadfahrerInnen und SeniorInnen. Kinder verunfallen in hohem Maße in der Freizeit, in Nebenstraßen und mit dem Fahrrad. Die Mehrheit der Verkehrsunfälle ereignet sich in den Mittags- und Nachmittagsstunden.

Das Angebot von HANNOVERmobil eröffnet KundInnen der Üstra den Zugang zu allen Verkehrsmitteln im Umweltverbund als Mobilitätsalternative zum eigenen Pkw. Mehrere CarSharing-Anbieter haben sich vor Ort etabliert und stellen flächendeckend eine umfangreiche Fahrzeugflotte für jeden Fahrzweck bereit. Zu der steigenden Zahl der NutzerInnen gehören Privatpersonen, Firmen, Vereine und Verwaltung. Angebote mit E-Mobilen sind in Vorbereitung. Fahrradverleihsysteme bieten in der Innenstadt Leihräder für den individuellen Gebrauch an. Spezielle Angebote für Menschen mit Behinderungen sind noch nicht integriert.

Etwa die Hälfte der Bevölkerung in Großstädten ist von Straßenverkehrslärm betroffen. In Hannover wohnen etwa 10.000 Menschen in Bereichen mit Pegeln oberhalb der Lärmsanierungswerte (70/60 dB(A) – Dezibel – Tag/Nacht). Belastete Bereiche befinden sich in innerstädtischer Lage mit enger, geschlossener Blockrandbebauung. Der Verkehr trägt maßgeblich zur Verunreinigung der Luft durch luftgetragene Partikel/Feinstaub (PM10) und Stickstoffdioxid (NO₂) bei – mehr als 30 Prozent beziehungsweise etwa 60 Prozent der Emissionen sind verkehrsbedingt. Die meisten Menschen, die durch Luftschadstoffbelastung im Stadtgebiet betroffen sind, leben innerhalb der Umweltzone (circa 218.000 Menschen). Seit Einführung der Umweltzone konnte eine Reduzierung der Luftschadstoffe verzeichnet werden.

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Die LHH hat gute Erfahrungen mit einer Verkehrspolitik gemacht, die auf gute Angebote für alle Verkehrsarten ausgerichtet ist. Der im Jahre 2011 vom Rat beschlossene Masterplan Mobilität 2025 führt diesen strategischen Grundgedanken der Wahlfreiheit der Verkehrsmittel fort. Der verkehrsartenübergreifende Gesamtplan umfasst alle für die Mobilität relevanten Bereiche. Sieben „Handlungsschwerpunkte“ geben die strategische Ausrichtung der Stadt- und Verkehrsplanung der LHH für die zu dem Zeitpunkt kommenden 15 Jahre vor:

Die „Mobilitätschancen“ und -alternativen zum Kraftfahrzeugverkehr sowie die besondere Berücksichtigung der Belange von Personen, deren Mobilität Einschränkungen unterliegt, werden gefördert. Für alle BürgerInnen sollen die Chancen für eine barrierefreie Teilhabe am öffentlichen Leben und an Mobilität ausgebaut werden. Das „Leitbild Radverkehr“ strebt die Erhöhung des Radverkehrsanteil auf 25 Prozent am Modal Split Hannovers bis zum Jahr 2025 an. Gleichzeitig soll die Verkehrssicherheit im Radverkehr verbessert werden. Radfahren in allen Lebensbereichen (Wohnen/ Arbeit/ Einkauf/ Freizeit) und auf allen Wegen in der Stadt wird gefördert.

Das Verkehrskonzept Innenstadt stellt die Erschließung mit dem ÖPNV, mit dem Rad, zu Fuß und im Kraftfahrzeugverkehr sicher. Durch Umgestaltungen entstehen attraktive, unverwechselbare und barrierefreie Stadträume, die die Innenstadt mit den angrenzenden Bereichen vernetzen. Das Konzept greift die Entwicklungsziele Hannover City 2020+ auf. Ein übergeordnetes „Mobilitätsmanagement“ fördert eine umwelt- und sozialverträgliche sowie effiziente Mobilität in der Stadt Hannover. Die Stadt versteht sich in Zusammenarbeit mit der Region Hannover als Initiatorin, um Kooperationen zwischen Kommune, Verkehrsunternehmen, MobilitätsdienstleisterInnen, privaten Initiativen, Verbänden und den NutzerInnen zu etablieren. Sie informiert, koordiniert und bietet Service.

Zur Verbesserung der „Verkehrssicherheit“ sind die Schwerpunkte in den Bereichen der Kontrolle und Überwachung, der Prävention und der Verkehrserziehung in Schulen gesetzt. Inhalte der Verkehrssicherheitsarbeit sind unter anderem nutzungs- und umfeldverträgliche Geschwindigkeiten, Rücksichtnahme, Respekt und Verantwortung sowie die Verkehrssicherheitskampagne „Gib mir Acht“. Die Umweltqualitätsziele – „Luft, Lärm und Klima“ – sind Grundlage der zielführenden, städtischen Aktionspläne zur Lärminderung und Luftreinhaltung. Diese beschreiben Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Umgebungslärm und zur nachhaltigen Verbesserung der Luftqualität in Gebieten, in denen Grenzwerte überschritten werden. Der Ansatz der Verkehrssicherheit wird damit auf die Unversehrtheit und Gesundheit der BürgerInnen erweitert.

Der Handlungsschwerpunkt „Erreichbarkeit für den Kraftfahrzeugverkehr“ verfolgt die Konzentration des notwendigen Kraftfahrzeugverkehrs in einem leistungsfähigen Hauptverkehrsstraßennetz mit bedarfsgerechten Kapazitäten, bemessen am quantifizierten Bedarf der Verkehrsnachfrage. Neu- und Ausbaumaßnahmen stehen dabei hinter der Umgestaltung und betrieblichen Optimierung der vorhandenen Infrastruktur zu deren effizienteren Nutzung zurück. Diese Handlungsschwerpunkte setzen Prioritäten und haben verkehrspolitische Signalwirkung mit dem Ziel, die Verkehrsmittelwahl, den Modal Split, zugunsten des Umweltverbundes zu verändern.

Bildung, Wissen, Kultur und Kreativität sind wichtige Faktoren, um sich gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen. So sind Bildung und Kultur einerseits jeweils eigenständige Handlungsfelder, die andererseits in der modernen Wissensgesellschaft auch in ihren Wechselbeziehungen ganzheitlich zu betrachten sind.

Kultur und Bildung sind prägend für die Kreativitäts- und Persönlichkeitsbildung des Menschen. Kulturelle Bildung bietet Lern- und Vermittlungsfelder für kommunikative Kompetenzen, Lebensweltorientierung, eigene kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten, Partizipation, Mitgestaltung und kulturelle Teilhabe.

In Deutschland haben sich Bund, Länder, Städte und Gemeinden darauf verständigt, den Zugang zu Bildung als ein Grundrecht sicher zu stellen, unabhängig von Alter, finanziellen Möglichkeiten, kulturellem Hintergrund und sozialem Status. Ein ganzheitlicher Bildungsansatz, der die „klassische Bildungsbiografie“ um die Bereiche der (inter)kulturellen, sozialen und sportlichen Bildung ergänzt, ist von entscheidender Bedeutung. Des Weiteren werden durch die Globalisierung und durch Zuwanderung neue Anforderungen an die Bildungslandschaft gestellt.

Die kulturelle Infrastruktur und ein attraktives kulturelles Bildungsangebot einer Stadt sind wichtige Standortfaktoren. Auch die wirtschaftlichen Wirkungen von Kultur- und Kreativwirtschaft gewinnen immer weiter an Bedeutung. Die Freiheit von Zweckbestimmung ist die Voraussetzung für die Entwicklung von Kunst und Kreativität. Dies bedeutet nicht die öffentliche Förderung schrankenloser Selbstverwirklichung von KünstlerInnen, sondern Freiraum für künstlerisch-kreative Entfaltung. Kulturförderung muss dieser Freiheit Rechnung tragen.

Nachfolgend werden die Bildungs- und die Kulturlandschaft mit ihren wichtigen Themenfeldern dargestellt.

➤ BILDUNG

Für einen Stadtentwicklungsprozess ist die Bildungslandschaft von besonderer Bedeutung. Sie ermöglicht über die verschiedenen Qualifizierungswege und Maßnahmen individuelle Chancen für die EinwohnerInnen dieser Stadt. So werden neue Bildungsbiografien angebahnt, unterstützt und gestärkt.

Hannover wächst. Dies gilt speziell für die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund und damit auch für die Nachfrage nach vorhandenen und neuen Bildungsangeboten. Schon Kleinstkindern und deren Eltern werden Bildungsangebote unterbreitet. Die Landeshauptstadt Hannover (LHH) schafft und sichert eine ausreichende inklusive Schulinfrastruktur für ganztägiges Lernen und einen differenzierten Schulunterricht. Ziel ist, allen Kindern und Jugendlichen die bestmögliche individuelle Förderung zu eröffnen. Durch verlässliche Angebote wird zudem Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Ein wichtiger Faktor für die Stadtentwicklung ist ein zukunftsfähiger und wirtschaftsorientierter Ausbildungsbereich. Hierbei geht es darum, leistungsfähige Bildungsangebote bereitzustellen, damit die LHH sich als attraktiver Wirtschaftsstandort mit gut ausgebildeten Fachkräften etabliert. Die weiterführenden Schulen haben eine Schlüsselfunktion inne und nehmen bereits die Berufsorientierung in den Blick.

Die Schule der zweiten Chance (siehe Kapitel „Pfade für die Bildung“) als Möglichkeit, Bildungsabschlüsse nachzuholen, berufsintegrierende Maßnahmen sowie die Unterstützung des lebenslangen Lernens sind elementare Bestandteile der hannoverschen Bildungslandschaft.

Um allen Menschen einen Zugang zu den Bildungseinrichtungen und -angeboten zu ermöglichen, wird flächendeckend auf Barrierefreiheit geachtet. Darüber hinaus werden im Bildungsbereich immer wieder Projekte und Kooperationen mit Organisationen für Menschen mit Behinderung eingegangen, um den Bedarfen von Menschen mit Handicap gerecht zu werden. Chancengerechtigkeit liegt allen bildungsthematischen Weichenstellungen zugrunde.

Mit dem Ziel, kommunale Bildungsplanung auch als Teil integrierter Stadtentwicklung zu verankern, wurde 2009 erstmalig ein kommunaler Bildungsbericht erstellt. Systematisch werden Bevölkerungs- und Sozialstrukturdaten mit Schul- und Jugendhilfedaten verknüpft und kommunal gestaltbare Bildungs- und Lernorte aufgezeigt. Alle zwei Jahre werden im Rahmen eines Bildungsmonitorings Schlüsseldaten veröffentlicht. Ein umfassender neuer Bildungsbericht wird alle fünf Jahre, also wieder Ende 2014, vorgelegt.

Für eine differenzierte Betrachtung und Weiterentwicklung der Bildungslandschaft wurden im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses „Mein Hannover 2030“ fünf Themenfelder definiert, die im Sinne einer Lebensphasenorientierung maßgeblich zu einer attraktiven, zukunftsfähigen und bildungsorientierten Stadt beitragen:

- Frühzeitige Förderung vor der Grundschule
- Förderung in der Grundschule
- Förderung in der weiterführenden Schule
- Pfade für die Bildung (Inklusion, lebenslanges Lernen, interkulturelle Bildung und politische Bildung)
- Bildungsprofile außerschulischer Lernorte

FRÜHZEITIGE FÖRDERUNG VOR DER GRUNDSCHULE

BESTANDSAUFNAHME

Im Stadtgebiet steht ein breit gefächertes Betreuungsangebot in Kindertagesstätten (Kitas) mit rund 22.700 Plätzen zur Verfügung, damit Kindern frühzeitig Bildung, Betreuung und Erziehung auch institutionell ermöglicht werden kann. Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz für Kinder von ein bis zwei Jahren wurden im Rahmen eines Stufenprogramms etwa 1.800 Krippenplätze geschaffen. Damit liegt die Versorgungsquote bei 55,3 Prozent. Auch bei den drei- bis fünfjährigen Kindern wurde aufgrund der Bevölkerungsentwicklung ein weiterer Ausbau von 525 Kindergartenplätzen im Rahmen von Sofortprogrammen beschlossen. Gleichzeitig werden fast alle neuen Plätze als Ganztagsplätze angeboten. Durch die Einführung der dritten Betreuungskraft pro Gruppe in Krippen wird neben der quantitativen auch die qualitative Entwicklung gestärkt. Die Versorgungsquote bei den Drei- bis Fünfjährigen liegt derzeit bei 100 Prozent. Sportvereine gehen verstärkt Kooperationen mit Kindertageseinrichtungen ein. Durch niedrigschwellige Angebote in den Einrichtungen wird auch den im Sport noch unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen ein leichter Zugang zum Sport ermöglicht.

Das Thema Frühförderung ist maßgeblich abhängig von der Bereitschaft der Eltern. Die meisten entwicklungsrelevanten Impulse finden in der Familie statt, daher ist Elternbildung ein wichtiger Bestandteil für eine gelungene Frühförderung. Mütter und Väter sind die wichtigste Erziehungs- und Bildungsinstanz für Kinder. Starke und bildungsbewusste Eltern sind Garanten für mehr Bildungsgerechtigkeit und bieten ihren Kindern gute Bildungschancen. Ein Handlungsschwerpunkt ist daher für die Stadt Hannover, die Eltern in ihren Aufgaben zu unterstützen, zu fördern und zu stärken und dabei insbesondere die zu erreichen, die

von sich aus eher selten Unterstützung in Anspruch nehmen. Neben den „klassischen“ Angeboten für Mütter und Väter in Kitas, Stadtteilzentren und anderen Einrichtungen wurden Konzepte und Maßnahmen entwickelt, die Mütter und Väter möglichst frühzeitig niedrigschwellig erreichen.

Das stadtweite „Willkommen Baby-Angebot“ für Mütter und Väter von Neugeborenen, die „Gemeinsam Wachsen Gruppen“ für Eltern und deren Kleinstkinder und speziell qualifizierte Stadtteilmütter als Bindeglied zwischen Eltern und Kitas sind gut angenommene Angebote der Elternbildungsarbeit.

In bisher 24 Stadtteilen wurden Elternbildungskonferenzen durchgeführt, um passgenaue und aufeinander abgestimmte Angebotsstrukturen der Elternbildung zu entwickeln. In 31 Kindertagesstätten als Familienzentren werden neben der regulären Zusammenarbeit mit Eltern besondere Bildungsangebote von und für Eltern entwickelt. Drei Elterntreffs in Gebieten mit besonderem sozialem Handlungsbedarf und das Familienhebammenzentrum sind als niedrigschwellige Angebote entstanden.

In 44 Kindertagesstätten (Rucksack I) und 25 Grundschulen (Rucksack II) werden im Rahmen des Sprachförder- und Elternbildungsprogramms qualifizierte Mütter als Elternbegleiterinnen eingesetzt. Das Rucksack-Programm wird im Schuljahr 2014/2015 an fünf weiteren Grundschulen aufgenommen. Hierbei liegt ein Schwerpunkt im Bereich des flächendeckenden Spracherwerbs, nicht nur für Menschen aus anderen Kulturkreisen.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG SOWIE ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Im verdichteten Stadtgebiet wird es zunehmend schwieriger, Flächen für Kinderbetreuung anzumieten oder für Kitas zur Verfügung zu stellen. Um Rechtsansprüche zu erfüllen und bedarfsgerechte Kinderbetreuung zu bieten, wurde ein weiteres Ausbauprogramm aufgelegt. Bis zum Ende des Kindergartenjahres 2017/2018 sollen weitere 900 Krippen- und 500 Kindergartenplätze im Stadtgebiet geschaffen werden.

Die Stärken der frühzeitigen Förderangebote in der Elternbildung liegen in der Möglichkeit, einfach auf die Mütter und Väter zugehen zu können. Sie sind überwiegend sozialräumlich ausgerichtet und finden in der Regel an vertrauten Orten wie zum Beispiel Kitas, Stadtteil-einrichtungen oder Schulen statt. Die Angebote sind für Eltern überwiegend kostenfrei und so für alle nutzbar, unabhängig von der Einkommenssituation. Nicht alle Angebote gibt es in allen Stadtteilen, Prioritäten (zum Beispiel für Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf) müssen gebildet werden.

Konzepte der Sprachförderung sind auf die individuellen Bedürfnisse auszulegen und interdisziplinär zu gestalten. Die bestehenden Förderungen reichen jedoch nicht aus, um alle bestehenden Mängel erfolgreich zu beheben. Für die Integration von Familien mit Migrationshintergrund ist der Erwerb der deutschen Sprache unerlässlich. Gleichzeitig hat Mehrsprachigkeit nicht nur identitätsstiftende Wirkung für die Familie, sondern bedeutet auch eine wichtige Ressource für unsere globalisierte Gesellschaft.

Die aufgeführten Angebote werden fast ausschließlich von Frauen angenommen, zukünftig sollen mehr Männer für das Themenfeld gewonnen werden. Darüber hinaus sollen vermehrt Menschen mit Migrationshintergrund aus- und fortgebildet werden, um sie als MultiplikatorInnen einsetzen zu können. Zielgruppen- und geschlechtsspezifische sowie kultursensible Elternbildungsangebote müssen konzeptionell weitergeführt werden. Dies spiegelt sich auch in der Sportentwicklungsplanung wider.

FÖRDERUNG IN DER GRUNDSCHULE

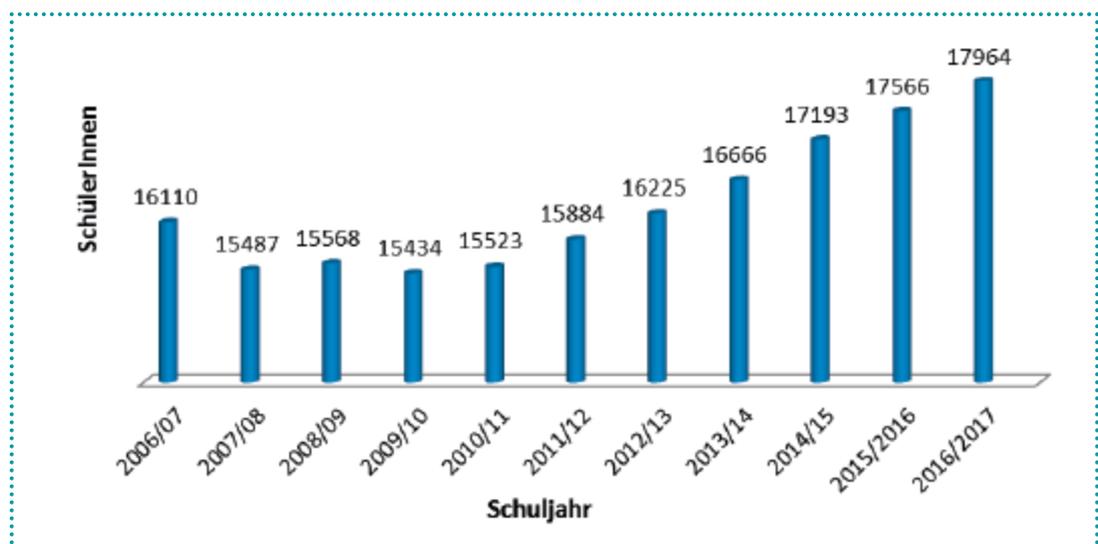
BESTANDSAUFNAHME

Im Schuljahr 2013/2014 wurden rund 16.800 SchülerInnen in den hannoverschen Grundschulen unterrichtet. Die Einrichtung von Ganztagsgrundschulen verbessert entscheidend die Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Entsprechend der Landesgesetzgebung wurden nur offene Ganztagsgrundschulen eingerichtet. Im Schuljahr 2014/2015 werden von 58 Grundschulen 29 Ganztagsgrundschulen sein. Die Ganztagsgrundschule steht Kindern von 7 bis 17 Uhr kostenlos zur Verfügung. Da die SchülerInnen bis in den Nachmittag betreut werden, wird ihnen ein Schulmittagessen angeboten. Das Konzept wurde Ende 2013 vom Rat beschlossen und wird zum Schuljahr 2014/15 umgesetzt.

Für jede Ganztagsgrundschule wird ein ausführliches Handlungskonzept erstellt. Schwerpunkte sind die Bereiche kulturelle Bildung, Sport, Natur und Technik sowie die individuelle Förderung der Kinder. Kooperationspartner der Schulen bei der pädagogischen und organisatorischen Umsetzung sind erfahrene Jugendhilfeträger. An fünf Grundschulen setzen Sportorganisationen das Ganztagsangebot um. Darüber hinaus machen Vereine die verschiedensten Sportangebote im Ganztagsbetrieb. Einige Schulen der LHH haben sich bereits als „Bewegte Schule“ zertifizieren lassen. Ziel des Sportentwicklungsplans ist es, diese Angebote weiter auszubauen, damit möglichst viele Kinder und Jugendliche Sport und Bewegung als einen Bestandteil ihres Alltags erleben. Im Schaubild (siehe Abb. 1) ist die positive Entwicklung der Zahl der SchülerInnen bis 2017 in den Grundschulen abgebildet. Dieser Trend ist ein wichtiger Faktor, um bestehende Schulstandorte zu sichern und neue Schulstandorte zu entwickeln.

Abb. 1

SchülerInnenzahlen
in den Schuljahren
2006/2007 bis
2013/2014 und
Fortschreibung



STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG SOWIE ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Die Akzeptanz der Ganztagsgrundschulen ist im Laufe der Jahre kontinuierlich gestiegen. So erhöhte sich die tägliche durchschnittliche TeilnehmerInnenzahl von 94 Kindern im Schuljahr 2010/2011 auf 113 Kinder im Schuljahr 2013/2014. Auch der Anteil der Kinder, die für eine Betreuung an vier bis fünf Tagen angemeldet wurden, stieg im gleichen Zeitraum von durchschnittlich 36 auf 45 Prozent. Zum Schuljahr 2014/2015 liegt der Schwerpunkt auf der

Einrichtung von festen Kindergruppen und der Qualifizierung des Personals. Ein wesentliches Ziel ist die Qualitätsentwicklung und der Ausbau der Ganztagschule. Insgesamt stehen 20 Grundschulen auf der Warteliste zum weiteren Ausbau zur Ganztagschule. Die Reihenfolge für den weiteren Ausbau wurde nach sozialen Kriterien im jeweiligen Stadtteil festgelegt.

FÖRDERUNG IN DER WEITERFÜHRENDEN SCHULE

BESTANDSAUFNAHME

In der Stadt Hannover wurden an den weiterführenden Schulen (Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen, Förderschulen) im Schuljahr 2013/14 insgesamt circa 29.000 SchülerInnen unterrichtet.

Mit Gründung von fünf neuen Integrierten Gesamtschulen (IGS) im Zeitraum 2009 bis 2014 haben sich insbesondere die Zügigkeiten im Haupt- und Realschulbereich sehr stark verändert. Während die Anwahl der Gymnasien relativ konstant bei rund 50 Prozent liegt, ist die Anwahl der Haupt- und Realschulen zugunsten der IGS-Einrichtungen weiter rückläufig (siehe Abbildung 2 und 3). Bei der Schulentwicklungsplanung steht der Elternwille im Zentrum.

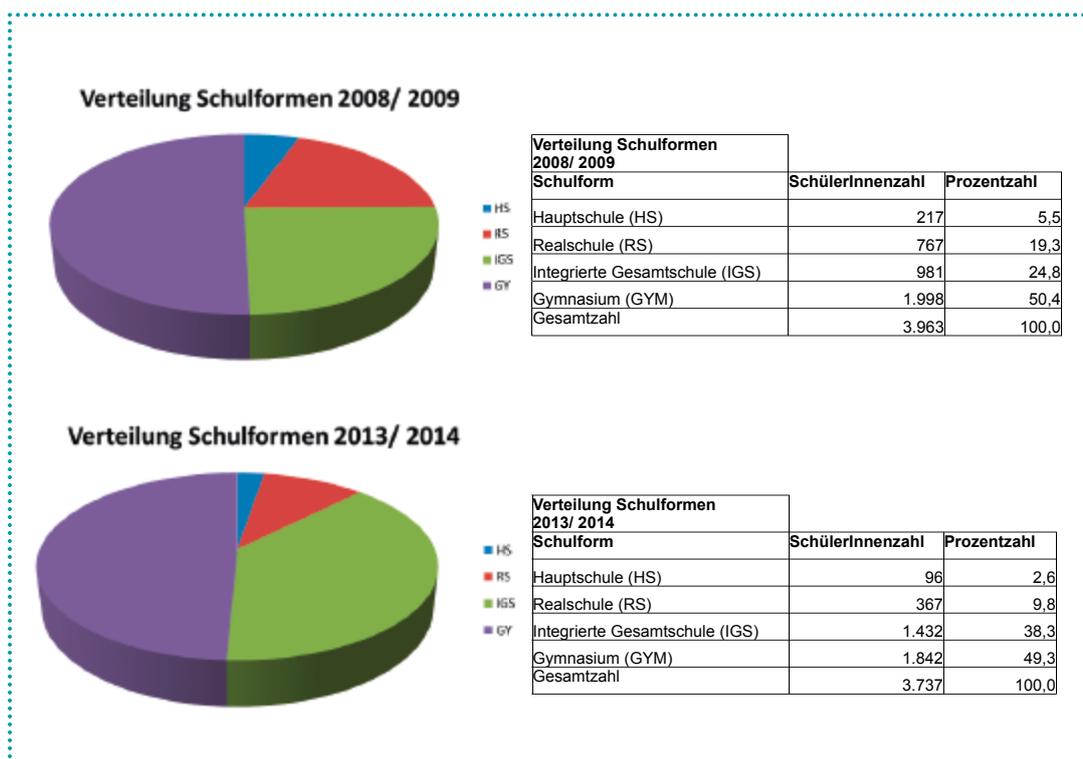


Abb. 2 & 3

Verteilung der Schulformen in 2008/2009 und 2013/2014

Mit Hilfe eines Medienentwicklungsplans will sich die LHH zu einem zeitgemäßen, attraktiven Bildungsstandort entwickeln. Dadurch wird erreicht, dass die Lehrpläne mit gesetzlicher Verpflichtung zur Nutzung digitaler Medien pädagogisch umgesetzt werden können.

Alle weiterführenden Schulen haben bereits die Berufsorientierung in den Blick genommen. Das hannoversche Übergangsmanagement Schule/Beruf (HÜM) startete 2011. Im Schuljahr 2012/2013 wirkte sich die Maßnahme schon positiv aus, so dass die Zahl der SchülerInnen

ohne Schulabschluss von 5,5 auf 4,5 Prozent gesenkt werden konnte. Zukünftige Themenfelder sind die Berücksichtigung der Bedarfe für Zugewanderte und die veränderten Bedarfe durch die inklusive Schule.

Seit 2014 werden zur Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund 21 Sprachlernklassen in den verschiedenen Schulformen angeboten. Eine Erweiterung des Angebots zum Schuljahr 2014/15 ist durch die Landesschulbehörde in Planung.

Interventions- und Fördermaßnahmen für die Gruppe der sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen mit geschlechterdifferenzierter und kultursensibler Ausrichtung haben eine besondere Priorität. Die Stadt finanziert mit einem Volumen von rund 2,1 Millionen Euro Schulsozialarbeit in 35 Schulen.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG SOWIE ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

An größeren Schulstandorten sind Integrierte Gesamtschulen gegründet worden und ersetzen dort die bestehenden Haupt- und Realschulen. An den verbleibenden acht Haupt- und Realschulstandorten können drei- und vierzügige integrierte Schulsysteme im Ganztagschulbetrieb nur unter erheblichen Investitionen untergebracht werden. Die zentrale Frage ist daher, wie sich die vorhandenen Raumressourcen in genehmigungsfähige, integrierte Systeme umsetzen lassen. Der Zuwachs der hannoverschen Bevölkerung und der damit einhergehende Mehrbedarf an Bildungsangeboten stellt eine besondere Herausforderung in den nächsten Jahren dar. Ausreichend Schulraum zu gewährleisten bei steigender Zahl der SchülerInnen und zusätzlichen besonderen Anforderungen (Sprachklassen) ist in allen Schulformen ein wichtiges Ziel. Das Konzept dazu wird im Dialogverfahren mit Schulen, Eltern und unter Einbindung des Landes weiter entwickelt. Die künftige Landesschulgesetzgebung spielt dabei eine wesentliche Rolle.

PFADE FÜR DIE BILDUNG

BESTANDSAUFNAHME

Inklusion: Die städtischen Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ laufen weiter aus. Aufgrund des Gesetzes zur Einführung von inklusiver Beschulung im Jahr 2012 muss allen SchülerInnen ein barrierefreier und gleichberechtigter Zugang ermöglicht werden. In einer Übergangszeit bis zum Sommer 2018 dürfen Schulträger Schwerpunktschulen bilden. Die LHH hat 20 Schwerpunktschulen gemeldet und gewährleistet die Einrichtung und die Lehrmittel, die für eine inklusive Beschulung erforderlich sind.

Lebenslanges Lernen und interkulturelle Bildung: Lebenslanges Lernen meint neben dem formalen, institutionellen Lernen in Schule, Studium und Berufsausbildung auch das nicht-formale und informelle Lernen im Lebensalltag von der Kindheit an. Das nicht zertifizierte Erfahren, Erkennen und Verarbeiten von Zusammenhängen und Fakten.

In jedem Jahr verlassen einige hundert junge HannoveranerInnen die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss. Nach Erfüllung ihrer Schulpflicht besteht die Chance, den Haupt- und Realschulabschluss nachzuholen. Überwiegend junge Menschen im Alter von 19 bis 27 Jahre mit gebrochenen Bildungsbiografien nutzen diese zweite Chance. So melden sich jährlich rund 300 Interessierte bei der Volkshochschule an, von denen mehr als ein Drittel erfolgreich einen Abschluss erwerben.

Mit dem selbst entwickelten Kompetenzsystem Integrationslotsen unterstützt die Volkshochschule den Integrationsprozess in Hannover. Im Rahmen dieses Projektes werden vorhandene Potenziale von MigrantInnen nicht nur anerkannt und gefördert, sondern auch konkret in den gesellschaftlichen Integrationsprozess eingebunden.

Die Stadtbibliothek Hannover trägt mit ihrem kostenlosen Angebot für Kinder und alle, die sich in Ausbildung befinden, mit unterschiedlichen Medien zur Chancengerechtigkeit bei. Die Internationale Bibliothek in der Oststadtbibliothek ist ein Spiegel der kulturellen Vielfalt der Stadt Hannover, sie bietet rund 11.000 Medien in zwölf Sprachen für Kinder und Erwachsene. Mit den deutsch-, fremd- oder zweisprachigen Medien unterstützt die Stadtbibliothek interkulturelle Bildung und Integration einkommensunabhängig.

Die Erwachsenenbildung bietet Sprachförderung nach dem europäischen und nationalen Qualifizierungsrahmen an und geht auf die individuellen Bedürfnisse der TeilnehmerInnen ein. An der Volkshochschule wird eine breite Palette an fremdsprachlichem Unterricht angeboten. Alphabetisierung, Deutsch als Fremdsprache und spezielle berufsorientierende Sprachkurse von ALBuM (Arbeiten-Lernen-Beraten mit und für Menschen mit Migrationshintergrund) sollen zur Teilhabe und zur Integration beitragen.

Politische Bildung ist für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar. Sie eröffnet Erfahrungsräume unter anderem in den Bereichen Demokratie und Toleranz, ermöglicht jedem Menschen eine aktive Auseinandersetzung mit der eigenen politischen Haltung und fördert die aktive Teilhabe am politischen Leben. Hierfür gibt es in Hannover die verschiedensten Formate und AnbieterInnen von unterschiedlichen Trägern, um gerade jungen Menschen schon frühzeitig eine Auseinandersetzung mit Politik zu ermöglichen. Beispielhaft sei hier das städtische Konzept SMS – Stadt macht Schule genannt. Hier lernen SchülerInnen konkret die Funktionsweise kommunaler Selbstverwaltung kennen und werden angeregt, sich mit lokaler Politikgestaltung zu beschäftigen.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG SOWIE ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Inklusion ist für das gesellschaftliche Miteinander und die Selbstbestimmung sowie gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung – es gilt Benachteiligungen zu vermeiden und ihnen entgegenzuwirken. Das Ausmaß der Aufgabe Inklusion macht sich in der Phase der Umsetzung deutlich. Hannover hat sich auf den Weg in eine inklusive Stadt begeben und arbeitet unter anderem mit dem Inklusionsbeirat an der Umsetzung einer inklusiven Schule.

Lebenslanges Lernen benötigt Raum für Erkenntnisse und Transfer in offenen Begegnungsforen unter anderem in öffentlichen Räumen – zentral und dezentral. Am Beispiel des Standortes Lindener Rathaus mit dem Lernzentrum wird exemplarisch realisiert, welche Formen des lebenslangen Lernens möglich sind. Eigenverantwortliches und begleitetes Selbstlernen wird ergänzt durch klassische Kurssysteme.

Das Projekt Integrationslotsen ist für die Verbesserung der Chancen von Menschen mit Migrationshintergrund von großer Bedeutung. Es eröffnet Erfahrungsräume, ist zunehmend anerkannt und trägt dadurch zur gleichberechtigten Teilhabe aller EinwohnerInnen an den verschiedenen Lebensbereichen bei.

BILDUNGSPROFILE AUSSERSCHULISCHER LERNORTE

BESTANDSAUFNAHME

Die städtische Stadtteilkulturarbeit hat in Hannover eine über 50-jährige Tradition. Mit der Inbetriebnahme des Freizeitheimes Linden 1961 wurde der Grundstein für eine kommunale, bewohnerorientierte Kulturarbeit gelegt. Heute haben sich in 23 Stadtteilen die Einrichtungen als Zentren der kulturellen und sozialen Bildungsarbeit etabliert. Sie arbeiten in städtischer, in gemeinsamer Trägerschaft von Stadt und Vereinen sowie in freier Trägerschaft. In jedem Jahr kommen 1,1 Millionen BesucherInnen allein in die zehn städtischen Stadtteilkultureinrichtungen. Sie ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe, aktive Mitgestaltung des sozial-kulturellen Lebens und die Beteiligung an der Zukunft der Stadtteile. Angepasst an die veränderten Anforderungen entstanden so Stadtteilzentren mit breit angelegten kommunalen Dienstleistungsangeboten, die als Standort für Aktivitäten von kulturellen Gruppen, Vereinen und Initiativen dienen.

Auch die vielfältigen Fachangebote sowie Veranstaltungen und Projekte der Musikschule finden neben dem zentralen Standort im Haus der Jugend unter anderem in den Stadtteilkultureinrichtungen und Schulen statt.

Die Stadtbibliothek Hannover verfügt über 17 Einrichtungen sowie eine Fahrbibliothek, die eine wohnortnahe Versorgung mit Informationen und Medien für Bildung und Freizeit garantieren. Die Stadtbibliothek verzeichnet rund 1,65 Millionen BesucherInnen pro Jahr und kooperiert mit Schulen, Kitas und anderen Kultureinrichtungen. Für Kinder, SchülerInnen und auch Eltern finden regelmäßige Veranstaltungen zur Leseförderung und zur Vermittlung von Medienkompetenz statt. Die Stadtbibliothek organisiert in Kooperation mit dem Friedrich-Bödecker-Kreis Lesungen von AutorInnen und beteiligt sich an unterschiedlichen kulturellen Projekten. In den vergangenen Jahren konnten zahlreiche Standorte modernisiert werden.

Hannovers Museen verstehen sich nicht nur als zentrale Ausstellungsorte, sondern auch als außerschulische Lernorte, die seit Jahren als befähigte und verlässliche Partner mit Schulen und anderen Kultureinrichtungen zusammenarbeiten. Ihr Bildungsauftrag ist international (ICOM International Council of Museums) anerkannt aus der Notwendigkeit heraus, ein umfassendes kulturelles und naturgeschichtliches Erbe zu vermitteln. Lernen im Museum ist in diesem Sinne ganzheitlich, multiperspektivisch, interdisziplinär und handlungsorientiert und ein Beitrag zur nachhaltigen Bildung.

Die in der Stadt Hannover praktizierte Erinnerungskultur ist bislang durch dezentrale Gedenkorte geprägt. Das vom Projekt Erinnerungskultur entwickelte Konzept beinhaltet die Handlungsfelder Gedenken und Erinnern, Informieren und Bilden sowie Forschen und Dokumentieren. Für die jeweiligen Handlungsfelder gibt es KooperationspartnerInnen, die gemeinsam das Ziel verfolgen, aus der Historie für die Zukunft zu informieren und aufzuklären.

In den außerschulischen Lernorten Schulbiologiezentrum, Waldstation und Kinderwald mit jährlich circa 2.620 Angeboten und 53.500 TeilnehmerInnen haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, sich mit den Themen Biologie, Umwelt- und Klimaschutz, Biodiversität und Landschaftsgestaltung aktiv auseinander zu setzen. Dadurch können sie wichtige Schlüsselqualifikationen für den späteren Berufseinstieg erwerben.

Seit 2007 organisiert sich die Kinder- und Jugendarbeit neu. Ziel ist, moderner zu werden und sich am Bedarf zu orientieren. Kinder und Jugendliche erhalten Bildungsassistenz über Beziehungsarbeit, sowohl im Rahmen von individueller Unterstützung als auch von gruppenpädagogischen Angeboten. Wesentliche Merkmale der künftigen Arbeit sind stadtweite Schwer-

punktangebote (zum Beispiel im Sportjugendzentrum), dezentrale Einrichtungen für eine offene, freiwillige Teilnahme unter weitgehender Mitgestaltung der Inhalte durch die Jugendlichen selbst sowie der Ausbau der Angebote im öffentlichen Raum. Die Jugendarbeit erfüllt damit einen wichtigen Auftrag aus dem Sozialgesetzbuch VIII, in dem sie präventiv wirkt und ein wesentlicher Baustein außerschulischer Bildung ist.

Kulturelle Bildung in der Stadt Hannover findet sich in schulischen und außerschulischen Lernorten wieder: Kindertagesstätten, Ganztagschulen, Jugendzentren, zentrale und dezentrale Kultur- und Bildungseinrichtungen wie die Musikschule sind Orte, an denen vielfältige rezeptive und aktive Veranstaltungsformate der kulturellen Bildung (Musik, Theater, Literatur, Bildende Kunst, Medien) angeboten werden. Exemplarisch für die erfolgreiche Teilhabe an der kulturellen Bildung ist das Format KinderKulturABO zu nennen, das Grundschulkindern wichtige Impulse durch außerschulische Lernorte und -erfahrungen für ihre weitere Entwicklung gibt. Im Jahr 2012 haben 6.439 SchülerInnen die ABO-Veranstaltungen besucht. Nach der erfolgreichen Umsetzung mit Schule wird nun das ABO in Zusammenarbeit mit den Familienzentren in der Stadt auf die Altersgruppe der Drei- bis Fünfjährigen ausgeweitet.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG SOWIE ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Ein Markenzeichen Hannovers ist die gute Lebensqualität in den Stadtteilen. Sie wird durch die kulturelle und soziale Infrastruktur wie Stadtteilzentren, Freizeitheime, Kulturtreffs, Bibliotheken, Jugendzentren, Sportvereine gestärkt. Die Zusammenarbeit der Einrichtungen wird durch bestehende Netzwerke und Foren unterstützt und zeichnet sich durch Kooperationen im kulturellen und sozialen Bereich aus. Die Einrichtungen tragen maßgeblich zu einer ganzheitlichen Bildungslandschaft in Hannover bei. Bildungsbenachteiligungen weiter abzubauen beziehungsweise zu mindern und Bildungsprofile an außerschulischen Lernorten für unterschiedliche Altersgruppen weiter zu entwickeln, sind wesentliche Ziele in den nächsten Jahren.

Die Volkshochschule Hannover wird durch den gerade entstehenden Neubau am Hohen Ufer als zentraler Bildungsstandort an Attraktivität gewinnen. Das Konzept sieht vor, dass die Bildungsaktivitäten sich nicht ausschließlich auf die Räumlichkeiten des Gebäudes beziehen – vielmehr soll dies ein zentraler Ort der Bewegung, Begegnung und der Teilhabe sein.

➤ KULTUR

Kultur ist in der Stadt Hannover Daseinsvorsorge. Sie stiftet in einer globalisierten Welt Identität nach innen wie nach außen. In Hannover sind KünstlerInnen, KulturmanagerInnen und -vermittlerInnen herzlich willkommen. Sie sind im engagierten Dialog, um unverwechselbare Profile und Formate zu entwickeln und Kultur für alle zu gestalten. Hannover bewahrt und schafft Räume für Kultur, Kunst und KünstlerInnen und ist offen für neue Wege. Hannover ist ein nationaler und internationaler Kulturplatz und darauf bedacht, das Kulturerbe zu bewahren und für die Zukunft einzusetzen, wie auch das Neue und den Nachwuchs zu fördern. Die intensive Zusammenarbeit zwischen den kulturellen Einrichtungen gehört zu den besonderen Markenzeichen Hannovers. Exzellenzen finden in Hannover ebenso Beachtung wie das Breitenengagement. Mit diesem Spektrum stellt sich Hannover dem internationalen Wettbewerb. Die kulturwirtschaftliche Entwicklung wird weiter ausgebaut. Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen lässt neue kreative und urbane Cluster (Netzwerke, Verbunde) entstehen.

Kultur muss für alle Menschen – ob mit oder ohne Behinderung – zugänglich und erreichbar sein. So gibt es kontinuierlich Angebote und Projekte in den kulturellen Einrichtungen, um dauerhaft Menschen mit und ohne Handicap den Zugang zu eröffnen.

Für den Stadtentwicklungsprozess „Mein Hannover 2030“ wurden zwei Themenfelder aus dem Handlungsfeld Kultur festgelegt:

- Kulturlandschaft, Kultur- und Nachwuchsförderung, Kulturentwicklung
- Internationaler Kulturaustausch durch Städtepartnerschaften

In der wachsenden Bevölkerung Hannovers sind besonders Menschen aus anderen Kulturkreisen vertreten, die eine gemeinsame Entwicklung einer differenzierten Kulturlandschaft mit unterschiedlichen Kulturen unabdingbar machen.

KULTURLANDSCHAFT, KULTUR- UND NACHWUCHSFÖRDERUNG, KULTURENTWICKLUNG

BESTANDSAUFNAHME

Hannover verfügt über eine vielschichtige Kulturlandschaft. Hierzu zählen sowohl renommierte zentrale und dezentrale Orte der Kunst, Kultur, Begegnung und Kommunikation in städtischer Regie, als auch die in Trägerschaft des Landes. Außerdem Einrichtungen und Projekte der freien Kulturszene, die städtisch und/oder landesseitig, aber auch durch Stiftungen und Sponsoren maßgeblich gefördert werden. Auch die Förderung des künstlerischen Nachwuchses ist ein wichtiger Bestandteil der Kulturlandschaft. Die bestehenden kulturellen Netzwerke bilden eine gute Grundlage für Dialoge und schaffen Raum für eine gemeinsame Weiterentwicklung von künstlerischen Angebotsformaten und Strukturen.

Die Herrenhäuser Gärten sind Hannovers bedeutendstes Kulturdenkmal und international wichtigste Destination. Veranstaltungen wie der Feuerwerkswettbewerb, Vorträge, Tagungen und Vermietungen tragen zu hohen Besucherzahlen bei. Die KunstFestSpiele in Herrenhausen haben sich seit ihrem Beginn im Jahre 2009 als besonderes Festivalformat sowohl in Hannover als auch in der internationalen Festivallandschaft etabliert.

Hannover zeichnet sich durch eine vielfältige Museumslandschaft aus. Neben dem Sprengel Museum Hannover als international anerkannter Ort der klassischen Moderne verfügen das Historische Museum Hannover mit dem Museum im Schloss Herrenhausen und das Museum August Kestner als städtische Häuser sowie das Niedersächsische Landesmuseum Hannover über bedeutende Sammlungen für ihre Ausstellungen. Die städtisch geförderten Einrichtungen Museum Wilhelm Busch – Deutsches Zentrum für Karikatur und Zeichenkunst und der Kunstverein sowie die landesseitig geförderte Kestnergesellschaft bieten neben weiteren kleineren Orten (unter anderem das Theatermuseum und das Museum für Energiegeschichte(n)) immer wieder attraktive innovative Ausstellungen und Installationen. Im Jahre 2012 haben mehr als 460.000 BesucherInnen die 15 Museen in Hannover besucht.

Ein Ort, der Kunst vor dem Hintergrund von Erinnerung und Vergänglichkeit in einer einzigartigen Dimension präsentiert, ist das seit 1997 bestehende Projekt RoseBusch Verlassenschaften im Stadtteil Ahlem.

Für die in der Stadt Hannover bestehenden Orte des Gedenkens gestaltet und organisiert das städtische Projekt Erinnerungskultur neben der Wahrnehmung des Bildungs- und Forschungsauftrages besondere Veranstaltungen und kulturell-künstlerische Aktionen zu den jeweiligen Jahres- und Gedenktagen.

Die Kunst im öffentlichen Raum hat einen besonderen Stellenwert. Insgesamt 183 Plastiken und Installationen sind im Eigentum der Stadt Hannover. Die im Jahr 1974 aufgestellten Nanas, die damals große Proteststürme hervorriefen, sind heute ein Wahrzeichen der Stadt. Durch neue Ansätze in der Kunstvermittlung wird der Wert der Kunst im öffentlichen Raum hervorgehoben. Viele dieser Kunstwerke im städtischen Besitz müssen aber auch grundsaniiert werden.

Hannover verfügt über eine facettenreiche und vielschichtige Kunstszene, unter anderem mit weit mehr als 50 Ateliers. Der Kunstvolkslauf ZINNOBER zum Herbstauftakt in jedem Jahr (2013 mit rund 10.000 Besuchen) bietet einen Gesamtüberblick über die Kunstszene Hannovers und zeigt Kunst von der Produktion in Ateliers, über die professionelle Präsentation in Galerien, bis zu großen internationalen Ausstellungen in Kunstvereinen.

Hannover ist eine der profiliertesten norddeutschen Standorte für Fotografie. Das Sprengel Museum hat seine fotografische Sammlung in den vergangenen 15 Jahren intensiv ausgebaut. 2014 wurde darüber hinaus die Galerie für Fotografie (GAF) in der Eisfabrik in der Südstadt gegründet.

Die LHH hat mit dem Niedersächsischen Staatstheater Hannover ein Mehrspartentheater in der Trägerschaft des Landes mit bundesweiter Ausstrahlung. Darüber hinaus verfügt Hannover über ein vielfältiges künstlerisches Spektrum an Freien Theatern und Tanzensembles, die wie die renommierten Festivals Tanztheater International und biennial (alle zwei Jahre) die Theaterformen durch die Stadt institutionell beziehungsweise projektbezogen gefördert werden.

Mit der konzeptionellen Weiterentwicklung von vier Standorten (Pavillon, Eisfabrik, Altes Magazin, Figurentheaterhaus) für die Freien Theater wurde eine Profilierung der jeweiligen spezifischen künstlerischen und inhaltlichen Arbeit verbunden. Hierzu wurden in den vergangenen Jahren die räumlichen Voraussetzungen durch umfangreiche Sanierungen (Altes Magazin, Pavillon) geschaffen sowie die Förderungen für die jeweiligen Betreiber angehoben. Als weitere Veranstaltungsorte für kulturell-künstlerische Darbietungen und Unterhaltung durch Theater, Tanz und Kabarett sind unter anderem das Theater am Aegi und das Theater am Küchengarten zu nennen.

Die Musik spielt eine wichtige Rolle in der Stadt Hannover. Mit der international bekannten Hochschule für Musik und Theater und Medien Hannover, dem Opernhaus, der NDR-Radiophilharmonie, dem Violinenwettbewerb der Stiftung Niedersachsen, den Konzertveranstaltern, der Musikschule und dem MusikZentrum besteht ein differenziertes Angebot für eine bedeutende Musikszene. 2007 wurde Hannover unter den deutschen Großstädten nach der HASPA-Musikstudie als Musikwirtschafts-Standort Nr. 1 in Deutschland benannt. Das hat Hannover zum Anlass genommen, sich im März 2014 bei der Internationalen UNESCO-Kommission für das Label „UNESCO City of Music“ zu bewerben. Mit dem angestrebten Label wird Hannover an Attraktivität in musikalischen Bereichen gewinnen.

Die Literaturszene Hannovers zeichnet sich durch differenzierte vielschichtige Angebote und Formate aus. Dazu tragen maßgeblich unter anderem das Literaturhaus Hannover und der Literarische Salon, aber auch die Buchhandlungen und die Bibliotheken bei. Erfolgreiche KinderbuchautorInnen und -illustratorInnen sind in Hannover zuhause. In der Kinderliteratur engagieren sich unter anderem der Friedrich-Bödecker-Kreis und die Stadtbibliothek Hannover. Die LHH organisiert eigene Lesungen und Literaturprojekte, auch in Zusammenarbeit mit Dritten und vergibt das Hannah-Arendt-Stipendium gemeinsam mit dem Literaturbüro

Hannover e.V. Der „Hölty-Preis für Lyrik der Stadt Hannover und der Sparkasse Hannover“ ist die bundesweit höchst dotierte Auszeichnung für Lyrik und wird seit 2008 vergeben.

Film und Medien als kulturelles Ereignis sowohl rezeptiv als auch aktiv zu erleben, dafür stehen das Kino im Künstlerhaus aber auch Initiativen wie das Kino im Sprengel, die Medienwerkstatt Linden, das Medienhaus Hannover und das biennial stattfindende Filmfest Sehpferdchen.

Von besonderer Bedeutung ist das Festival up-and-coming, ein internationaler Nachwuchswettbewerb für Menschen bis zum Alter von 27 Jahren, der alle zwei Jahre in Hannover stattfindet. Ein Ereignis, das die Grenzen zwischen diversen Genres und Medien sprengt.

Als besondere Orte der Begegnung in der Verbindung von Bildung, Kultur und dem Bedürfnis nach Kommunikation ist zuvorderst die städtisch geförderte Einrichtung Pavillon am Raschplatz zu nennen. Aber auch FAUST im Stadtteil Linden und die insgesamt 23 städtischen bzw. städtisch geförderten Einrichtungen der Stadtteilkultur (Freizeitheime, Kulturtreffs, Stadtteilzentren) ermöglichen einen wohnortnahen Zugang zu kulturell-künstlerischen Aktivitäten.

Die 17 Stadtbibliotheken Hannovers sind Ort der Literatur, Medien und Information über Kultur und kulturelle Angebote in der Stadt; sie sind auch Ort kultureller Anregungen und Begegnungen. Das Stadtarchiv Hannover ist das Gedächtnis der Stadt und sichert gemeinsam mit dem Historischen Museum Hannover das kulturelle Erbe der Stadt.

Die Kulturlandschaft zu erhalten und auszubauen, ist nur durch eine gezielte Förderung von Kunst und Kultur möglich. Die Kulturlandschaft in Hannover verfügt nicht nur über vielseitige Akteure. Auch zahlreiche FörderInnen sind hier beheimatet und unterstützen die Kulturszenen maßgeblich. Hierfür stehen die LHH, das Land Niedersachsen sowie Stiftungen und Fördervereine. Beispielhaft seien hierfür im Bereich der Fotografie das international beachtete Lumix-Festival für jungen Fotojournalismus an der Hochschule Hannover, der Spectrum-Preis der Stiftung Niedersachsen und der VGH-Fotopreis genannt.

Die Kulturszene kann sich nur positiv entwickeln, wenn schon frühzeitig für junge kreative Menschen die Möglichkeit einer Förderung besteht. Hannover legt in der kulturell-künstlerischen Arbeit großen Wert auf Nachwuchsförderung. Hierzu wurden verschiedene Formate wie Stipendien (Stipendium Villa Minimo), Wettbewerbe und Preise entwickelt. Innovatives wird gefördert und initiiert, damit dem Nachwuchs Raum und Möglichkeiten, auch abseits von Trends und Strömungen, geboten werden können. Das Förderspektrum setzt sich hierbei aus den verschiedenen Kultursparten zusammen und eröffnet den jungen Kulturschaffenden verbindliche Strukturen, die eine künstlerische Entwicklung maßgeblich unterstützen.

Hannover verfügt mit bestehenden kulturellen Netzwerken sowie durch eine Kulturlandschaft in der Spitze, Breite und Vielfalt über hervorragende Ausgangsbedingungen, sich diesem Dialog zu stellen. Die LHH erarbeitet und veröffentlicht Werkstattberichte „Hannover ist Kultur“ als Plattform zum Dialog, die den verschiedenen Sparten innerhalb der vielfältigen Kulturlandschaft eine gemeinsame Standortbestimmung ermöglicht. Dazu gehören der Rückblick auf bisherige Entwicklungen, die Präsentation der Kunstschaffenden und ihrer Arbeit und ein Ausblick auf den weiteren Weg der Förderung und Zusammenarbeit. Als Themenfelder wurden in 2013 „Tanz“ und „Jazz“ behandelt. In 2014 werden die Themenfelder „Chorstadt Hannover“ und „Theater“ betrachtet.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG SOWIE ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Gemeinsam mit den Partnern vor Ort soll die Einmaligkeit der Herrenhäuser Gärten als Garten-, Wissenschafts-, Kunst- und Museumsstandort fokussiert werden. Das Ziel ist, Herrenhäuser zu einem Gesamtensemble aus den genannten Themengebieten zu entwickeln. Die Besuchszahlen, die sich seit 2002 mehr als verdoppelt haben, lagen 2013 bei rund 500.000 BesucherInnen und sollen noch weiter gesteigert werden.

Zurzeit erhält das Sprengel Museum Hannover einen Erweiterungsbau, der den Standort für die klassische Moderne und als künftiges Norddeutsches Zentrum für Fotografie weiter positionieren wird. Das fördert die ohnehin überregionale Bedeutung des Museums. In den nächsten Jahren werden die Neugestaltung der Dauerausstellungen sowie die baulichen Veränderungen des Historischen Museums und des Museums August Kestner von besonderer Bedeutung sein. Die Herausforderung liegt in einer Verbesserung des Marketings und der damit verbundenen touristischen Bedeutung. Dies ist für alle hannoverschen Museen ein zentraler Bestandteil ihrer weiteren Entwicklung.

Die Öffentlichkeitsarbeit für die freie Theaterszene wurde intensiviert, um eine größere Auslastung der Spielstätten zu erreichen, die mit städtischen Mitteln saniert wurden. Diese Ziele konnten, seit der Aufnahme des Programms im Jahr 2011, im KinderTheaterHaus und in der Eisfabrik zum Teil erreicht werden. Im Pavillon und im Haus der Theatrio GmbH ist die Entwicklung unter anderem auf Grund des kurzen Evaluationszeitraums noch nicht zu bewerten. Dieses Ziel wird weiter verfolgt.

Gemeinsam mit den Kulturschaffenden und Kulturförderern dieser Stadt gilt es, Profile zu entwickeln, die Alleinstellungsmerkmale herauszuarbeiten und diese gezielt für die Profilschärfung einzusetzen. Für die Nachwuchsförderung ist hier unter anderem das in der Entwicklung begriffene „Study & Stay“-Konzept zu nennen. Es soll eine Lücke in der Förderkonzeption der Stadt schließen. Herausragende junge KünstlerInnen, die in Hannover studiert haben, sollen sich auch nach dem Studium in die Kulturlandschaft Hannovers einbringen und diese überregional repräsentieren und weiterentwickeln können.

Die Reihe der Werkstattberichte gibt einen Einblick in die aktuelle Arbeit der künstlerischen Initiativen und zeigt, wo Stadt und Künstlerschaft im Dialog stehen. Durch die gewählte Vorgehensweise der Einbeziehung der lokalen Kulturszene werden neue Möglichkeiten von Kooperationen und Synergiebildung deutlich. Zudem werden der Politik Handlungsoptionen für die Entwicklung der jeweiligen Kultursparte vorgestellt.

INTERNATIONALER KULTURAUUSTAUSCH DURCH STÄDTEPARTNERSCHAFTEN

BESTANDSAUFNAHME

Hannover ist eine internationale Stadt. Menschen aus vielen Kulturen leben hier. Wissenschaft, Wirtschaft, Sport und Kultur haben zahlreiche weltweite Beziehungen. Städtepartnerschaften tragen als „kommunale Außenpolitik“ zu den wichtigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen ihrer Zeit bei. Sie sind ein Bereich der internationalen Beziehungen, in dem nicht die Nationalstaaten und ihre internationalen Institutionen politisch handeln, sondern die nichtstaatlichen Institutionen und die Zivilgesellschaft auf regionaler und kommunaler Ebene.

Die Stadt Hannover arbeitet städtepartnerschaftlich mit den Städten Blantyre, Bristol, Hiroshima, Leipzig, Perpignan, Pozna sowie Rouen zusammen und pflegt eine Städtefreundschaft mit Ivanovo. Das besondere Potenzial der Städtepartnerschaften liegt heute darin, auf der kommunalen Ebene zu wichtigen Themen wie Bildung, kulturelle Vielfalt, Integration, nachhaltige Entwicklung, demokratischer Teilhabe, neue Märkte und Friedensförderung zusammen zu arbeiten.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG SOWIE ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Ein zukunftssträchtiger Ansatz ist die Entwicklung von Städtepartnerschaften und -freundschaften mit der Türkei. Ein Fünftel der Menschen in Hannover hat türkische Wurzeln. Es geht somit maßgeblich um die persönlichen Begegnungen zwischen den Kulturen, um das interkulturelle Lernen und die Reflektion kultureller Identitäten. Die kommenden Aufgaben sollen in einem dialogorientierten Prozess gestaltet werden.

Städtepartnerschaften bilden die Grundlage für internationale Projekte. Positive Beispiele hierfür sind das EU Projekt „Aware & Fair“ und die Veranstaltung „KlimaKunstStädte - Kultur und Nachhaltigkeit für die Stadt Hannover und ihre Partnerstädte“. Der politische Wille nach mehr Kontinuität kann durch die Entwicklung von mehrjährigen Arbeitsprogrammen der Partnerstädte untermauert werden.

Die lebendige Ausgestaltung der Sozial-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik sowie eine zukunftsweisende Politik für Menschen mit Behinderung und in Armutslagen zeichnet Hannover aus. Verwaltung, politische Gremien und die PartnerInnen aus Verbänden, Vereinen und dem Ehrenamt wirken intensiv zusammen – und das mit einer langjährigen Tradition. Gesellschaftliche Veränderungen und sich ändernde rechtliche Rahmenbedingungen bedingen immer neue Herausforderungen für alle Politikfelder, um die Lebensbedingungen der Menschen in der Stadt zu verbessern. Insbesondere geht es darum, die Teilhabe eines/r jeden Einzelnen am Gemeinwesen zu ermöglichen. Die Teilhabechancen sind Ausdruck davon, wie offen und zugänglich unsere Stadtgesellschaft ist, weil sie flexibel die verschiedenen individuellen Voraussetzungen steuernd und planerisch berücksichtigt.

Zur Weiterentwicklung im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses bis 2030 wurden fünf Themen aus dem großen Arbeitsfeld der Sozial-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik ausgewählt, die von besonderer Relevanz sind, weil sie entweder durch eine hohe Dynamik gekennzeichnet sind oder weil genau heute Weichen gestellt werden müssen, um zukunftsfähig zu sein und zu bleiben. Dabei handelt es sich um folgende Themenstellungen:

- Die zunehmende Alterung der Stadtgesellschaft (vergleiche Kapitel „Alternsgerechte Quartiersentwicklung“)
- Die attraktive Ausgestaltung der Stadt für Familien (vergleiche Kapitel „Familiengerechte Infrastruktur“)
- Die Weiterentwicklung des Weges zur inklusiven Stadt (vergleiche Kapitel „Die inklusive Stadt – Menschen mit Behinderung“)
- Die Flankierung von Einkommensarmut durch die Förderung von Teilhabe (vergleiche Kapitel „Teilhabe trotz Armut“)
- Die Ausgestaltung einer Willkommenskultur bei zunehmender Internationalisierung der Stadt (vergleiche Kapitel „Willkommenskultur“)

➤ ALTER(N)SGERECHTE QUARTIERSENTWICKLUNG

Eine alter(n)sgerechte Gestaltung von Wohnungen und Wohnumfeld ist zentral für ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben bis ins höhere Alter und gleichzeitig unter dem Aspekt einer „Stadt für Alle“ auch wünschenswert für junge Menschen, Menschen mit körperlichen, seelischen, geistigen Einschränkungen und für Familien. Damit steht dieser Grundsatz auch im Mittelpunkt der Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft, in der Teilhabe und Bürgerbeteiligung zentral sind. Dabei sind für die EinwohnerInnen vor allem die Auswirkungen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld, dem Quartier, von Bedeutung.

BESTANDSAUFNAHME

Aktuell leben rund 128.000 SeniorInnen (24,5 Prozent der Bevölkerung) im Alter von 60 Jahren und älter in der Stadt Hannover. Bis zum Jahr 2030 ist eine Zunahme von fast 18 Prozent (155.600 SeniorInnen, 28,6 Prozent der Bevölkerung) zu erwarten. Insbesondere der erwartete Zuwachs in der Gruppe der SeniorInnen im Alter von 75 Jahren und älter, stellt die Landeshauptstadt Hannover (LHH) hinsichtlich notwendiger Unterstützungsstrukturen vor deutliche Herausforderungen.

Der ganz überwiegende Teil der älteren Menschen hat den Wunsch, möglichst lange selbstbestimmt in seiner bisherigen Wohnung zu leben. So werden nicht selten ganze Nachbarschaften gemeinsam alt. Bei der Repräsentativerhebung „Leben und Wohnen im Alter“ im Jahr 2007 gaben 76 Prozent der TeilnehmerInnen, die 55 Jahre und älter waren, an, in der derzeitigen Wohnung bereits zehn Jahre oder länger zu wohnen.

Der Grundgedanke von sozialer Quartiersentwicklung ist nicht neu und wurde schon vielerorts in verschiedener Form erfolgreich praktiziert – zum Beispiel in der Gemeinwesenarbeit, im Rahmen der Unterstützung von Nachbarschaften und in sozialräumlichen Verfahren der Jugendhilfe. Allerdings lag bislang der Fokus nicht auf der Gestaltung einer alter(n)sgerechten, lebensphasenorientierten Quartiersentwicklung zum Aufbau einer Infrastruktur für ein selbstbestimmtes und sozialintegriertes Leben und Wohnen.

An vielen Orten der Stadt sind bereits umfangreiche Strukturen vorhanden, wie zum Beispiel Netzwerke in der Senioren-, der Gemeinwesen- und Jugendarbeit sowie in Kultur, (Wohnungs-) Wirtschaft, Sport und Migration und anderen Bereichen. Bewährtes soll erhalten bleiben, weiter genutzt und ausgebaut werden. Darüber gelingt es, die bestehende Gemeinwesenarbeit mit den vorhandenen AkteurInnen zu erweitern und die Aktivitäten zu verdichten. In drei ausgewählten Quartieren der Stadt Hannover, in den Stadtteilen Südstadt, Kirchrode und Döhren, wurden die ersten Schritte auf dem Weg zur alter(n)sgerechten Quartiersentwicklung bereits unternommen und Ideenwerkstätten veranstaltet.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

Alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung ermöglicht es, über die Umsetzung der Projekte und Aktivitäten vor Ort Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Fachbereichen der Verwaltung und AkteurInnen der Stadtgesellschaft zu benennen.

In Hannover gibt es bereits sehr gute Ansätze, die eine alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung fördern. Dazu gehören vor allem: vorhandene Vernetzungs- und Beteiligungskulturen innerhalb des Fachbereichs Senioren mit den stadtbezirklichen und stadtweiten Netzwerken für SeniorInnen und den Mitgliedern der aktuellen Arbeitskreise „Wohnen im Alter“, „ältere LSBT (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Transgender)“, „Netzwerk Demenzaktiv“, „soziale Dissozialität“ und „Sport – und Bewegung im Alter“ sowie Netzwerke anderer Fachbereiche.

Auf Grund begrenzter Ressourcen ist es allerdings nicht möglich, gleichzeitig an vielen Stellen im Stadtgebiet die alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung zu fördern.

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Ziel alter(n)sgerechter Quartiersentwicklung ist es, unabhängig vom jeweiligen Lebensalter Teilhabe und Selbstbestimmung als zentrale Aufgabe wahrzunehmen und sicher zu stellen. Ein solidarischeres Einstehen füreinander, auch außerhalb der rein familiären Bindungen, wird über die Arbeit in den Quartieren und den Auf- und Ausbau sozialer Netzwerke verbessert. Gleichzeitig wird auch die Grundlage für eine neue Kultur der Unterstützung, des Miteinanders und der Sorge füreinander („Community that cares“) geschaffen. Aktivitäten und Projekte, die den Generationendialog fördern, gehören genauso dazu wie die Abbildung der Bedarfe und Bedürfnisse aller in einem Quartier lebenden Menschen. Im Vordergrund stehen Aktivitäten und Projekte, die Hannover auf dem Weg zu einer inklusiven Stadt weiterbringen, die soziale Integration fördern und über die Identifikation mit dem Wohnumfeld zu einer höheren Zufriedenheit und zu lebendigen Nachbarschaften führen. Diese Ziele zur Entwicklung eines alter(n)sgerechten Wohnquartiers stehen unter dem Leitbild „Eine Stadt für Alle“. Das Konzept alter(n)sgerechter Quartiersentwicklung wird in der Informationsdrucksache Nr. 0025/2013 beschrieben.

Mit der Quartiersentwicklung wird auch der vor allem im Alter gefürchteten und häufig auch tatsächlich eintretenden Isolation und Vereinsamung entgegengetreten. Es sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine selbstständige Lebensführung, unabhängig von Lebensalter, Geschlecht, sozialer Lage und ethnischem Hintergrund ermöglichen. Eingeschlossen sind auch gesundheitlich bedingte Einschränkungen. Dabei müssen finanzielle Ressourcen wie auch der prognostizierte Fachkräftemangel im Pflegebereich beachtet werden.

Ein selbstständiges, selbstbestimmtes und sozialintegriertes Leben bei hoher Lebensqualität bis ins hohe Alter erfordert gute Wohnqualität, die neben Standards und Ausstattung auch immer das Wohnumfeld mit seinen räumlichen und sozialen Ausprägungen meint. Die soziale Infrastruktur im sozialen Nahraum mit Informations- und Kommunikationsstruktur, nachbarschaftlichen Unterstützungs- und kommerziellen Dienstleistungsstrukturen sowie im quartierbezogenen Umfeld die mobilitätssichernde verkehrliche Anbindung durch gute ÖPNV-Anbindung zu sichern und auszubauen, gehört ebenfalls zur guten Wohnqualität.

Aufbauend auf dem Seniorenplan 2003 sind in der Stadt Hannover sozialräumliche Strukturen entstanden und werden weiter entwickelt. Diese sind Grundlage einer alter(n)sgerechten Quartiersentwicklung und des Aufbaus neuer Kooperationen vor Ort. Der sich in Vorbereitung befindliche Seniorenplan 2014 wird das Thema „alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung“ umfassend behandeln.

➤ FAMILIENGERECHTE INFRASTRUKTUR

BESTANDSAUFNAHME

Hannover ist eine Stadt, in der Familien gerne leben. Eine gut aufgestellte Infrastruktur begleitet Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben. Zugleich bietet die Stadt Müttern, Vätern und anderen Erziehungsverantwortlichen Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

„Familie ist dort, wo Menschen füreinander Verantwortung tragen“. Im engeren statistischen Sinne lässt sich Familie durch das Zusammenwohnen von Kindern und ihren Eltern in einem Haushalt beschreiben: Anfang 2013 lebten in Hannover insgesamt 60.000 Familienhaushalte, in denen entweder Minderjährige (16,8 Prozent aller Haushalte) und/oder erwachsene Nachkommen von unter 27 Jahren (vier Prozent aller Haushalte) lebten. Die Mehrzahl der Familien lebt als Paar mit Kind(ern): 75 Prozent der Familien mit Kindern unter 18 Jahren und 60 Prozent der Familien mit Heranwachsenden unter 27 Jahren. Hannover zählt bundesweit zu den Städten mit den höchsten Anteilen von allein Erziehenden (25 Prozent aller Familienhaushalte), darunter 12.075 Frauen (91,4 Prozent). Die Zahl der Kinder unter einem Jahr ist zum 1. Januar 2014 wie zuletzt 2012 erneut stark gestiegen. Die Internationalisierung der hannoverschen Familien zeigt sich daran, dass 45,1 Prozent der Familien mit Minderjährigen einen Migrationshintergrund haben.

Aufgrund der hohen strategischen Bedeutung der Familienpolitik für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune engagiert sich Hannover seit 2007 verstärkt für ein Mehr an Familiengerechtigkeit in der Infrastruktur. Das Familiengutachten der Prognos AG Basel setzte hier 2008 neue familienpolitische Akzente, in dessen Folge Maßnahmen initiiert und umfänglich umgesetzt wurden. Im Jahr 2011 wurde beschlossen, die Familienpolitik auf partizipativem Wege, das heißt, mit Beteiligungsformaten, zu entwickeln. Ziel ist, die Bedarfsentwicklung besser am Puls der Zeit und der Vielfalt von Familienleben orientieren zu können.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

STÄRKEN:

Das vergleichsweise niedrige allgemeine Preisniveau und der grüne Charakter der Stadt Hannover mit ihren Spiel- und Erholungsflächen unterstreichen die Attraktivität des Lebensraums Stadt. Hinzu kommt die Infrastruktur. Der qualifizierte Arbeitsmarkt bildet für die Mehrheit der Familien die Grundlage der finanziellen Existenz.

Es besteht ein umfassendes Angebotsspektrum für Familien mit Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel Kinderbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahre und Kindergartenkinder, Ganztagschulbetreuung, Spielparks, offene und mobile Kindereinrichtungen, Kultureinrichtungen, Elternbildung, Beratungsangebote, wie das Familienservicebüro und Erziehungsberatungsstellen. Die LHH bietet auch Strukturen und Hilfesysteme, um Familien in herausfordernden Situationen zu unterstützen, wie zum Beispiel bei häuslicher Gewalt das Hannoverische Interventionsprogramm gegen (Männer)Gewalt in der Familie. ArbeitgeberInnen haben in der Stadt mit dem Familienmanagement eine zentrale Informationsstelle zu stadtspezifischen Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zudem wird im Rahmen der Sportentwicklung ein besonderes Augenmerk auf die Ansprüche und Bedarfe von Familien gelegt. Hannover verfügt darüber hinaus über eine differenzierte und turnusmäßige Familienberichterstattung, mit der es möglich ist, Entwicklungen zu beobachten und Bedarfe abzuleiten.

SCHWÄCHEN:

Trotz steigender Bevölkerungszahlen gibt es keine nennenswerten Zuwächse von Familien. Das Wachstum hat sich nicht in dauerhaften, generationsübergreifenden Familienstrukturen niedergeschlagen.

Familien unterstreichen in den unterschiedlichen Beteiligungsformaten die Notwendigkeit der qualitativen Weiterentwicklung der Infrastruktur unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Entwicklungen, zum Beispiel Öffnungszeiten von Kinder- und Jugendeinrichtungen, Personalausstattung, Verkehrsplanung und Gestaltung des städtischen Raumes. Die Verknappung von Wohnraum wirkt sich auf die nachfragenden Familien mit geringen und mittleren Einkommen negativ aus.

Das Thema des Zusammenlebens im Stadtteil gewinnt an Aktualität. Öffentliche Interventionen gegen geplante Kinder- und Jugendeinrichtungen lassen bei Familien den Eindruck eines grundsätzlich kinder- und familienfeindlichen Klimas entstehen, während Ältere und Kinderlose einen Mangel an Rücksichtnahme beklagen.

In der Kommunikation liegen die Herausforderungen darin, die verschiedenen Zielgruppen mit geeigneteren Zugängen und Medien zu erreichen. Alle Beteiligungsformate zeigen, dass sich eher Frauen als Männer von familienpolitischen Themen angesprochen fühlen. Daher sollte ein gendersensibler Fokus die zukünftigen Aktivitäten begleiten.

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Damit in einer integrativen Stadtentwicklung die Interessen von Familien ausreichend Berücksichtigung finden, ist ein intensiver Fachdialog erforderlich. Dieser muss das breite Spektrum der im Arbeitsfeld „Familie“ Tätigen und der Nachbarschaften einschließen. Aus beteiligungsorientierten Ansätze lassen sich Handlungsansätze und familienpolitische Strategien ableiten.

Die nachfolgend dargestellten Drucksachen und Berichte greifen die familienpolitische Zielsetzung einer familiengerechten Landeshauptstadt Hannover auf. Die bildungspolitischen Inhalte werden im Kapitel „Bildung“ aufgegriffen.

Familienpolitik und Beteiligung: Stärken-/Schwächenanalyse der Prognos Basel AG (DS 0526/2008), Strategie Familienpolitik 2011 bis 2015 (DS 1583/2010, 2616/2012), Konzept Familienkonferenzen (DS 0125/2012).

Beruf und Familie: Konzept familienbewusste Arbeitswelt 2011 bis 2014 (DS 1843/2008), Partner im Bundesprojekt „Netzwerk für Alleinerziehende, in der „Allianz für Fachkräfte Hannover“, in der bundesweiten Bürgermeisterinitiative „Neue Zeiten für Familie“, im Bündnis „Erfolgsfaktor Familie“, beim Aktionsplan zur EU-Charta. Die Stadt als Arbeitgeberin bearbeitet die Belange von Familien in der stadtinternen Steuerungsgruppe „Beruf und Familie“.

Kinderbetreuung: unter anderem Ausbau Kinderbetreuung „Hannover bleibt am Ball“ (DS 0785/2014), Notfallbetreuung (DS 0652/2014) Zentrales Anmeldesystem für Kinderbetreuung (DS 2618/2012; 2593/2012), Verlängerte Öffnungszeiten in Kindertagesstätten (DS 1369/2011), bedarfsgerechter Ausbau der Betreuung in integrativen Einrichtungen (HA 2011), Verbindliche Ferienbetreuung in Ganztagschule (DS 2653/2012).

Jugendliche: Neuorganisation der Kinder- und Jugendarbeit (DS 1961/2007, 0027/2010, 1674/2012), Kooperation von Einrichtungen offener Kinder- und Jugendarbeit (DS 1343/2013), Partizipation Kinder und Jugendliche (DS 1557/2013), Jugendliche im öffentlichen Raum (DS 2632/2012).

Frühe Hilfen und Kinderschutz: Koordinierungszentrum Kinderschutz – Netzwerk frühe Hilfen (DS 991/2011) Familienhebammenzentrum „Eine Chance für Kinder“ (DS 1450/2011, 0774/2013), Programm Schulsozialarbeit (DS 2106/2011; 22168/2013), Inobhutnahmesystem (DS 1446/2011).

Elternbildungsarbeit: Begrüßungsarbeit (DS 1062/2011), Ausbau aufsuchender Elternarbeit (DS 1735/2013), Gemeinsam-Wachsen-Gruppen (DS 1967/2012), Elterntreffs (DS 1813/2012, 1582/2013), Stadtteilmütter (DS 1368/2011; 2032/2012), Familienzentren (DS 1062/2011, 2065/2012), Erziehungsberatung und Familienbildung (DS 1734/2013).

➤ DIE INKLUSIVE STADT – MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

BESTANDSAUFNAHME

Mit der Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) von 2006 haben die Vereinten Nationen die allgemeinen Menschenrechte für Menschen mit Behinderung konkretisiert. Die darin formulierten Klarstellungen zu den besonderen Rechten dieser Personengruppe führen auch in Deutschland zu einem Paradigmenwechsel, und zwar nicht nur in der Behindertenpolitik: Inklusion statt Integration beschreibt diesen Wechsel. Behinderung wird danach nicht mehr verstanden als ein Problem des Einzelnen, sondern als ein Resultat der Wirkung von gesellschaftlichen Barrieren, die Menschen, vor allem mit Beeinträchtigung, in ihrer selbstverständlichen Teilhabe behindern. Eine (Stadt)Gesellschaft hat sich so aufzustellen, dass Barrieren nicht mehr be- und entstehen.

Etwa 48.400 Menschen in Hannover (9,2 Prozent der Bevölkerung) waren Ende 2011 schwerbehindert, darunter etwas mehr Frauen (54 Prozent) als Männer. Knapp 60 Prozent der betroffenen BürgerInnen war 65 Jahre alt oder älter. Schwerbehinderung liegt laut Schwerbehindertenstatistik ab einer Behinderung von Grad 50 und mehr vor. Die tatsächliche Zahl von Menschen mit Behinderungen ist weitaus höher, auch weil Barrieren jeder Art eine größere Anzahl von Teilhabebeeinträchtigungen hervorrufen können.

Seit mehr als 20 Jahren betreibt die Stadt Hannover eine aktive Behindertenpolitik. Diese ist Basis für inklusive Entwicklungen. Im Jahr 2000 schuf Hannover als eine der ersten Städte die Stelle einer hauptamtlichen Beauftragten für Menschen mit Behinderung (DS 561/1999) und richtete 2009 den „Runden Tisch für Menschen mit Behinderung“ ein (DS 1798/2008). Ihm gehören neben VertreterInnen aus Politik und Verwaltung je ein/e VertreterIn von 22 in der Arbeit für Menschen mit Behinderung tätigen Verbänden, Vereinen und Organisationen an. Die Stadt Hannover unterschrieb im Jahr 2005 die „Erklärung von Barcelona“ und verpflichtete sich damit zum Abbau von Barrieren zur Verbesserung der Teilhabesituation von Menschen mit Behinderung.

Um die städtische Infrastruktur zu verbessern, wurde unter Beteiligung von Menschen mit unterschiedlicher Behinderung bereits eine große Zahl von Maßnahmen umgesetzt: zum Beispiel die Abflachung der Fußwege, die Umrüstung von Ampelanlagen zu behindertengerechten Lichtsignalanlagen, die barrierefreie Gestaltung von Plätzen und Wegen, die Einrichtung von Höranlagen und taktilen Elementen, die konsequente Umsetzung barrierefreien Zugangs öffentlicher Gebäude bei Neubauten und Umbau von Altbeständen, wie etwa noch laufend bei den Kindertagesstätten und Schulen. Bei Anmietung neuer städtischer Büroflächen werden Anpassungen an eine barrierefreie Nutzung umgesetzt. Zudem setzt sich die Stadt Hannover für einen konsequenten Ausbau eines barrierefreien öffentlichen Personenverkehrs ein. Mehr und mehr dringt das Thema in alle Bereiche gesellschaftlichen Handelns durch und findet Berücksichtigung in Planungen und Maßnahmen zur Verbesserung von Teilhabe. Am Beispiel des Sports zeigt sich, dass ein barrierefreier Zugang zu den Sport- und Bewegungsräumen allein nicht ausreicht, um Inklusion zu gewährleisten. Durch ein gemeinsames Miteinander und ergänzende spezielle Angebote im Sport sollen Hemmschwellen abgebaut und neben einer aktiven Teilnahme auch der Weg zur Teilhabe an der Gesellschaft geebnet werden.

Die Berücksichtigung der konkreten Lebenssituation von Menschen mit Behinderung und hier vor allem von Frauen mit Behinderung findet ihren Ausdruck beispielsweise auch darin, dass sich die Stadt gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderung einsetzt und dahingehende Aktivitäten unterstützt. So besteht eine lange Zusammenarbeit mit dem Frauennotruf.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

STÄRKEN:

Die lange und erprobte Tradition der aktiven Behindertenpolitik in Hannover stellt eine gute Grundlage für den Prozess „Auf dem Weg zur inklusiven Stadt“ dar. Die vorhandenen Strukturen in der Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung stellen dabei sicher, dass Inhalte fach- und sachorientiert und unter Beteiligung von Betroffenen diskutiert und umgesetzt werden können.

SCHWÄCHEN:

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen stadtgesellschaftlichen Zusammenhängen zu berücksichtigen ist. Hier befindet sich Hannover – wie auch alle anderen Kommunen – in der Entwicklungsphase. Schnittstellen sind weiter zu bearbeiten und Synergien zu nutzen. Darüber hinaus muss die inklusive Grundhaltung weiter kommuniziert werden, um eine Verinnerlichung der Zuständigkeit bei allen Beteiligten zu bewirken. Barrierefreie Formen von Kommunikation und Information sind weiter auszubauen. Dazu sind Angebote und Qualifikationen zu entwickeln (zum Beispiel Übersetzung in leichte Sprache, barrierefreie Internetauftritte).

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Inklusion als Zielvorstellung bedeutet einen besonders komplexen und langfristigen Prozess. Die LHH hat sich auf den „Weg zu einer inklusiven Stadt“ gemacht. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2011 beauftragte der Rat (DS 0299/2011) die Verwaltung, ein Handlungsprogramm entsprechend der Vorgaben der UN-BRK zu erarbeiten, Inklusion zu einer Querschnittsaufgabe allen Verwaltungshandelns zu entwickeln und dem Rat regelmäßig über den Fortgang der Entwicklungen in Hannover zu berichten.

In der Informationsdrucksache 1967/2011 wurden wichtige Zielsetzungen für inklusives kommunales Handeln skizziert. Eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, um den Prozess innerhalb der Stadtverwaltung zu befördern. Eine Koordinierungsstelle wurde geschaffen, die innerhalb der Stadtverwaltung arbeitet und auch als Kontaktstelle der Stadtverwaltung zum Thema und Prozess nach außen fungiert.

Dem Rat wurde in den Jahren 2012 (DS 0553/2013) und 2013 (DS 0763/2014) jeweils ein Inklusionsbericht vorgelegt. Als stadtgesellschaftliche Aufgabe wird der Prozess kritisch von aktiven Organisationen und Verbänden, die dem Runden Tisch für Menschen mit Behinderung angehören, begleitet. Mit entsprechenden Beschlüssen des Rates erhält der Prozess zudem neue Akzente.

➤ TEILHABE TROTZ ARMUT

BESTANDSAUFNAHME

Ende 2011 galt ein Fünftel der hannoverschen Bevölkerung als armutsgefährdet, weil ihr weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen, nationalen Nettoeinkommens zur Verfügung stand. Hannover lag damit im bundesweiten Großstadtvergleich auf Platz drei der Städte mit den höchsten Armutsgefährdungsquoten.

Die Anzahl der Transferleistungsbeziehenden gibt Hinweis auf die Anzahl von Menschen, deren Mittel zur Existenzsicherung nicht ausreichen. Ende 2012 bezogen 79.000 HannoveranerInnen Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (SGB II und SGB XII); das waren 15,2 Prozent der Bevölkerung. Weitere 7.000 bezogen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld oder Kinderzuschlag.

Hannovers Stadtteile weisen eine erhebliche Spanne an Transferleistungsquoten auf. Sie liegen zwischen unter einem und über 38 Prozent und zeigen eine Scherenentwicklung. Innerhalb einzelner Stadtteile sind sogenannte „Gebiete mit besonderem sozialen Handlungsbedarf“ besonders betroffen (vgl. Stadt Hannover, Sozialbericht 2013, Kapitel 9).

Sie zeichnen sich durch eine vorhandene oder sich abzeichnende Konzentration problematischer Lebenslagen aus, insbesondere auch durch Armut und weisen einen besonderen Handlungs- bzw. Entwicklungsbedarf auf.

Ein erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt (infolge sprachlicher Barrieren, Krankheit, Behinderung, erschwerter Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder mangelnder Qualifikation) sowie nicht existenzsichernde Einkommen können Armut auslösen, ebenso wie kleine Altersrenten oder Pflegebedürftigkeit. Unter allen Haushaltstypen haben Familien das höchste Armutsrisiko: 25,8 Prozent der Familien beziehen Transferleistungen. Allein Erziehende sind überproportional betroffen (48,4 Prozent), ebenso Familien mit drei und mehr Kindern. Die Generation 60plus weist zwar die niedrigste Transferleistungsquote (8,5 Prozent) auf, verzeichnet aber die größten Zuwächse. Armut im Alter betrifft besonders häufig Frauen. Schätzungen deuten darauf hin, dass sich die Anzahl der Altersarmen bis 2030 um weitere 3.000 Betroffene erhöhen könnte.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

STÄRKEN:

Ausdruck kommunaler Stärke in Hannover ist zunächst die Tatsache, dass Armut von der Stadtgesellschaft, der Stadtverwaltung und den politischen Gremien als Tatsache anerkannt und kommuniziert wird, um darauf aufsetzend Handlungsansätze zu entwickeln. Diese „Haltung“ schlägt sich unter anderem in der seit mehr als zwei Jahrzehnten praktizierten Sozialberichterstattung nieder: Sozialdaten werden turnusmäßig veröffentlicht und stehen handelnden AkteurInnen und der interessierten (Fach-)Öffentlichkeit zur Verfügung. Darüber hinaus informiert „Kinderarmut in Zahlen“ regelmäßig über Ausmaß, Struktur und Entwicklung von Kinderarmut in Hannover. Das deutlich kleinräumigere Sozialmonitoring identifiziert Gebiete mit besonderem sozialen Handlungsbedarf.

Auf die absolute Anzahl an Menschen in Einkommensarmut kann die Stadt Hannover so gut wie keinen Einfluss nehmen, wohl aber Zugänge zum Arbeitsmarkt erleichtern (via Beschäftigungsförderung und Jugendberufshilfe) oder Arbeitsplätze schaffen bzw. sichern (via Wirtschaftsförderung). Darüber hinaus ist es kommunales Ziel, ein realisierbares „Mehr an Chancengerechtigkeit“ und Teilhabe trotz bestehender Einkommensarmut zu ermöglichen. Teilhabe erstreckt sich beispielsweise auf Sport, Bildung, Kultur, Wohnen oder Freizeit. Neben den kommunalen Pflichtaufgaben im Rahmen der monetären Existenzsicherung verfügt Hannover über ein breites Set freiwilliger Maßnahmen, die Teilhabe befördern (wie zum Beispiel der Hannover-Aktiv-Pass oder entgeltfreie Sport- und Bewegungsangebote für SeniorInnen) und Ansätze, die auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtet sind (wie zum Beispiel Familienzentren) oder gezielt in Quartieren mit besonderem sozialen Handlungsbedarf platziert werden (wie zum Beispiel Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit).

SCHWÄCHEN:

Die schwierigere Erreichbarkeit Armutsgefährdeter und Betroffener erweist sich als Hemmnis. Kinder mit Migrationshintergrund sind überproportional häufig arm, nutzen aber deutlich seltener das Krippenplatzangebot. Auch die Dunkelziffer armutsbetroffener SeniorInnen liegt höher, als es die Quoten der Inanspruchnahme von Transferleistungen nahelegen. Oftmals fehlen zeitgemäße Kommunikations- und Informationsstrategien für die tägliche Arbeit mit den Zielgruppen.

Die kaum von Armut betroffenen Stadtteile profitieren am ehesten vom gesamtstädtischen Rückgang der Transferleistungsquoten, während die am stärksten belasteten Stadtteile trotz schwerpunktmäßiger Ausrichtung der Angebote kaum profitieren (Scherenentwicklung).

Das Sozialmonitoring kann Hinweise auf zu priorisierende Zielgruppen und Quartiere geben, ist aber kein Ausdruck von Wirkung präventiver Maßnahmen. Es fehlt an empirischem Wissen über die (langfristige) Wirksamkeit präventiver Teilhabeansätze.

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Der „Hannoversche Weg für Perspektiven von Kindern in Armut“ zielt auf frühe Teilhabeförderung trotz Armut und setzt auf Chancengerechtigkeit. Hierzu wurden elf Handlungsfelder identifiziert sowie Schlüsselansätze wie der Hannover-Aktiv-Pass, quartiersbezogene Ansätze wie „Soziale Stadt“, Schlüsselinstitutionen wie Familienzentren und Schlüsselpersonen wie Rucksack- und Stadtteilmütter identifiziert (DS 2274/2010 und 2097/2011). Sozialberichterstattung und laufendes Sozialraummonitoring sind Grundlage für die Weiterentwicklung und Neuausrichtung auf Zielgruppen und Schlüsselräume (Sozialbericht 2013 DS 1436/2013).

► WILLKOMMENSKULTUR

BESTANDSAUFNAHME

Hannover war und ist eine Einwanderungsstadt. Als weltoffene Messestadt betont Hannover stets die Chancen der Einwanderung, die sich gerade in Zeiten der Globalisierung und der europäischen Einigung für eine positive Stadtentwicklung ergeben. Angesichts der globalen Verflechtungen der Märkte zählt Internationalität zu den wichtigsten Standortfaktoren einer Region. Aber Hannover ist nicht nur attraktiv für Investitionen, Fachkräfte, StudentInnen und TouristInnen aus dem Ausland. Die Stadt Hannover übt Solidarität gegenüber Flüchtlingen und steht zu ihrer Verpflichtung, auch auf der lokalen Ebene einen Beitrag zur gerechten Verteilung von Reichtum und Lebenschancen auf der Welt zu leisten. Hannover ist eine Stadt, in der Menschen aus allen Teilen der Erde nicht nur als Gäste willkommen sind. Rund ein Viertel der EinwohnerInnen Hannovers haben einen Migrationshintergrund. Sie gehören zu den rund 126.000 Menschen, die entweder eine ausländische Staatsangehörigkeit oder neben der deutschen noch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen. Für viele Zugewanderte wurde Hannover zu ihrer Heimatstadt. Daher prägt das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunftskulturen das Stadtleben Hannovers.

Die Zahl der Menschen, die selbst eingewandert sind oder aus einer Einwanderungsfamilie stammen, steigt stetig an. Einerseits zum Beispiel durch überdurchschnittliche Geburtenraten. In Hannover haben circa 45 Prozent der unter Sechsjährigen einen Migrationshintergrund. Andererseits gibt es seit einigen Jahren eine steigende Einwanderung nach Hannover. Seit Ausbruch der Finanzkrise steigen vor allem die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU stark an. Menschen aus Spanien, Italien und Griechenland und seit der EU-Erweiterung auch aus Polen, Bulgarien und Rumänien kommen nach Deutschland beziehungsweise Hannover, um hier Arbeit und bessere Lebensbedingungen zu finden. Zusätzlich steigen auch die Zahlen der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen aktuell spürbar an.

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG

Die Integrationsarbeit ist ein zentrales Thema der Stadtpolitik.

STÄRKEN:

Ausdruck dieser zentralen Bedeutung für die Stadtentwicklung war die Erarbeitung, Verabschiedung und Umsetzung eines umfassenden Integrationskonzeptes – des Lokalen Integrationsplans (LIP). Mit diesem kommunalen Integrationskonzept (DS 0094/2008) wurde 2008 die Integrationsarbeit der LHH auf eine völlig neue Grundlage gestellt. In einem breiten Beteiligungsprozess wurden Integrationsmaßnahmen analysiert, aufeinander abgestimmt und entwickelt. Entstanden sind 242 konkrete Handlungsansätze als Aufgabe für die Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung.

Der LIP hat in den vergangenen Jahren viele entscheidende Impulse in der Integrationsarbeit bewirkt: Stärkung der Migrantenselbstorganisationen, politische Partizipation in Form der Integrationsbeiräte in den Stadtbezirken, verstärkte Bildungs- und Beratungsangebote und ein Migrantenelternnetzwerk sowie ein starkes Engagement der Verwaltung und der Sportvereine beim Thema „Integration durch Sport“, um nur einige Punkte zu nennen. Integrationsarbeit wird in der Verwaltung und auch außerhalb als Querschnittsaufgabe wahrgenommen und gelebt.

SCHWÄCHEN:

Aber trotz dieser positiven Aspekte stößt die kommunale Integrationspolitik auch an Grenzen. Nach wie vor bestehen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich der Bildungschancen und hinsichtlich des kommunalen Wahlrechts erhebliche Teilhabedefizite für Menschen mit Migrationshintergrund. Auch die Frage, wie die Aufnahmegesellschaft stärker in die Integrationsprozesse eingebunden werden kann, zum Beispiel mit einer Willkommens- und Anerkennungskultur, stellt weiterhin eine große Herausforderung dar.

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Der Lokale Integrationsplan soll dazu dienen, auf der Stadtebene Integration als Querschnittsaufgabe in allen Feldern des Verwaltungshandelns sowie in der Stadtgesellschaft zu verankern und für eine breite Unterstützung der Gestaltung der Integrationspolitik in Hannover zu werben. Das 2007/2008 entstandene Konzept definiert die wesentlichen Ziele, Handlungsfelder und Maßnahmen der lokalen Integrationspolitik. Es ist allerdings kein statisches Konzept, sondern ein auf Weiterentwicklung angelegtes Handlungsprogramm. Für die zukunftsorientierte Fortentwicklung der Integrationspolitik wird insgesamt eine stärkere Fokussierung und Priorisierung von vorrangigen und handhabbaren Zielsetzungen angestrebt.

Das Ziel der bisherigen Integrationspolitik war vor allem, die Teilhabechancen der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen zu verbessern. Zukünftig muss die Ausrichtung stärker die einzelnen Einwanderungsgruppen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Perspektiven in den Fokus nehmen. Es sollte eine stärkere Willkommens- und Anerkennungskultur entstehen.

BESTANDSAUFNAHME

Einführung der doppelten Buchführung

Die Landeshauptstadt Hannover (LHH) rechnet seit dem 1. Januar 2011 kaufmännisch. Während der kamerale Haushalt ausschließlich die Zahlungsströme aufzeigte, geht es im neuen Rechnungswesen um den Ressourcenverbrauch, der unter anderem Abschreibungen und Pensionsrückstellungen beinhaltet. Wie ein Unternehmen hat die LHH nunmehr eine Gewinn- und Verlustrechnung, die bei Kommunen Ergebnishaushalt beziehungsweise -rechnung heißt, und eine Bilanz. Die Eröffnungsbilanz hat gezeigt, dass Hannover über ein Vermögen von rund zehn Milliarden Euro und ein Eigenkapital von sieben Milliarden Euro verfügt. Zum Vergleich: Im DAX gibt es Unternehmen, die eine niedrigere Bilanzsumme haben. Die meisten Unternehmen dürften die Stadt um ihre Eigenkapitalquote von 70 Prozent beneiden.

Aktiva	01.01.2011	in %	Passiva	01.01.2011	in %
Immaterielles Vermögen	7.922	0,08	Eigenkapital	7.298.971	70,76
Sachvermögen	7.908.569	76,67	Schulden	1.877.746	18,20
Finanzvermögen	2.270.644	22,01	Rückstellungen	1.123.805	10,90
Liquide Mittel	117.476	1,14	Passive Rechnungsabgrenzung	14.072	0,14
Aktive Rechnungsabgrenzung	9.982	0,10	Bilanzsumme	10.314.594	100
Bilanzsumme	10.314.594	100			

Abb. 1

Eröffnungsbilanz der LHH

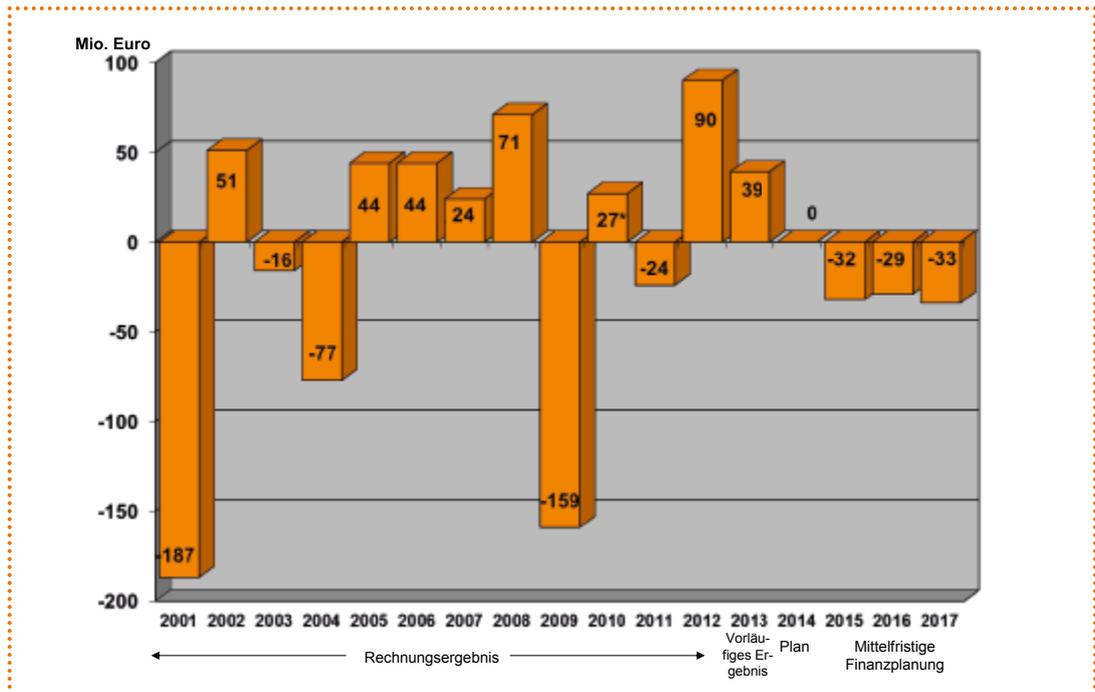
Allerdings sind die meisten Vermögenswerte der LHH, wie z. B. Straßen oder Kunstwerke, faktisch nicht veräußerbar. Wichtiger als die absolute Höhe des Vermögens ist die Entwicklung des Eigenkapitals im Zeitverlauf.

Finanzlage

Wie viele andere Großstädte hat es Hannover seit Anfang der 1990er Jahre in der Regel nicht geschafft, den Haushalt auszugleichen. Seit einigen Jahren hat sich die Finanzlage jedoch deutlich verbessert. Mit Ausnahme der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2009, die zum Einbruch der Gewerbesteuer und zu einem Defizit von 159 Millionen Euro führte, konnten die meisten Jahre seit 2005 mit Überschüssen abgeschlossen werden. Der Haushalt 2012 erzielte sogar einen Rekordüberschuss von 90 Millionen Euro. Mit dem positiven Jahresergebnis 2013 hat es Hannover geschafft, den letzten Rest der seit knapp 25 Jahren für die laufende Verwaltungstätigkeit aufgelaufenen Fehlbeträge vollständig abzubauen.

Abb. 2

Entwicklung der
Jahresergebnisse der
LHH seit 2001



Die Ursache dieser positiven Finanzlage liegt insbesondere in der positiven Entwicklung der Ertragsseite. Die Gewerbesteuer ist im Zeitraum von 2002 bis 2012 um 57 Prozent auf 585 Millionen Euro gestiegen, was auch im interkommunalen Vergleich ausgesprochen bemerkenswert ist. Zudem konnte Hannover vom bundesweiten Anstieg der Einkommensteuer profitieren. Während die Ertragsseite stark anzog, vermochte eine stringente Haushaltskonsolidierung die Zuwachsraten von Personal- und Sachkosten effektiv zu deckeln (siehe unten „Haushaltssicherung“).

Im Jahr 2013 lag das Gewerbesteueraufkommen mit 547 Millionen Euro zwar auf hohem Niveau, was aber im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um sechs Prozent bedeutete. Die sinkende Tendenz setzt sich im laufenden Jahr sogar noch deutlicher fort. Gleichzeitig steigen die Personalkosten aufgrund relativ hoher Tarifabschlüsse und zusätzlichem Stellenbedarf. Vor allem durch den konsequent umgesetzten Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz mussten viele ErzieherInnen eingestellt werden. Es ist kein Zufall, dass der Fachbereich „Jugend und Familie“ innerhalb der Stadtverwaltung mittlerweile die meisten MitarbeiterInnen beschäftigt und das größte Budget besitzt. Die steigenden Kinderzahlen bedeuten, dass dieses Budget auch in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Doch nicht nur die Personalkosten steigen. Vor allem der Ausbau von Ganztagschulen sowie die Unterbringung ausländischer Flüchtlinge ziehen unweigerlich einen Anstieg der Sachkosten nach sich. Als logische Konsequenz sinkender Erträge und steigender Aufwendungen wird der Haushalt spätestens ab 2015 wieder in die roten Zahlen rutschen.

Schulden

Die langfristigen Schulden (einschließlich der Eigenbetriebe) belaufen sich zum 31. Dezember 2013 auf 1,5 Milliarden Euro. Im Vergleich zu anderen Großstädten ist dieser Wert relativ hoch. Die Schulden stammen allerdings vor allem aus den 1970er Jahren. Seit Anfang der 1980er Jahre verfolgt die LHH die Strategie der Netto-Neuverschuldung-Null. Neue Schulden werden seitdem – mit Ausnahme des Sonderprogramms zur Weltausstellung EXPO 2000 und der Kapitalzuführung für die Deutsche Messe AG in 2009 – grundsätzlich nur noch in Höhe der

Tilgung aufgenommen, so dass der Schuldenstand insgesamt nicht steigt. Für 2014 ist erstmals sogar eine leichte Entschuldung geplant.

Zur kaufmännischen Definition von Schulden gehören auch Liquiditätskredite, die häufig Kassenkredite genannt werden und eigentlich nur kurzfristig aufgenommen werden dürfen, sowie Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften. Die hohen Haushaltsüberschüsse der letzten Jahre haben dazu geführt, dass die LHH im Durchschnitt einiger Monate des Jahres 2013 überhaupt keine Kassenkredite mehr benötigte. Das ist eine ausgesprochen positive Entwicklung, wenn man bedenkt, dass der LHH noch vor einigen Jahren das Schicksal vieler Ruhrgebietsstädte drohte. In Essen, Oberhausen oder Wuppertal haben die Kassenkredite schon längst die Milliardengrenze überschritten.

Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte in Höhe von knapp 300 Millionen Euro bestehen vor allem aus Public-Private-Partnership-Geschäften (PPP). Private oder kommunale Unternehmen bauen oder sanieren im Auftrag der Stadt Schul- und Kitagebäude und finanzieren die Investitionen vor. Die Stadt mietet beziehungsweise least im Gegenzug die Gebäude zurück.

Investitionen

Einschließlich der PPP-Projekte hat die Stadt Hannover in den vergangenen Jahren mehrere hundert Millionen Euro in die Schul- und Kitasanierung investiert. Dieser Investitionsschwerpunkt wird ab 2014 um ein fünfjähriges Straßensanierungsprogramm in Höhe von insgesamt 50 Millionen Euro erweitert. Das jährliche Investitionsvolumen beträgt gut 100 Millionen Euro. Das reicht, um das Vermögen Jahr für Jahr zu steigern, da die Abschreibungen deutlich unter diesem Wert liegen. Es reicht aber nicht, um den Bedarf zu decken, der ungefähr doppelt so hoch ist. Dies resultiert zum Teil aus der zu geringen baulichen Unterhaltung vergangener Jahrzehnte sowie aus gesetzlichen Anforderungen, wie zum Beispiel dem Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, der Verlängerung der Schulzeit zum Abitur (G 9) und dem Ziel der Inklusion. Zudem wächst die Stadt Hannover weiterhin stark. Trotz der Investitionen der vergangenen Jahre muss in den nächsten zehn Jahren noch mal bis zu einer Milliarde Euro in die soziale Infrastruktur (Schulsanierung, Schulneubau, Kitausbau) investiert werden. Das entspricht 40 Prozent der im Rahmen der Zehn-Jahres-Investitionsplanung angemeldeten Bedarfe.

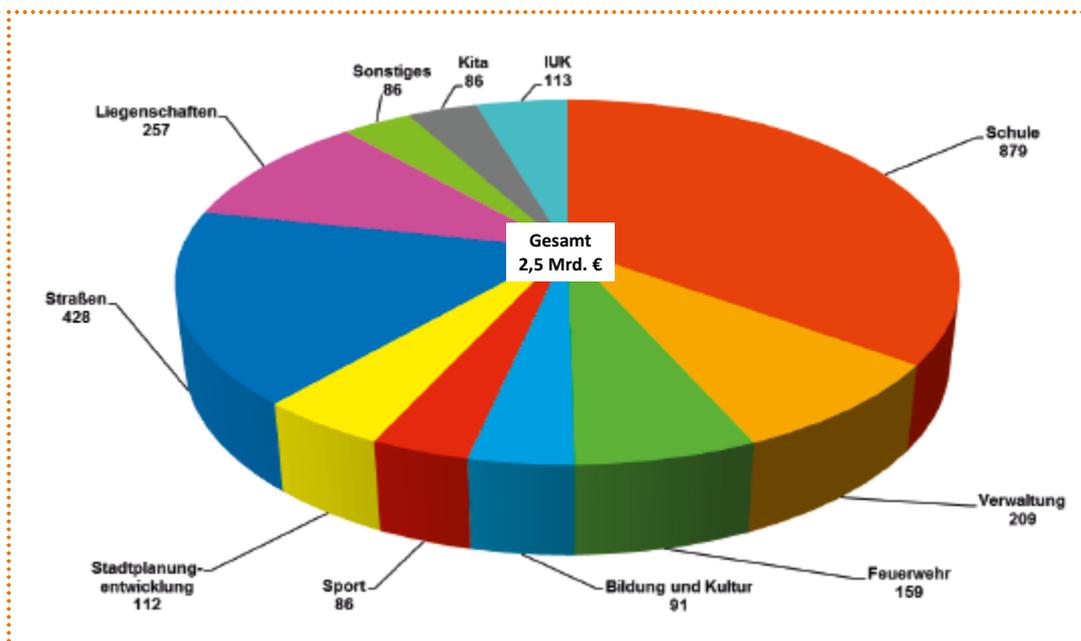


Abb. 3

Angemeldete Bedarfe im Rahmen der Zehn-Jahres-Investitionsplanung (in Millionen Euro)

STÄRKEN-/SCHWÄCHENBEWERTUNG BEZIEHUNGSWEISE CHANCEN-/RISIKO-BEWERTUNG

Abhängigkeit von der Gewerbesteuer

Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken hängen eng mit der Gewerbesteuer zusammen. Wie bereits aufgezeigt, werden die Jahresergebnisse im Positiven wie im Negativen von der Gewerbesteuerentwicklung geprägt. Das hohe Steueraufkommen der letzten Jahre reflektiert die Stärke des Wirtschaftsstandortes Hannover. Der breite Branchenmix aus Versicherungen, Banken, Dienstleistungsunternehmen und Industrie sowie die hohe Anzahl der GewerbesteuerzahlerInnen stabilisiert das Aufkommen und erhöht die Planungssicherheit für den städtischen Haushalt. Die Situation ist damit völlig anders als in Kommunen, die nur von einem großen Unternehmen abhängig sind.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2009 hat verdeutlicht, wie abhängig die Finanzlage der Stadt Hannover von der Konjunkturerwicklung ist. Sie hat aber auch gezeigt, wie gut der Branchenmix hier ist. In keiner anderen Großstadt erholten sich die Unternehmen so schnell wie in Hannover, so dass der Haushalt bereits im Jahr 2010 wieder mit einem Überschuss abschloss.

Zinsrisiko

Steigende Zinsen sind verglichen mit der Gewerbesteuerentwicklung ein geringeres Risiko. Zwar muss die Stadt unweigerlich mehr an Zinsen zahlen, wenn das Zinsniveau steigt, doch bei den Investitionskrediten liegt die durchschnittliche Zinsbindungsfrist bei sechs Jahren, so dass eine deutliche Mehrbelastung erst mit Verzögerung eintreten würde. Da momentan die Aufnahme von Kassenkrediten nur in einem geringen Umfang nötig ist, ergibt sich an dieser Stelle kein großes Risikopotenzial.

Allerdings entsteht durch die niedrigen Zinsen indirekt ein Risiko, das nicht unterschätzt werden sollte. So positiv die Niedrigzinsphase aus Haushaltssicht ist, so negativ wird sie sich früher oder später auf die Gewinnsituation – und damit auch auf die Gewerbesteuerzahlungen – von Versicherungen und Banken auswirken.

Hohe Fixkosten

Eine Schwäche der städtischen Finanzen ist der hohe Fixkostenanteil auf der Aufwandseite. Personalaufwand, Abschreibungen, Zinsen, soziale Transferaufwendungen, Umlagen und Energiekosten machen mehr als 80 Prozent des Haushalts aus und sind zumindest kurzfristig nicht reduzierbar. Die aktuelle Finanzplanung bis 2017 weist bereits Defizite von mehr als 30 Millionen Euro aus, weil die Aufwandsteigerungen durch eine nur noch gering wachsende Gewerbesteuer nicht mehr kompensiert werden können. Wenn das Gewerbesteueraufkommen auf ein dauerhaft niedrigeres Niveau absinken oder durch eine längere Rezession kräftig nach unten gedrückt werden sollte, entstünde ein Defizit im dreistelligen Millionenbereich.

ZIELE UND STRATEGIEN AUS VORLIEGENDEN KONZEPTEN

Ziele

Die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit ist die gesetzliche Vorgabe und das übergeordnete Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik. Konkret lassen sich daraus folgende strategische Ziele ableiten:

- strukturell ausgeglichene, besser noch positive Jahresergebnisse
- strukturell ausgeglichene Mittelfristplanung
- Erhalt des Eigenkapitals und der Vermögenssubstanz
- Schuldenabbau
- Bildung einer Überschussrücklage

Die ideale Situation bestände, wenn die Aufwendungen grundsätzlich niedriger wären als die Erträge und jährliche Überschüsse erzielt werden könnten. Diese könnten teilweise für Investitionen und zur Entschuldung genutzt und teilweise in eine Überschussrücklage eingestellt werden, um konjunkturelle Schwankungen auszugleichen.

Die Defizite der derzeitigen Mittelfristplanung verdeutlichen, dass noch keine dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit erreicht worden ist. Es gibt auch keine Überschussrücklage, die herangezogen werden könnte, um die Defizite zu decken. Daher sind sowohl ein erneutes Haushaltssicherungskonzept ab 2015 als auch weitere Verbesserungen beim wirtschaftlichen Verwaltungshandeln nötig.

Haushaltssicherung

Seit 1994 konsolidiert die Stadt Hannover ihren Haushalt in Form systematisch angelegter Programme. Insgesamt liegt das Konsolidierungsvolumen bei weit über 600 Millionen Euro. Der Konsolidierungskurs wurde auch in wirtschaftlich guten Jahren weitergeführt, weshalb planerische Defizite im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung reduziert werden konnten.

Programm	Laufzeit	Personal-kosten	Sach-kosten*	Steuer-erhöhung	Beteili-gungen	Stellen-abbau	Volumen
HK I	1994 - 1996	23 Mio. €	93 Mio. €	1 Mio. €	20 Mio. €	1.079	137 Mio. €
HK II	1997 - 1999	16 Mio. €	48 Mio. €	-	-	512	64 Mio. €
HK III	2000 - 2001	-	41 Mio. €	-	12 Mio. €	-	53 Mio. €
HK IV	2002 - 2004	27 Mio. €	71 Mio. €	-	32 Mio. €	194	130 Mio. €
HK V	2005 - 2007	22 Mio. €	53 Mio. €	-	18 Mio. €	362	93 Mio. €
HSK VI	2008 - 2009	2 Mio. €	27 Mio. €	-	12 Mio. €	0	41 Mio. €
HSK VII	2010 - 2012	6 Mio. €	48 Mio. €	5 Mio. €	8 Mio. €	126	67 Mio. €
HSK VIII**	2012 - 2014	6 Mio. €	34 Mio. €	23 Mio. €	11 Mio. €	46	74 Mio. €
Gesamt		102 Mio. €	415 Mio. €	29 Mio. €	113 Mio. €	2.379	659 Mio. €

* einschl. Gebührenerhöhungen u.ä. ** Plan

Abb. 4

Übersicht Haushaltskonsolidierungsprogramme (HK) bzw. Haushaltssicherungskonzepte (HSK) seit 1994

Steigerung der Wirtschaftlichkeit

Sowohl eine Reihe von Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung als auch das Neue Kommunale Rechnungswesen bezwecken eine höhere Wirtschaftlichkeit im Verwaltungshandeln. Die strategische Steuerung über Ziele und Kennzahlen und ein stringentes Finanzcontrolling sollen dabei eine wichtige Rolle spielen. Standardisierte Wirtschaftlichkeitsberechnungen und ein Investitionscontrolling befinden sich im Aufbau. Über den Zeithorizont darf man sich allerdings keine Illusionen machen. Die technische Umstellung des Rechnungswesens hat fast zehn Jahre gedauert; der Weg zu einer wirtschaftlich handelnden Verwaltung wird zweifellos länger dauern.

➤ BETEILIGUNGSKULTUR

Die Kommune als Gemeinwesen ist naturgemäß einem stetigen Wandel unterworfen. Viele der damit verbundenen Fragestellungen können von den politischen Gremien und der Kommunalverwaltung besser bearbeitet werden, wenn möglichst viele Aspekte frühzeitig in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Dies kann nur gelingen, indem man sich gegenseitig beteiligt und auf den verschiedensten Ebenen kooperiert.

Dabei steht der Begriff „Beteiligungskultur“ auf kommunaler Ebene für das Ziel, Beteiligung nicht nur punktuell zu ermöglichen, sondern zu einem dauerhaften und verlässlichen Bestandteil von kommunalen Entscheidungsprozessen zu machen.

Die Landeshauptstadt Hannover (LHH) versteht sich in diesem Zusammenhang als beteiligungsorientierte Dienstleisterin nach außen und Arbeitgeberin nach innen. Diesen Qualitätsanspruch hat sie in ihrem Leitbild und in den Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit formuliert. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der MitarbeiterInnen spielt für die LHH daher eine wichtige Rolle. Sie wurde und wird vielfach erprobt und kommt zu den verschiedensten Fragestellungen zum Einsatz. Diese Ansätze und Ideen bedürfen jedoch einer ständigen Weiterentwicklung, um dem wachsenden Anspruch an Teilhabe gerecht werden zu können.

Die folgenden Ausführungen stellen daher einen Überblick über den derzeitigen Stand der Beteiligungskultur in der LHH dar und zeigen Stärken und Entwicklungspotenziale. Weiterhin wird die Einbindung der LHH in ein Netzwerk aus verschiedensten Kooperationspartnern ausgehend von der regionalen Ebene bis hin zu internationalen Netzwerken abgebildet.

Darüber hinaus soll ein Ausblick auf den Dialogprozess „Mein Hannover 2030“ und die Beteiligungsmöglichkeiten hieran erfolgen.

BESTANDSAUFNAHME

Neben den rechtlich vorgeschriebenen Beteiligungserfordernissen ist die Beteiligung der Öffentlichkeit vor allem auch eine wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie auf kommunaler Ebene. Dabei steht die Gewinnung einer breiteren Diskussions- und Argumentationsbasis für den Rat als Entscheidungsträger ebenso im Fokus wie die Möglichkeit für die Verwaltung, ihre Arbeit noch besser an den Bedürfnissen der Menschen orientieren zu können.

Ausgehend von der Beteiligung in Form von reiner Expertenkonsultation zu bestimmten Fachfragen hat sich die LHH in ihrer Beteiligungs- und Dialogkultur stetig weiterentwickelt. So wurde bereits in der Vorbereitung der EXPO 2000 eine Bürgerbefragung durchgeführt, deren Ergebnis von der Ratsmehrheit freiwillig als bindend betrachtet wurde.

Die LHH nutzt vielfältige und mitunter innovative Formen, um die Öffentlichkeit zu beteiligen und Meinungen einzuholen. Stadtteil- und Familienkonferenzen, Fachdialoge, Repräsentativerhebungen, Kundenbefragungen, das Bürgerpanel etc. sollen die Anliegen, Wünsche und Kritiken von EinwohnerInnen und KundInnen in einem permanenten Veränderungsprozess integrieren.

Auch interne Beteiligungsprozesse werden durch die Stadtverwaltung initiiert, umgesetzt und ausgewertet. Mit Beginn der Verwaltungsreform Mitte der 90er-Jahre spielt auch die

Beteiligung von MitarbeiterInnen der LHH eine wesentliche Rolle. Damit ist verbunden, die MitarbeiterInnen an den Entscheidungs- und Umstrukturierungsprozessen (auch im Sinne eines strategischen Ansatzes) möglichst frühzeitig zu beteiligen.

Seit dem ersten Verwaltungsentwicklungsprogramm im Jahr 2000 nimmt die Entwicklung der Dialogkultur kontinuierlich eine entscheidende Rolle ein. Im Verwaltungsentwicklungsprogramm 2015 geht es jedoch nicht mehr ausschließlich um partizipative Strategiearbeit, sondern - im Rahmen eines erweiterten Akzeptanzmanagements - um die Stärkung der Verantwortung der MitarbeiterInnen für die Einführung von Neuerungen.

Seither befindet sich die LHH kontinuierlich auf dem Weg zu einer modernen und leistungsfähigen Dienstleistungsorganisation, die sich insbesondere im Sinne der Serviceorientierung die Ziele der Ausrichtung an den EinwohnerInnen und der demokratischen Teilhabe gesetzt hat.

STÄRKEN UND ENTWICKLUNGSPOTENZIALE

Der durch unterschiedliche Einflüsse wie die Nutzung Neuer Medien geprägte gesellschaftliche Wandel erfordert eine stete Überprüfung der bisherigen Instrumente. Diese Überprüfung offenbart Entwicklungspotenziale, an denen es auch zukünftig zu arbeiten gilt, um dem unter anderem durch die Globalisierung, die Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile (Wertewandel) und die neue Medienkultur – insbesondere auch durch Web 2.0 – eingetretenen gesellschaftlichen Wandel Rechnung zu tragen.

Die Ergebnisse und Erfahrungen der zahlreichen erfolgreich durchgeführten Dialogformate stehen mitunter noch unverbunden nebeneinander und sind weder innerhalb der LHH noch außerhalb ausreichend bekannt. Die Erfahrungen bleiben in den jeweils beteiligten Dezernaten, Fachbereichen und in der aktivierten Fachöffentlichkeit. Hier gilt es, sich stärker auf eine Vernetzung der Themen und einen integrierten Ansatz zu fokussieren.

Verwaltungen sind traditionell geprägt von einer klassischen Form der Wissensabgrenzung. Zuständigkeiten, Fachlichkeiten, Rechtsverbindlichkeit der Information, Datenschutz, Organisationsform und Arbeitsmaterialien sind seit jeher darauf ausgerichtet, das vorhandene Wissen einem eingeschränkten Personenkreis verfügbar zu machen. Die Stärkung einer offeneren und transparenteren Dialogkultur nach innen und außen ist daher auch Basis für einen Wissensaustausch und damit ein erfolgreiches Wissensmanagement, welches sich die LHH in einem umfangreichen Rahmenkonzept zum Ziel gesetzt hat.

➤ KOOPERATIONEN

Die LHH kooperiert bereits auf verschiedenen Ebenen und unter diversen Aspekten auf lokaler, regionaler, überregionaler, nationaler und auch internationaler Ebene. So ist die LHH Gründungsmitglied der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH. Die Metropolregion hat sich zu einem gesuchten Kooperationspartner auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene entwickelt. Die großräumige Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen sowie die Einbeziehung von Unternehmen, wirtschaftsnahen Verbänden und Hochschulen wird in der Entwicklung und Durchführung von Projekten deutlich. So wurde die Metropolregion unter anderem durch die Bundesregierung als eine der vier deutschen Regionen „Schaufenster Elektromobilität“ ausgewählt.

Die LHH ist Mitglied in interkommunalen Netzwerken, wie zum Beispiel dem Deutschen Städtetag und dem Niedersächsischen Städtetag. Dieser kontinuierliche interdisziplinäre Austausch ermöglicht einen peripheren Blick für sich wandelnde Anforderungen an die LHH als Institution. Die LHH ist darüber hinaus schon seit 1983 im internationalen Städtenetzwerk „Mayors for Peace“ als Vizepräsident vertreten und engagiert sich damit weltweit für die Abschaffung von Atomwaffen.

Darüber hinaus zählte Hannover zu den Gründungsmitgliedern bedeutender europäischer Organisationen wie dem Internationalen Rat für lokale Umweltinitiativen (ICLAY) und dem Covenant of Mayors, einem Zusammenschluss europäischer Städte im Klimaschutz. Im Rahmen der „Sustainable Cities and Towns Campaign“ hat Hannover mit vielen anderen europäischen Großstädten die Aalborg-Commitments unterzeichnet.

Weiterhin ist die LHH über Städtepartnerschaften mit ihren Partnerstädten weltweit vernetzt. Die globalen Entwicklungen stellen Städte an unterschiedlichsten Orten der Welt vor ähnliche Aufgaben. Hier gilt es, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und voneinander zu lernen. Hannover kann auf ein Netzwerk an Partnerstädten in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Japan zurückgreifen. Dieses Netzwerk soll in den nächsten Jahren um neue Kooperationen erweitert werden.

Über die kommunalen Verbindungen hinaus ist die LHH vernetzt mit einer Vielzahl von anderen KooperationspartnerInnen, darunter die Initiative Wissenschaft, Gewerkschaften, gemeinnützige Verbände und Vereine und Wirtschaftsorganisationen.

➤ „MEIN HANNOVER 2030“ – BESCHREIBUNG DER DIALOGPHASE

Die Bereitschaft zu Vernetzung, Kooperation und Beteiligung ist Grundlage für eine offene Haltung nach innen und außen und damit auch für den Stadtentwicklungsprozess „Mein Hannover 2030“. Sie ebnet den Weg für eine dauerhafte und nachhaltig gelebte Beteiligungs- und Dialogkultur.

Um im Rahmen der Entwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes „Mein Hannover 2030“ sicherzustellen, dass die unterschiedlichen Interessen, Kompetenzen und Durchsetzungsfähigkeiten der verschiedenen AkteurInnen Berücksichtigung finden, soll das Spektrum der Beteiligungsmethoden reflektiert und erweitert werden. Die Ausgestaltung formeller Verfahren wird geprüft und durch die Verknüpfung mit informellen Verfahren werden Möglichkeiten zur erweiterten Beteiligung weiter ausgebaut.

Beteiligungsprozesse brauchen Standards – ernsthaft, ehrlich gewollt, langfristig angelegt, verbindlich, verlässlich und kontinuierlich. Allen Beteiligten muss von Beginn an klar sein, wo innerhalb des Prozesses sie welchen Beitrag leisten können und welchen Stellenwert ihr Beitrag hat.

Die LHH hat aus diesem Grund unter Beteiligung von internen ExpertInnen für Beteiligung Spielregeln und Qualitätskriterien für die Beteiligung erarbeitet und diese mit Externen diskutiert. Diese Regeln und Kriterien beschreiben das gemeinsame Verständnis im Rahmen des Prozesses „Mein Hannover 2030“. Sie geben einen Überblick über Beteiligungsmöglichkeiten, Einflussbereiche und Grenzen, Methoden und Formen und die Sicherstellung der Ergebnisse im Dialogprozess. Die ausführlichen Spielregeln stehen als Download auf www.meinhannover2030.de zur Verfügung.

QUALITÄTSKRITERIEN IM DIALOGPROZESS „MEIN HANNOVER 2030“

Alle AkteurInnen brauchen

- klare Informationen über Ziel- und Rahmensetzung,
- Verlässlichkeit, Verbindlichkeit und Transparenz im Prozess,
- sorgfältige Planung und Aufbereitung von Informationen zum Prozess und zu den Handlungsfeldern,
- Chancengleichheit: Beteiligung lebt von Vielfalt - Beteiligung all derer, die sich beteiligen möchten.

Alle Ergebnisse werden dokumentiert und dienen als Grundlage für die Entwicklung des vom Rat zu beschließenden Stadtentwicklungskonzeptes „Mein Hannover 2030“.

Quelle: Stadtentwicklung Mein Hannover 2030 – Spielregeln für die Beteiligung

Alle AkteurInnen der Öffentlichkeit, der Stadtverwaltung und der Politik sind herzlich eingeladen, sich am Dialog zur Entwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes „Mein Hannover 2030“ zu beteiligen und sich aktiv und konstruktiv mit ihren Erfahrungen aus ihren unterschiedlichen Blickwinkeln einzubringen.

Die Öffentlichkeit hat die Möglichkeit, Ideen und Anregungen in den Prozess einzubringen und so zu der Entwicklung des eigenen Lebensumfeldes und des Gemeinwesens beizutragen. Die Verwaltung kann auf dieser Grundlage noch intensiver an den Bedürfnissen der Menschen orientiert das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ erarbeiten. Der Rat als Entscheidungsträger erhält so eine breitere Diskussions- und Argumentationsbasis.

Das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ definiert Strategien und Ziele und damit den zukünftigen Rahmen für noch zu entwickelnde konkrete Maßnahmen und Projekte. Aus diesem Grund geht es in erster Linie darum, Antworten auf die strategischen Fragestellungen zu finden, die für die Entwicklung der LHH relevant sind.

Der Prozess zur Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes „Mein Hannover 2030“ gliedert sich in vier Phasen:

Vorbereitungsphase: bis September 2014

- Erarbeitung von Grundlagen, Status-Quo-Bericht, Leitfragen, Spielregeln der Beteiligung

Auftaktphase: September 2014 bis Januar 2015

- Impulsveranstaltungen
Ab September 2014 finden vier Auftaktveranstaltungen statt. Die Auftaktveranstaltungen sind öffentlich. TeilnehmerInnen können sich über Fragen und Anmerkungen an die ExpertInnen einbringen, sich informieren und aktiv an Aktionen beteiligen.

Beteiligungsphase: Januar 2015 bis Juli 2015

- „Neue Perspektiven und Ideen gesucht“
Veranstaltungen oder Veranstaltungsreihen sowie Online-Formate zu den fünf Handlungsfeldern.

Neue Medien ermöglichen neue Kommunikationsformen. Neue aktivierende Beteiligungsformate sollen Zielgruppen erreichen, die bisher noch nicht erreicht wurden. Auch der Aspekt der Barrierefreiheit wird größere Berücksichtigung finden, um allen, die sich beteiligen möchten, gleichwertige Chancen zu ermöglichen.

Neben der Verwaltung sind die Öffentlichkeit und die Politik in gleichem Maße eingeladen, eigene Veranstaltungen zu den Handlungsfeldern und Leitfragen anzubieten. Unter www.meinhannover2030.de stehen Informationen für VeranstalterInnen und ModeratorInnen als Download bereit.

Für den gesamten Prozess steht eine Online-Dialogplattform zur Verfügung, auf der alle Interessierten die Möglichkeit haben, untereinander zu verschiedenen Fragestellungen online zu diskutieren, Beiträge anderer NutzerInnen zu kommentieren und über bestimmte Inhalte ein Meinungsbild abzugeben.

Konzeptionierungsphase: im Anschluss an die Beteiligungsphase bis Mitte 2016

- Auswertung der Veranstaltungen und Foren, Formulierung des strategischen Konzeptes im Entwurf, Rückkoppelung an die Öffentlichkeit im Online-Dialog und gegebenenfalls Bürger-Panel, Beratung in Ratsgremien, Ratsbeschluss, Veröffentlichung.

Der Prozess ist darauf ausgerichtet, Anregungen und Ideen der Öffentlichkeit, der Politik und der Stadtverwaltung zu Strategien und Zielen der Stadtentwicklung aufzunehmen und zu sammeln. Dabei werden die beschriebenen Handlungsfelder und die dazu gestellten Leitfragen im Fokus stehen.

Die Anregungen und Ideen werden im laufenden Prozess dokumentiert, strukturiert und gebündelt. Auf dieser Grundlage erarbeitet die Verwaltung einen Entwurf für das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“. Dabei wird die Verwaltung von externen ExpertInnen beraten. Im Sommer 2016 entscheidet der Rat der LHH über das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“.

Das Stadtentwicklungskonzept beinhaltet Ziele und Strategien. Nach Verabschiedung durch den Rat der LHH beginnt die Umsetzungsphase, in der zur Erreichung der Ziele Handlungsprogramme und darauf beruhend Projekte und Maßnahmen entwickelt werden. Über den Stand des Prozesses informiert die LHH regelmäßig über die Medien und auf www.meinhannover2030.de. Die Informationen sind für alle frei zugänglich.

➤ **BILDUNG UND KULTUR**

Quelle: Erklärung des Deutschen Städtetages 11/2012 „Bildung gemeinsam verantworten“

Quelle: Positionspapier des Deutschen Städtetages vom 07.11.2013 „Kultur als Standortfaktor“

BILDUNG

Quelle: „Auf dem Weg zur inklusiven Stadt“, Erster Bericht 2012 zur Umsetzung

Informationsdrucksache 1106/2009 „Bildung, Betreuung und Erziehung“, kommunale Bildungsplanung in der Landeshauptstadt Hannover“

Informationsdrucksache 2623/2012 Bildungsmonitoring 2012

Frühzeitige Förderung vor der Grundschule

Beschlussdrucksache 0049/2009 Bebauungsplan Nr. 695, 1. Änderung - Grüne Mitte Hainholz,

Bebauungsplan der Innenentwicklung Aufstellungsbeschluss

Informationsdrucksache 0269/2014 Quartalsbericht IV/2013 zur Platzentwicklung in der Kinderbetreuung im Vorschulalter

Neufassung 1388/2010 NI Auswirkung der Bevölkerungsentwicklung auf die Kinderbetreuungsquoten im Krippen- und Kindergartenbereich

Beschlussdrucksache 0644/2011 Sofortprogramm Kindergarten

Informationsdrucksache 1094/2014 Quartalsbericht I/2014 zur Platzentwicklung in der Kinderbetreuung im Vorschulalter

Informationsdrucksache 0785/2014 „Hannover bleibt am Ball“ - Fortsetzung des Ausbaus der Kinderbetreuung

Informationsdrucksache 1062/2011 Umsetzung des Haushaltsbegleitantrages (zur DS 1583/2010)

in den Familienzentren ein spezifisches Angebot für Eltern mit Kleinstkindern (0 - 2 Jahre) aufzubauen und damit die frühkindliche Bildung und Entwicklung zu fördern/Elternbildung

Informationsdrucksache 1368/2011 Die Verwaltung informiert über den Sachstand zur Umsetzung des Haushaltsbegleitantrages (zur DS 1583/2010) „Verstetigung und Ausbau des Programms Stadtteil-mütter“

Informationsdrucksache 2065/2012 Sachstand und Ausbau der hannoverschen Familienzentren (FZ)

Informationsdrucksache 1450/2011 Evaluation des Angebotes der Stiftung „Eine Chance für Kinder“

Förderung in der Grundschule

(Amtliche Schülerstatistik Landeshauptstadt Hannover 2013/2014)

Informationsdrucksache 2014/2013 Weiterer Ausbau von Ganztagsgrundschulen – Sachstandsbericht 2013

Informationsdrucksache 0692/2012 Weiterer Ausbau von Ganztagsgrundschulen ab Schuljahr 2013/2014

Beschlussdrucksache 1900/2012 Haushaltssatzung 2013

Beschlussdrucksache 2119/2013 Hannoversches Mittagessenkonzept für Ganztagsgrundschulen

Beschlussdrucksache 2120/2013 Ausbau der Qualität in Ganztagsgrundschulen – Erhöhung des Budgets der Kooperationspartner

Informationsdrucksache 0692/2012 Weiterer Ausbau von Ganztagsgrundschulen ab Schuljahr 2013/2014

Abb. 1: Schaubild Grundschulen - SchülerInnenzahlen Quelle: Amtliche Schülerstatistik 2013/14

Förderung in der weiterführenden Schule

(Amtliche Schülerstatistik Landeshauptstadt Hannover 2013/2014)

Beschlussdrucksache 1807/2012 Errichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) in Hannover-Südstadt

Informationsdrucksache 0838/2013 Schulentwicklungsplanung der weiterführenden Schulen der Landeshauptstadt Hannover – Zwischenbericht

Abb. 2 & 3: Diagramm Anwahlverhalten im Schuljahr 2008/2009 in den fünften Klassen und unteres Diagramm Anwahlverhalten im Schuljahr 2013/2014 in den fünften Klassen im Stadtgebiet Hannover

Quelle: Amtliche Schülerstatistik 2013/14 (ohne FöS, SKG, Primarbereich IGS Roderbruch)

Beschlussdrucksache 1896/2011 Haushaltssatzung 2012
Beschlussdrucksache 1323/2010 Projekt „Übergangsmanagement Schule/Beruf in Hannover“
Beschlussdrucksache 2559/2013 Fortführung des Übergangsmanagements Schule/ Beruf in Hannover (HÜM)
Neufassung 2168/2013 NI Weiterführung des Programms Schulsozialarbeit ab 01.08.2014
Informationsdrucksache 0838/2013 Schulentwicklungsplanung der weiterführenden Schulen der Landeshauptstadt Hannover - Zwischenbericht

Pfade für die Bildung

Informationsdrucksache 2624/2013 Projekt Deutsch als Fremdsprache
Informationsdrucksache 2193/2009 Bilanz und Perspektiven der interkulturellen Arbeit der Entwicklungspartnerschaft ALBuM - Gemeinsam interkulturelle Stärken leben
Beschlussdrucksache 1840/2008 Zusammenlegung der Stadtteilbibliotheken Linden-Mitte und Linden-Nord Sanierung und Umbau des Rathauses Linden zum neuen Bildungsstandort Lindener Rathaus
Gemäß Bezirksratsbeschluss zum Antrag 15-0202/2010 Konzept für den Einsatz von Integrationslotsen

Bildungsprofile außerschulischer Lernorte

Beschlussdrucksache 2244/2007 Initiativen zur kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche
Beschlussdrucksache 2484/2008 Initiative zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen
Beschlussdrucksache 1277/2010 Initiativen zur kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche 2010
Beschlussdrucksache 1424/2011 Initiativen zur kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche 2011
Gemäß Ratsbeschluss zum Antrag 1912/2013 Dokumentations- und Lernort zur hannoverschen Stadtgeschichte im Nationalsozialismus
Beschlussdrucksache 1674/2012 Einführung der Neuorganisation der Kinder- und Jugendarbeit in Hannover
Informationsdrucksache 0356/2012 Kultur für jedes Kind - KinderkulturABO

KULTUR

Quelle: „Auf dem Weg zur inklusiven Stadt“ Erster Bericht 2012 zur Umsetzung

Kulturlandschaft, Kultur- und Nachwuchsförderung, Kulturentwicklung

Beschlussdrucksache 2644/2013 Ergänzende Vereinbarungen zum Tagungszentrum im Schloss Herrenhausen
Informationsdrucksache 0172/2013 Konzept zur Weiterentwicklung der KunstFestSpiele
Beschlussdrucksache 2545/2013 Förderung des Freien Theaters in Hannover im Haushaltsjahr 2014
Beschlussdrucksache 2800/2012 Bewerbungsvorhaben Hannover – UNESCO City of Music
Informationsdrucksache 0394/2014 Bewerbung – UNESCO City of Music
Informationsdrucksache 1674/2009 Sachstand der Museumsentwicklungsplanung
Informationsdrucksache 1456/2012 Sachstand Museumsentwicklungsplanung
Beschlussdrucksache 0675/2014 Vertragsverlängerung Kindertheaterhaus
Informationsdrucksache 1097/2014 Kunst im öffentlichen Raum - Bericht über durchgeführte und geplante Maßnahmen 2012-2014
Informationsdrucksache 0912/2013 Werkstattbericht 'Hannover ist Tanz'

Internationaler Kulturaustausch durch Städtepartnerschaften

Informationsdrucksache 0331/2009 Neue Handlungsfelder Städtepartnerschaften
Gemäß Ratsbeschluss zum Antrag 2597/2013 Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten

Landeshauptstadt



Hannover

**LANDESHAUPTSTADT HANNOVER
DER OBERBÜRGERMEISTER**

GESCHÄFTSBEREICH DES OBERBÜRGERMEISTERS

Trammplatz 2
30159 Hannover

E-Mail: 61@hannover-stadt.de
www.meinhannover2030.de

Redaktion:

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Koordination:

Baudezernat

Text:

Einleitung – Baudezernat

Bevölkerungsentwicklung und demographischer Wandel – Baudezernat

Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Umwelt – Wirtschafts- und Umweltdezernat

Wohnen, Versorgung und Mobilität – Baudezernat

Bildung und Kultur – Kultur- und Schuldezernat in Zusammenarbeit mit Jugend- und Sozialdezernat

Inklusion, Integration und Teilhabe – Jugend- und Sozialdezernat

Finanzen – Finanzdezernat

Beteiligungskultur und Kooperationen – Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters in Zusammenarbeit mit Personal- und Organisationsdezernat

Gestaltung:

Windrich & Sörgel

Agentur für Markenkommunikation GmbH & Co. KG

Druck:

Druckhaus Pinkvoss GmbH

Stand:

Juli 2014